



MONATLICHER PRESSESPIEGEL

MÄRZ/APRIL 2020

Inhalt:

TEIL 1 CORONA-PANDEMIE

- Politik
- Wirtschaft
- Finanzen
- Transport und Logistik
- Tourismus
- Verschiedenes

TEIL 2 POLITIK

WIRTSCHAFT

FINANZEN

TRANSPORT UND LOGISTIK

TOURISMUS UND GASTRONOMIE

VERSCHIEDENES

Botschaft von Luxemburg
Presseabteilung
Klingelhöferstraße 7
D-10785 Berlin

Tel. +49 30 263 957 0
Fax +49 30 263 957 27

berlin.amb@mae.etat.lu
berlin.mae.lu



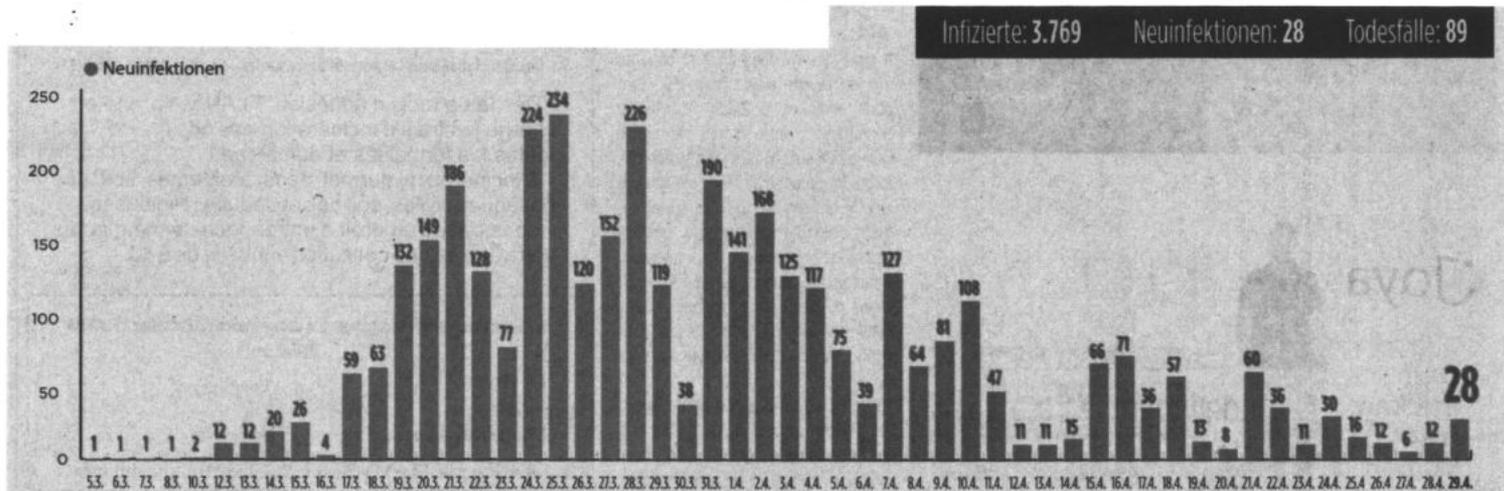


GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

CORONA-PANDEMIE

Politik

Covid-19-Erkrankungen in Luxemburg

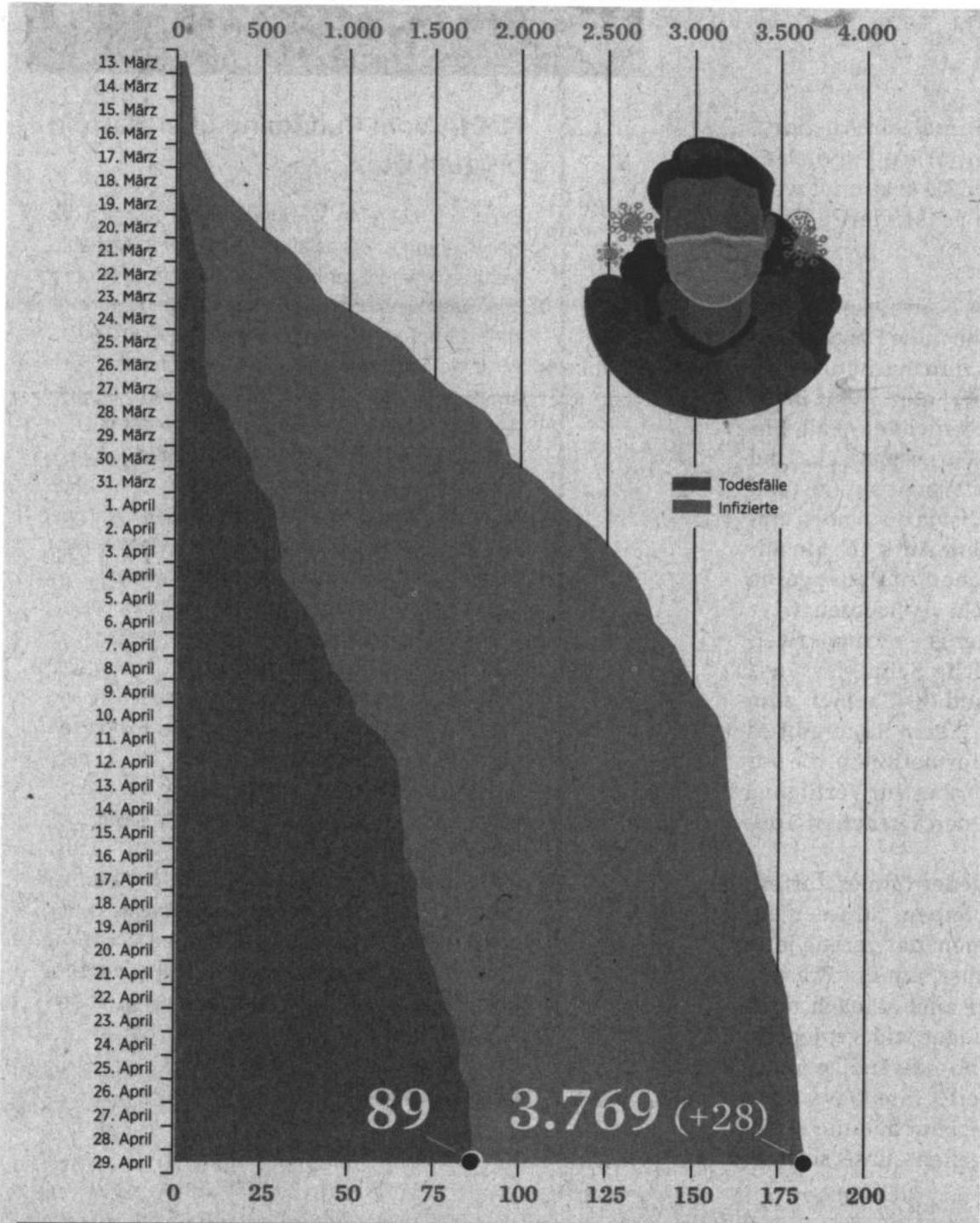


Corona: 89 Tote 3 769 Infizierte

Von Dienstag auf gestern wurde bei 28 weiteren Personen eine Covid-19-Infizierung bestätigt. Die Zahl der positiven Fälle in Luxemburg ist somit auf insgesamt 3 769 (3 050 Ansässige, 719 Nicht-Ansässige) angestiegen. Einen weiteren Todesfall gab es in den vergangenen 24 Stunden unterdessen nicht zu beklagen. Demnach liegt die Zahl der Todesopfer durch Covid-19

weiterhin bei 89 Menschen. Derzeit werden 136 Patienten in Krankenhäusern behandelt, 21 davon befinden sich auf einer Intensivstation. Dies ist ein leichter Anstieg im Vergleich zum Vortag (131/19). Als geheilt gelten mittlerweile 3 134 Personen, während die Erkrankung in 546 Fällen noch aktiv ist. Tests wurden seit Beginn der Pandemie im Großherzogtum insgesamt 41 758 durchgeführt. Alleine von Dienstag auf gestern waren es deren demnach 2 017. *SH*

DIE KURVE FLACHT WEITER AB



Entwicklung der Gesamtzahl der Covid-19-Infizierten in Luxemburg seit dem ersten Todesfall am 13. März.
 Die Zahl der bekannten Infektionen in Europa liegt mittlerweile bei fast 1,3 Millionen. Am Virus gestorben sind in Europa bislang fast 126.000 Menschen. Weltweit gibt es mittlerweile über 3 Millionen bekannte Covid-19-Fälle.
 Die Zahl der Toten liegt bei über 216.500

Quellen: Gesundheitsministerium, ECDC, Statec

Progressive Lockerung

Unter Einhaltung strengster Schutzmaßnahmen: Besuche in Alters- und Pflegeheimen wieder möglich

LUXEMBURG

PASCAL STEINWACHS

Darauf haben viele gewartet, und zwar sowohl die Bewohner von Alters- und Pflegeheimen als auch ihre Familien. Besuche in diesen Einrichtungen sind fortan wieder möglich, wenn dabei strenge Hygiene- und Schutzmaßnahmen eingehalten werden. Es bleibt indessen den jeweiligen Häusern überlassen, wie sie derartige Visiten organisieren. Das sagten gestern Nachmittag Familienministerin Corinne Cahen und Copas-Präsident Marc Fischbach, dem Dachverband der Alten- und Pflegeeinrichtungen.

Spezieller Besucherraum

Zu Beginn der Videopressekonferenz erinnerte die Ministerin daran, dass die Visiten in den Alters- und Pflegeheimen nun schon seit sieben Wochen nicht mehr möglich gewesen seien, was eine lange Zeit sei, in der die älteren Leute ihre Familien nicht hätten sehen können. Im Mittelpunkt habe dabei aber immer das Wohl und die Gesundheit der älteren Leute gestanden, die in der Corona-Krise besonders gefährdet seien. Je länger die älteren Leute auf persönlichen Kontakt mit ihren Angehörigen hätten verzichten müssen, desto größer seien auch das Risiko der Einsamkeit und die Gefahren für die psychische Gesundheit geworden, gehe es doch nicht zuletzt auch darum, den Leuten Perspektiven zu bieten, so Cahen.

Unter den insgesamt 5.765 Bewohnern der Alters- und Pflegeheime in Luxemburg seien nicht mehr als 90 positiv getestet worden, wobei aber nicht alle auch Symptome gehabt hätten. 41 Bewohner, die positiv gewesen seien, seien inzwischen wieder gesund, derweil 29 Personen am Virus gestorben seien. In sämtlichen Alters- und Pflegeheimen würden im Moment sowohl die Bewohner als auch das Personal getestet werden; in vier Einrichtungen seien die Tests bereits abgeschlossen, und von 1.073 Personen seien hier 14 Tests positiv gewesen.

Wie die Ministerin unterstrich, würde das „Confinement“ dann auch nicht aufgehoben, sondern würden

die Bedingungen angepasst werden, um Besuche in Alters- und Pflegeheimen wieder zu ermöglichen. So muss in Zukunft jeder, der einen Besuch machen will, sich vorher bei der Direktion der jeweiligen Einrichtung anmelden, wobei der Besuch in einem speziellen Raum stattfinden soll, der möglichst nahe beim Eingang des Heimes liegen soll.

Auch müssen alle sich vorher die Hände gewaschen haben und Masken tragen; mitgebrachte Sachen oder Geschenke werden ein paar Stunden stehen gelassen, ehe sie übergeben werden können. Nach dem Besuch muss der Raum mindestens 30 Minuten lang durchgelüftet werden; der Besucherraum wird danach außerdem gründlich gereinigt und desinfiziert. Besucher dürfen keine Symptome aufweisen und dürfen in den letzten 14 Tagen keinen Kontakt zu einem Covid-19-Erkrankten gehabt haben; das Gleiche gilt ebenfalls für die Bewohner der Einrichtungen. Bei Aufhalten im Freien, zum Beispiel im Park der Einrichtung, muss ein Sicherheitsabstand von zwei Metern gewahrt werden. Kinder unter 16 Jahren dürfen ihre Großeltern vorerst nicht besuchen.

Kinesi- und Ergotherapeuten wieder zugelassen

Sich von sterbenden Angehörigen zu verabschieden, sei bisher trotz der Krise möglich gewesen und werde auch weiterhin erlaubt bleiben, so Corinne Cahen. Um zu verhindern, dass die Gebrechen der Senioren, die sich bewegen müssten, schlimmer werden, sollen etwa Kinesi- und Ergotherapeuten, Fußpfleger, Masseur und Psychologen von außerhalb der Einrichtungen wieder zugelassen werden. Sämtliche Häuser müssten sich jetzt diesbezüglich organisieren, so die Ministerin, die betonte, dass weiterhin extreme Vorsicht geboten bleibe.

Das tat auch Copas-Präsident Marc Fischbach, der von einer progressiven Lockerung des generellem Besuchsverbots sprach und bekanntgab, dass die Neuaufnahme von Senioren während der Krise drastisch zurückgegangen sei und inzwischen dann auch über 430 Betten nicht besetzt seien.

Die Familienministerin gab anschließend zu bedenken, dass wir in Zukunft lernen müssten, mit der Bedrohung des Coronavirus zu leben. Die Gefahr sei noch nicht gebannt, was besonders für die älteren Mitbürger gelte.

Sondergipfel der Großregion

Corinne Cahen nahm gestern in ihrer Funktion als Ministerin für die Großregion aber auch an einer Videokonferenz mit den Verantwortlichen der Großregion statt, darunter unter anderem auch die Ministerpräsidentin des Landes Rheinland-Pfalz, Malu Dreyer, und der Ministerpräsident der Wallonie, Elio Di Rupo, um sich über die Bewältigung der Corona-Krise in der Großregion abzustimmen.

Ziel des Sondergipfes war es, Maßnahmen für eine Exit-Strategie zu entwickeln und die im Zuge der Pandemie eingeführten Hürden an der Grenze weiter abzubauen. Die Aufnahme von Patienten aus den Nachbarregionen innerhalb der Großregion sei nur ein Beispiel von solidarischer grenzüberschreitender Kooperation, wie es in einer Mitteilung heißt. Die Grenzsicherungen hätten herbe Einschnitte für die Großregion bedeutet. Als größte Pendlerregion Europas habe die Großregion ein gemeinsames Interesse daran, die grenzüberschreitende Realität zurückzugewinnen, um langfristigen Schaden für das Zusammenleben der Bürger in den Grenzregionen zu vermeiden.

Ab Montag: Wiederaufnahme der normalen medizinischen Aktivitäten

Premierminister Xavier Bettel und Gesundheitsministerin Paulette Lenert setzten ihrerseits gestern Nachmittag die Mitglieder des Kammerbüros über die aktuelle Situation in Sachen Covid-19 ins Bild, so wie sie das seit Beginn der Corona-Krise jede Woche im Plenum der Abgeordnetenkammer tun.

Eine für heute vorgesehene Pressekonzferenz der Vereinigung der Ärzte und Zahnärzte, bei der es um die Wiederaufnahme der medizinischen Aktivitäten geht, wurde indes auf morgen verlegt, aber wie das Gesundheitsministerium gestern am Spätnachmittag mitteilte, sind ab nächstem

Montag nach vorheriger telefonischer Anmeldung wieder normale Arztbesuche möglich.

Da heute wieder Regierungsrat ist, könnte es sein, dass am Nachmittag eine weitere Pressekonferenz stattfindet.

Kulturministerin Sam Tanson traf sich ihrerseits am Montag mit den

Verantwortlichen verschiedener Kulturvereinigungen, um sich über die Lage der professionellen Künstler und Kunstschaffenden in der Corona-Krise auszutauschen. Dabei unterstrich die Ministerin, dass die Überlegungen zur Einführung eines Künstlerstatuts weitergeführt würden.

„Wir müssen den Bewohnern der Alters- und Pflegeheime eine Perspektive geben“

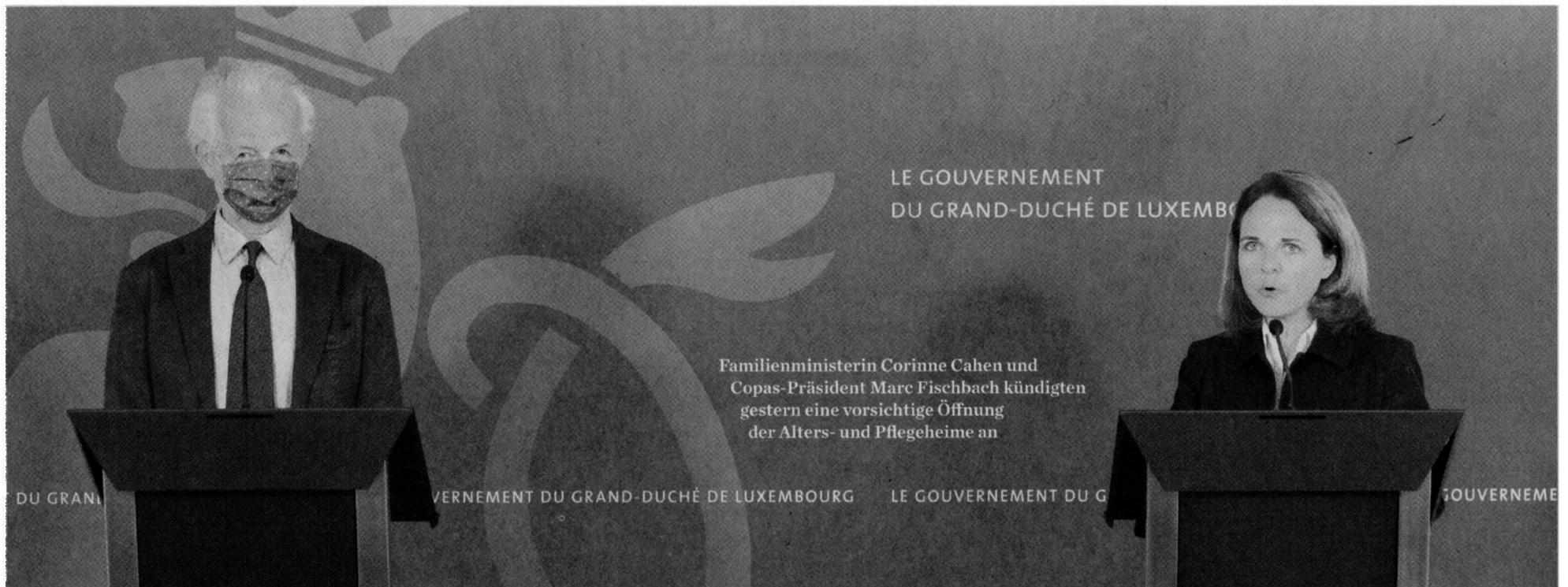
CORINNE CAHEN Familienministerin

REGIERUNG VERÖFFENTLICHT ZUSAMMENSETZUNG

„Task Forces“ und Arbeitsgruppen in der Krise

Es hatte Kritik gehagelt und drei parlamentarische Fragen (von ADR, Déi Lénk und CSV) gegeben bezüglich der Nicht-Öffentlichkeit der Zusammensetzung der verschiedenen Gremien, welche die Regierung in der Covid-19-Krise beraten. Gestern Nachmittag hat das Staatsministerium sie veröffentlicht. So gibt es eine „Cellule de crise Covid-19“, die von Gesundheitsministerin Paulette Lenert und dem „Haut Commissaire à la Protection Nationale“ Luc Feller geleitet wird, es gibt eine „Cellule Logistique“, die vom Gesundheitsministerium, der Armee und dem Verteidigungsministerium gesteuert wird und auch Verbindung zu den Botschaften hält, die beim „Procurement“ von medizinischem Material helfen. Dann gibt es eine „Covid-19 Monitoring Taskforce“. Die „Research Luxembourg Covid-19 Task Force“ unter Leitung von Dr. Ulf Nehrbaas ist bekannt. Ebenso wurde die Zusammensetzung der „ad hoc“-Gruppe zur Begleitung der Lockerung der Covid-19-Maßnahmen, in der unter anderem Luc Frieden, der Präsident der Handelskammer und „Ombudsman“ Claudia Monti vertreten sind. Die „Groupe de travail interministériel sur la stratégie de déconfinement“ besteht aus Luc Feller (Staatsministerium, HCPN), Dr. Jean-Claude Schmit, Dr. Thomas Dentzer, Anne Calteux (Gesundheitsministerium), Paul Konbruck (Staatsministerium) und Romain Martin (Hochschul- und

Forschungsministerium). Für spezifische Bedürfnisse haben verschiedene Gremien auf externe Expertisen zurückgegriffen. Für die „Cellule de crise“ arbeiten so: Paul Schilling (Quercus s.à.r.l, unter Vertrag), Dr. Philippe Turk (Arzt in Rente, unter Vertrag), Marie-Lise Hillion (Santé et Perspectives s.à.r.l, unter Vertrag). Für die „Cellule Monitoring“ sind im Einsatz: Pol Masanas Amer (Beratungsgesellschaft Deloitte, unentgeltliche Beteiligung), Viola Fontanini und Pascal Langrenay (Beratungsgesellschaft PWC, zunächst zwei Wochen kostenlos, nun unter Vertrag) und Elena Emrick-Schmitz (PWC, unentgeltlich). Die „Cellule logistique“ arbeitet mit Marc Schlim (pensionierter Berater, unter Vertrag), Dr. Michel Nathan (Arzt in Rente, unter Vertrag), Feiza Benzaghoul (Unabhängiger externer Experte, unter Vertrag), Xiaoyan Huang (Beratungsgesellschaft PWC, unentgeltlich in den ersten beiden Wochen, nun unter Vertrag), Yoon-shin Delcourt (externe Beraterin von Delcourt, Kim and Associates, nicht unter Vertrag).



Botschaften während der Corona-Krise

Auch das Außenministerium muss wegen der Pandemie seine Arbeit der Wirklichkeit anpassen

Von Morgan Kuntzmann

Die Pressemitteilungen des Außenministeriums vom 16. und 17. März empfahlen den Staatsangehörigen und Einwohnern Luxemburgs, die sich vorübergehend im Ausland aufhielten, nach Luxemburg zurückzukehren. Dies hatte zur Folge, dass auch diese Behörde, deren Botschaften, Konsulate und die Luxemburger Wirtschaftsvertretungen ihre Arbeit der neuen Wirklichkeit anpassen mussten und noch immer müssen.

Das für auswärtige Angelegenheiten zuständige Ministerium gab damals die Empfehlung, die verbleibenden Möglichkeiten für eine Rückreise dringend zu prüfen, da die Verfügbarkeit von Transportmitteln zunehmend abnahm, während die Zahl der Länder, die Reisebeschränkungen einführten, zunahm. Die Entscheidung zur Rückkehr blieb, und bleibt, jedem Bürger selbst überlassen.

Arbeitsanpassungen

Wie bei anderen Behörden hat die Pandemie zu Anpassungen der Arbeitsweise sowohl auf Ebene des Außen- und Europaministeriums sowie der Luxemburgischen Botschaften und Konsulate rund um den Globus geführt. Dementsprechend fand eine Neuorganisation in verschiedene Arbeitsgruppen statt. Des Weiteren halten sich die Luxemburger Vertretungen an die nationalen Regeln und Empfehlungen der jeweiligen Länder im Umgang mit dem Corona-Virus.

Die momentan am meisten geforderte Abteilung des Ministeriums ist die für konsularische Hilfe, erklärt die Presseabteilung des Außenministeriums auf Nachfrage des „Luxemburger Wort“.

Am Anfang konzentrierte diese Hilfe sich hauptsächlich auf luxemburgische Staatsangehörige und Einwohner, welche sich in China oder Asien befanden. In Zusammenarbeit mit den Botschaften, dem Hochkommissariat für nationale Sicherheit, dem CGDIS und europäischen Partnern war es dann auch möglich mehrere Luxemburger aus der Region zu evakuieren. Nach Angaben des Ministeriums wurde so um die 400 Bürgern die Heimreise ermöglicht.

Rückführungen

Jedoch haben die zunehmenden drastischen Einschränkungen im internationalen Luftverkehr die Arbeit erschwert. Es gibt kaum noch Linienflüge, sodass die Rückführungen fast ausschließlich mit Spezialflügen in Zusammenarbeit mit europäischen und Schengenstaaten stattfinden.

Auf europäischer Ebene koordiniert der Europäische Auswärtige Dienst, zusammen mit dem europäischen Krisenstab für Zivilschutz, dem Ratsvorsitz und den Mitgliedsstaaten, die Rückführungen. Zu diesem Zweck gibt es tägliche Telefonkonferenzen und eine Onlineplattform, um relevante Informationen über Flüge auszutauschen. Die Zahl der noch zurückzuführenden Personen liegt europaweit noch bei rund 350 000.

Luxemburg beteiligt sich auch darüber hinaus aktiv an Rückholaktionen: So wurde vorletzte Woche ein Spezialflug nach Kap Verde organisiert, um etwa 50 Luxemburger und in Luxemburg Ansässige, sowie 120 EU/Schengen-Bürgern aus zehn verschiedenen Ländern die Heimreise zu ermöglichen.

Um die insgesamt gestiegene Arbeitslast meistern zu können, musste die Abteilung für konsularische Hilfe mit Personal aus anderen Abteilungen des Außenministeriums verstärkt werden. Folgendermaßen arbeiten zurzeit in Luxemburg etwa 15 bis 20 Personen rund um die Uhr, um die zahlreichen Anfragen für konsularische Hilfe entgegenzunehmen und schnellstmöglich zu beantworten.

Von besonderer Wichtigkeit ist das Team, das mit der Krisenzelle des Gesundheitsministeriums zusammenarbeitet. Dieses koordiniert mithilfe der Botschaften den Einkauf und Transport von Medikamenten und medizinischer Ausrüstung.

Wirtschaftsvertretungen

Darüber hinaus besitzt das Großherzogtum acht Handels- und Investitionsbüros (LTIO) in der Welt, zwei in den Vereinigten Staaten - New York und San Francisco - jeweils eins in Südkorea, Japan, China, Israel, den Vereinigten Arabischen Emiraten und

Taiwan. Dieses Jahr sollte eine zusätzliche Wirtschaftsvertretung in Marokko entstehen. Dies hatte vergangenes Jahr der damalige Wirtschaftsminister Etienne Schneider (LSAP) während einer Wirtschaftsmission in das nordafrikanische Land angekündigt.

Im Gegensatz zu den Botschaften unterstehen die LTIOs dem Wirtschaftsminister. In normalen Zeiten unterstützen die Wirtschaftsvertretungen luxemburgische Unternehmen, die ihre Aktivitäten im Ausland entwickeln wollen, und versuchen ausländische Investitionen nach Luxemburg zu locken. Nach Angaben aus dem Wirtschaftsministerium habe die Erlahmung der Weltwirtschaft durch die Corona-Pandemie nur noch zu einer begrenzten Anzahl von Anfragen luxemburgischer Unternehmen geführt.

Andererseits kann diese Krise aber auch eine Chance sein, die zukünftige Zusammenarbeit im Bereich Gesundheit, Biotechnologie und Forschung zu stärken.

Dementsprechend gibt es dem Wirtschaftsministerium nach bereits konkrete Vorstellungen in diesem Bereich über eine engere Zusammenarbeit zwischen luxemburgischen Unternehmen und Unternehmen mit Ländern, in denen Luxemburg mit LTIOs vertreten ist.

Office du Ducroire

Zusätzlich zu der von den LTIOs geleisteten Hilfe vor Ort kann die Exportversicherungsagentur Office du Ducroire (ODL) den Unternehmen, die auf ausländischen Märkten tätig sind, mit Finanzierungs-, Versicherungs- und Kreditlösungen helfen.

Die Tätigkeiten des ODL sind insbesondere jetzt von Bedeutung, da sie den Unternehmen bei ihren Bemühungen um internationale Neukundengewinnung beistehen und damit den Großbetrieben helfen, sich auf die Nachkrisenzeit vorzubereiten.

- Die Krisenzelle
- koordiniert mithilfe der Botschaften den Einkauf und Transport von

Medikamenten und Ausrüstung.

Baubeginn und Maskenpflicht

Premierminister Xavier Bettel kündigt erste Lockerungen an – Das Virus ist und bleibt gefährlich

Von Annette Welsch

Wie versprochen befasste sich der Regierungsrat nach Ostern mit einer Exit-Strategie, um die Ausgangsbeschränkungen langsam zu lockern. „Wir haben es fertiggebracht, das Virus unter Kontrolle zu halten und eine Situation, wie wir sie in der Grenzregion erlebt haben, zu vermeiden. Unser Gesundheitssystem schafft es – diese Prämisse muss aber bleiben“, stellte Premierminister Xavier Bettel (DP) gestern fest. Ab Montag, dem 20. April, werden nun in einer ersten Phase die Baustellen wieder geöffnet, sodass wieder gebaut, renoviert und transformiert werden kann.

Das gilt für Bauunternehmen und Handwerker, aber auch für Baumärkte und Gartenbaubetriebe, Landschaftsgärtner sowie Baumschulen. „Wir gehen ganz vorsichtig vor“, sagte Bettel. Geöffnet werden ab Montag auch wieder die Recyclingzentren. Und auch die Aktivitäten des Office national de l'enfance werden wieder aufgenommen, um Kindern Hilfe, Betreuung und Assistenz zu bieten. Es gelten allerdings weiter die Einschränkungen und die strengen Regeln. „Wir müssen weiter diszipliniert bleiben und haben die Entwicklung der Covid-19-Erkrankung fest im Blick.“ Das heißt, dass die Zahlen aus dem Gesundheitssystem die Lockerungen weiter erlauben müssen – vor allem die Belegung der Intensivbetten, die nicht stark anziehen darf.

Distanzregel bleibt bestehen

Mit anderen Worten: Die Distanzregel, zwei Meter Abstand voneinander halten zu müssen, bleibt bestehen. Wo das nicht möglich ist – in Banken, der Post, im öffentlichen Transport oder auf dem Markt –, wird das verpflichtende Tragen von Schutzmasken eingeführt, um die anderen zu schützen. Das müsse keine professionelle Maske sein, ein Schal, ein Tuch, ein Buff, ein Stück Stoff tue es laut Bettel auch. Wer sich aber nicht daran hält, muss mit Sanktionen rechnen, die bei 25 Euro beginnen. Sechs bis sieben Millionen Masken wird die Regierung dafür zur Verfügung stellen.

Diese Phase dauert von heute an drei Wochen. „Wir geben uns die

nötige Zeit, um die Inkubationszeit wirken zu lassen“, erklärte Bettel. Bekanntlich braucht es bis zu zwei Wochen, bis die ersten Symptome der Erkrankung auftreten können und dann weitere zehn Tage, bis der Höhepunkt der Erkrankung mit einem möglichen Aufenthalt auf der Intensivstation erreicht ist.

Kleine Ausnahmen gelten für die Premièr- und 13^e-Klassen sowie verschiedene Uni-Kurse, damit die Diplome validiert werden können. Sie dürfen am 4. Mai wieder anfangen, bevor am 11. Mai die zweite Phase des Exits beginnt: Dann dürfen die Sekundarklassen wieder zur Schule gehen. Allerdings gilt für sie: nicht komplett, sondern in jeweils zwei Klassenhälften aufgeteilt, um die Distanzregel einhalten zu können. Sie gehen dann abwechselnd alle zwei Wochen zur Schule. Details wird Bildungsminister Claude Meisch (DP) heute verkünden.

In einer dritten Phase öffnen am 25. Mai die Grundschulen, Tagestätten und Maisons relais ihre Türen. „Wir haben nicht nur das Virus im Blick, sondern sind uns auch der Kollateralschäden und Nebenwirkungen bewusst. Wir wissen, dass viele leiden und das ist psychologisch nicht zu unterschätzen“, betonte Bettel zur Erklärung der Lockerungen. „Je länger es sich hinzieht, umso schwieriger wird die Situation.“ Es gehe darum, nach und nach und in den Sektoren, wo die Kollateralschäden am höchsten sind, zu lockern.

Am 11. Mai weitere Analyse

Die Exitstrategie wurde mit einer beratenden Kommission zusammen ausgearbeitet, der Vertreter aus Ethik, Psychologie, Sozialwissenschaften, Gewerkschaften, Handwerk und Handelskammer angehören: Nora Back – Präsidentin der Arbeitnehmerkammer; Alexa Ballmann, Präsidentin des JHL (Jonk Handwierk); Luc Frieden – Präsident der Handelskammer; Erny Gillen – Ethikexperte; Claudia Monti – Ombudsmann; Gilbert Pregno – Psychologe und Präsident der Beratenden Menschenrechtskommission; René Schlechter – Präsident des Ombudskomitees für Kinderrechte (ORK); Prof. Claus Vögele – Titularprofessor für Gesundheitspsychologie an der

Universität Luxemburg; Ob eine breite Öffnung auch im Gaststätten- und Hotelgewerbe und im Handel möglich ist, werde nach dem 11. Mai analysiert. Man wisse, wie schwer es für alle sei, die nicht arbeiten dürften, betonte Bettel und stellte weitere Hilfen für diese Betriebe in Aussicht.

Soziale Kontakte weiter vermeiden

Bis dahin bleibt die Devise des Bleift Doheem bestehen, sozialer Kontakt muss weiter vermieden werden. In diesem Sinne sind auch alle Großereignisse und Sportveranstaltungen bis zum 31. Juli abgesagt. Und damit auch die Feierlichkeiten für Nationalfeiertag. „Das kann noch nach hinten gerückt werden, wenn die Situation nicht besser wird oder sich gar verschlechtert.“

Gesundheitsministerin Paulette Lenert betonte ihrerseits: „Wenn wir heute da stehen, wo wir stehen, dann, weil die Maßnahmen gebracht haben, was sie bringen sollten.“ Man sehe, dass die Zahlen der Infektionen sinken und die Kurve sich seit dem 25. März abflacht. Seit fünf Tagen sinke auch die Belegung der Spitäler – es sind weniger als 200 Personen in den Kliniken. Dennoch: 69 Tote sei viel für Luxemburg. Und das Virus sei noch lange nicht unter Kontrolle. „Alles, was wir machen, müssen wir mit wohlüberlegten kleinen Schritten machen“, mahnte sie. „Wir müssen lernen, mit dem Virus zu leben, müssen nach und nach in die Normalität zurückfinden. Covid-19 ist und bleibt gefährlich, hat eine dramatisch hohe Sterberate und ist eine ganz schwere Erkrankung.“ Man sollte es nicht auf die leichte Schulter nehmen.

„Wir haben eine erste Welle hinter uns, die relativ schwach war und müssen jetzt eine zweite Welle vermeiden.“ Deswegen werden im Bausektor nun Stichproben gemacht und systematisch getestet, um eine Idee davon zu bekommen, wie hoch die Verbreitungsrate ist. Ansonsten sei man materialmäßig gut aufgestellt. „Ich bin optimistisch, dass wir das schaffen, wenn wir weiterhin vorsichtig bleiben.“ Der Regierungsrat verabschiedete gestern auch eine Ausnahmeabänderung der Prozedur für die Palliativpflege. Das Gutachten eines Kontrollarztes ist übergangsweise nicht nötig – die Einschätzung der Situation durch einen Hausarzt reicht aus.

Drei Monate im Krisenmodus

Parlament spricht sich einstimmig für die Verlängerung des nationalen Notstands aus

Von Dani Schumacher

Wenn das Parlament an einem Samstagnachmittag zusammenkommt, dann zeigt dies vor allem eins: Die Lage ist ernst. Dass sich das Land in einer noch nie da gewesenen Situation befindet, war auch der Grundtenor sämtlicher Reden bei der Debatte zur Verlängerung des Ausnahmezustands, den die Regierung am 18. März wegen der Corona-Krise zunächst für zehn Tage über ein großherzogliches Reglement verhängt hatte. So wundert es denn auch nicht, dass das Gesetz einstimmig mit 56 Ja-Stimmen angenommen wurde. Für Parteipolitik sei in Krisenzeiten kein Platz, hieß es mehrfach. Das Votum selbst dauerte übrigens länger als gewöhnlich. Um zu verhindern, dass die Abgeordneten sich mit dem Corona-Virus infizieren, konnten sie nur in kleinen Gruppen abstimmen und das auch nur mündlich.

Die Volksvertreter waren alleamt sichtlich betroffen: „Das Gesetz hat nur zwei Paragraphen, aber die haben es in sich“, betonte Berichterstatter Mars Di Bartolomeo (LSAP). Es sei das wohl weitreichendste Gesetz, das in den vergangenen Jahrzehnten im Parlament zur Abstimmung gekommen sei, deshalb habe er seinen Bericht auch mit „zitternden Knien“ vorgetragen. Marc Baum (Déi Lénk) meinte, es laufe ihm „kalt den Rücken“ hinunter, wenn er an die möglichen Folgen denke.

Das Allgemeinwohl geht vor

Auch, wenn sämtliche Parlamentarier von der Notwendigkeit des Etat de crise überzeugt waren, so ist es ihnen dennoch schwergefallen, der Verlängerung zuzustimmen. Denn durch die Notfallmaßnahmen werden die Rechte des Einzelnen eingeschränkt, etwa die Bewegungs- und die Versammlungsfreiheit. Wenn man aber abwägen müsse zwischen einer Beschneidung der Rechte des Einzelnen und dem Allgemeinwohl, dann müsse man sich ohne Wenn und Aber für das Allgemeinwohl entscheiden, meinte beispielsweise der LSAP-Fraktionsvorsitzende Georges Engel: „Es ist eine Frage von Leben oder Tod.“

Die Fraktionsvorsitzende der

Grünen, Josée Lorsché, sieht es ähnlich. Das „zentrale Nervensystem“ des Landes sei in Gefahr, deshalb müsse man zeitlich beschränkte Einschnitte in Kauf nehmen. Die Rechtsstaatlichkeit sei nicht in Gefahr: „Wir brauchen einen solidarischen Kampf, um unser Gesundheitssystem zu retten.“

Kein Blankoscheck

Im Verlauf der Debatte wurde aber auch immer wieder hervorgehoben, dass die Verlängerung des Ausnahmezustands nicht als Blankoscheck für die Regierung missverstanden werden darf. Eine Verlängerung sei zwar unabdingbar, damit die Regierung schnell handeln kann. Das Parlament bleibe auch weiterhin voll funktionsfähig, hatte Kammerpräsident Fernand Etgen (DP) gleich zu Beginn mit Nachdruck unterstrichen.

Debattiert wurde auch über die Dauer. So kam die Frage auf, ob es wirklich erforderlich sei, den Ausnahmezustand direkt um drei Monate zu verlängern. Ja, meinte Di Bartolomeo. Denn zur Zeit wisse niemand, wie lange die Pandemie das Land noch in Atem halte. Es sei sinnvoller, den Notstand direkt für drei Monate zu verhängen, als nach einigen Wochen noch einmal nachbessern zu müssen. Zudem könne das Parlament den Ausnahmezustand jederzeit wieder aufheben, erklärte auch sein Parteikollege Georges Engel.

Auch wenn die Verlängerung des Notstands selbst nicht in Frage gestellt wurde, so gab es doch verhaltene Kritik an den Notstandsmaßnahmen, die die Regierung seither ergriffen hat. Und die kam vor allem von der CSV-Fraktionschefin Martine Hansen. So vermisst sie bei einigen Maßnahmen die Kohärenz, was ihr „etwas Bauchschmerzen“ verursacht. Es sei etwa nicht ganz klar, welche Aktivitäten die Betriebe noch verrichten dürften und welche nicht. Auch was die Anweisungen für das Personal der Gemeinden anbelangt, gebe es keine präzisen Anweisungen. Ungenau sei auch die Definition in Bezug auf die „ressortissants de pays tiers“. Die Verordnung müsse daher dringend angepasst werden, forderte Hansen.

Dass die Richtlinien nicht perfekt sind, dessen sind sich auch die Regierung und die Mehrheitsparteien bewusst. „Es bleiben noch viele Fragen offen“, gestand etwa Georges Engel. Dass man bei Bedarf nachbessern müsse, darüber sei sich die Regierung im Klaren.

In Krisenzeiten gebe es aber auch keinen Platz für Parteipolitik, gab DP-Fraktionschef Gilles Baum zu bedenken, eine Meinung, die auch Premierminister Xavier Bettel (DP) vertrat. Bettel richtete einen erneuten Appell an die Bürger, doch bitte zu Hause zu bleiben, das sei einfach das Beste, was man angesichts der Pandemie tun könne: „Ich würde heute lieber nicht vor Ihnen stehen“, meinte er weiter und verteidigte die Verlängerung des Ausnahmezustand als unerlässlich. Es sei sich bewusst, dass die großherzogliche Verordnung nicht perfekt sei, deshalb werde sie auch immer wieder angepasst, wenn nötig.

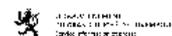
Bettel will übrigens die Mittel für den Beschäftigungsfonds deutlich aufstocken und den Betrieben unter die Arme greifen: „Wir werden den Betrieben helfen, egal was es kostet.“ Bettel kündigte denn auch für kommende Woche weitere Hilfsmaßnahmen an. Er sprach von „einer Art Marshall-Plan“, den es brauche, um die Wirtschaft nach dem Ende der Pandemie wieder anzukurbeln.

Der Premier erklärte auch, dass die Regierung weiterhin eng mit dem Parlament, aber auch mit dem Staatsrat, zusammenarbeiten werde und die Institutionen stets über die neusten Entwicklungen auf dem Laufenden halte.

Damit nahm er die Aufforderung der Abgeordneten vorweg, die in einer von Martine Hansen eingereichten Motion die Regierung auffordern, das Parlament über jeden Schritt zu informieren. Die Motion wurde mit 55 Ja-Stimmen ohne Gegenstimme angenommen. Das gleiche Resultat gab es auch bei der Abstimmung über eine Resolution, in der verlangt wird, dass das interne Reglement der Chamber dahin gehend angepasst wird, dass Ausschusssitzungen in Zukunft per Videokonferenz abgehalten werden können.

Wir werden den Betrieben helfen, egal, was es kostet.

Xavier Bettel



Santé - Grande Région

Grenzenlose Solidarität

Coronavirus: Nachbarländer und -regionen helfen Grand Est

LUXEMBURG Die Region Grand Est ist besonders heftig vom Coronavirus betroffen, das sich offensichtlich ab Ende Februar vom Elsass aus rasant weiter verbreitete. Laut einer Bilanz vom Samstag waren in der Region 1.767 zur Coronavirus-Behandlung in Kliniken und 435 in der Reanimation. Im Grand Est hat der Erreger bereits 230 Todesopfer gefordert. Die Kliniken in der Region stoßen an ihre Grenzen, nun kommen die Nachbarregionen zu Hilfe. „Luxemburg ist solidarisch und hilft dem Grand Est, indem wir Patienten hier behandeln, um die Spitäler in Mulhouse ein wenig zu entlasten“, twitterte die luxembur-

gische Ministerin der Großregion, Corinne Cahen (DP) gestern. Jean Rottner, der Präsident der Region Grand Est bedankte sich dafür bei „unseren luxemburgischen Freunden“. Der gelernte Arzt, ehemaliger Bürgermeister von Mulhouse und vormalige Chef des Notdiensts in einer Klinik dieser Stadt, kann auch auf die Hilfe der angrenzenden deutschen Bundesländer und der Schweiz zählen. So wollen Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und das Saarland schwerkranke Coronavirus-Patienten aus Frankreich behandeln. Die Krankenhäuser in der Grenzregion werden nach ihren Möglichkeiten fran-

zösische Intensivpatienten übernehmen, wie das rheinland-pfälzische Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie am Sonntag via Twitter mitteilte. Man werde im Rahmen der Kapazitäten und Möglichkeiten Beatmungsplätze für französische Notfallpatienten zur Verfügung stellen, kündigte indes der saarländische Ministerpräsident Tobias Hans an. „Erste Patienten aus dem Elsass für die insgesamt zehn zur Verfügung stehenden Beatmungsplätze sind bereits in unseren Uniklinika angekommen. Die übrigen werden derzeit im Rahmen des vorgegebenen Kontingents verlegt“, sagte eine Sprecherin des Wissenschaftsministeriums aus Baden-Württemberg. Jean Rottner hat am Samstag fünf Millionen Atemschutzmasken in China bestellt.

Er konnte bislang 350.000 davon bei Unternehmen in der Region sammeln und hat die heimischen Textilproduzenten gebeten, ihr Produktion auf solche Masken umzustellen.

LJ MIT DPA

Lëtzebuurger Journal du 23.03.2020 / page 10

Santé - Grande Région

GROSSREGION UND CORONAVIRUS

Nachbarschaftshilfe

CLAUDE KARGER

Das Gesundheitssystem in der französischen Region Grand Est stößt angesichts des Coronavirus an seine Grenzen. Nun springen die Nachbarn bei, um ein wenig Last wegzunehmen und bieten an, Patienten aus

dem Elsass und Lothringen in ihren Kliniken zu versorgen. Ein starkes Signal, dass Hilfe in Zeiten der Krise keine Grenzen kennen darf, auch wenn man daheim bis über beide Ohren im Notstand steckt. Wenn diese Krise vorbei ist, wird nicht nur die

EU neu gedacht werden müssen, denn es stellt sich - abermals - heraus, dass es an vielen Stellen an der notwendigen Koordination fehlt. Auch die Großregion wird stärker zusammen wachsen. Und es wird nicht nur an den beteiligten Regionen und Ländern sein, das voran zu treiben, sondern auch an den Zentralregierungen in Berlin und Paris, die Weichen dafür zu stellen.

Lëtzebuurger Journal du 23.03.2020 / page 2

Grenzkontrollen wurden gelockert

DEUTSCHLAND Besuch des Ehepartners gilt nun als triftiger Einreisegrund

Bernd Wientjes,
Trierischer Volksfreund

Ehepartner, von denen einer in Luxemburg und der andere in Deutschland lebt, können sich nun wieder besuchen. Das Bundesinnenministerium hat am Freitag überraschend entsprechende Lockerungen bei den Grenzkontrollen bekannt gegeben.

Eher durch Zufall ist am Freitag eine Lockerung bei den Einreisekontrollen an den Grenzen zu Deutschland bekannt geworden. Der Sprecher des Bundesinnenministeriums, Steve Alter, teilte auf die Frage eines Journalisten in der Bundespressekonferenz in Berlin mit, dass der Besuch enger Familienangehöriger oder Lebenspartner jenseits der Grenze wieder möglich sei. Bislang galt dies nicht als triftiger Einreisegrund.

Das hat in der Praxis dazu geführt, dass etwa in Luxemburg lebende Personen nicht ihre diesseits der Grenze lebenden Ehepartner besuchen durften. In den vergangenen Wochen sei aufgefallen, dass es an den Grenzen uneinheitliche Regelungen gegeben habe, sagte der Ministeriumssprecher. Daher habe man jetzt „nachgeregelt“.

Demnach ist die Bundespolizei bereits am 17. April in einem entsprechenden Erlass des Bundesinnenministeriums über die Änderung informiert worden. Auf der Seite der Bundespolizei ist aber weiterhin die Rede davon, dass „Besuchsreisen“ nicht gestattet seien. „Dies gilt auch dann, wenn beide Partner in unterschiedlichen

Staaten wohnen und arbeiten und sich bisher regelmäßig gegenseitig besucht haben.“ Auch der Besuch der sorgeberechtigten Kinder diesseits der Grenze ist laut Bundespolizei nicht gestattet. Eine Anfrage an die Bundespolizeidirektion in Koblenz, wie die Neuregelung an den Grenzen von Luxemburg gehandhabt wird, blieb bislang unbeantwortet.

„Fehlen der menschlichen Dimension“

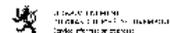
Auf der Seite des Bundesinnenministeriums heißt es: „Ehegatten und eingetragenen Lebenspartnern ist die Einreise zur Wiederherstellung der Lebensgemeinschaft, auch über die DEU-Binnengrenze, gestattet. Das Bestehen einer Ehe oder eingetragenen Lebensgemeinschaft wird als triftiger Grund für die Einreise anerkannt.“ Entsprechende Nachweise seien beim Grenzübertritt mitzuführen. Allerdings: „Mangels brauchbarer Nachvollziehbarkeit sollen andere Lebenspartnerschaften ohne Trauschein grundsätzlich jedoch kein triftiger Grund im Sinne des Einreiseregimes sein.“

Der Eifeler CDU-Bundestagsabgeordnete Patrick Schnieder hatte sich vergangene Woche diesbezüglich an Bundesinnenminister Horst Seehofer gewandt. Er forderte, die Regelungen für grenzüberschreitende Privatreisen anzupassen und die Einreise zu Besuchen enger Familienangehöriger und Lebenspartner zu gestatten.

„Mir fehlt bei den derzeitigen Regelungen die menschliche Dimension“, sagte Schnieder. „Wenn ein Vater seine Tochter fast zwei Monate nicht sehen darf oder eine Tochter nicht nach Deutschland einreisen darf, um ihre pflegebedürftige Mutter zu unterstützen, ist dies der Gesundheit sicherlich nicht förderlich. Diese menschlichen Aspekte müssen bei den Grenzkontrollen stärker in den Blick genommen werden.“ In diesem Zusammenhang hat sich der CDU-Politiker erneut für ein rasches Ende der Grenzkontrollen ausgesprochen.

Wie der CDU-Bundestagsabgeordnete Andreas Steier (Pellingen, Trier-Saarburg) am Samstag mitteilte, seien auch die Betreuung minderjähriger Kinder, die Pflege von Familienangehörigen und die Fortführung längerfristiger medizinischer Behandlungen als „triftige Reisegründe“ zu betrachten. Das habe er im Gespräch mit dem Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Hans-Georg Engelke, erfahren. Die Bundespolizei sei entsprechend angewiesen worden, teilte Steier unter Verweis auf das Gespräch weiter mit. Zu den medizinischen Behandlungen zählten zum Beispiel Folgebesuche beim Arzt oder Physiotherapeuten. Die finale Entscheidung obliege weiterhin dem diensthabenden Bundespolizisten. Steier hatte sich seit Wochen für eine Lockerung der Grenzkontrollen zum Großherzogtum eingesetzt.

Dieser Artikel erschien zuerst bei volksfreund.de.



Grande Région - Luxembourg

Entwarnung an der Our

Grenzübergänge zu Deutschland bei Dasburg und Vianden sollen passierbar bleiben

Vianden. Die Ankündigung der deutschen Behörden, ab sofort nurmehr sieben südlichere Grenzübergänge passierbar zu lassen, hatte gestern im Ösling für mulmige Gefühle gesorgt. Auch wenn am Morgen von der Tintesmühle über Rodershausen und Stolzemburg nach Vianden nirgends Verbotsschilder, Ordnungshüter oder sonstige Vorkehrungen ent-

lang der Our zu sehen waren, so blieben viele doch zunächst beunruhigt über die ungewisse Entwicklung der Lage.

Am Nachmittag sendete Premierminister Xavier Bettel in einer Pressekonferenz dann allerdings entwarnende Zeichen. Dank der Mithilfe luxemburgischer Zollbeamter bei den Kontrollen sollen nun auch an weiter nördlich gele-

generen Grenzabschnitten zu Deutschland Übergänge passierbar bleiben. Wie der CDU-Abgeordnete Patrick Schnieder gestern Abend auf Facebook erklärte, handelt es sich um die Übergänge Dasburg und Vianden. Dies habe ihm das deutsche Ministerium des Innern mitgeteilt. *jl*

Luxemburger Wort du 21.03.2020 / page 32

Grande Région - Luxembourg

Deutsche Grenze bleibt bei Vianden und Dasbourg-Pont geöffnet

GRENZÜBERGÄNGE Außenminister Asselborn interveniert beim deutschen Bundespräsidenten

Armand Back

Nachdem die deutsche Regierung am Donnerstag angekündigt hatte, nur noch sieben Grenzübergänge nach Luxemburg für Berufspendler und Frachtverkehr offenzulassen, stand Luxemburg vor dem nächsten Problem in dieser Coronakrise - nördlich von Echternach schien das Land abgeschnitten von Deutschland. Vianden und Dasburg bleiben jetzt trotzdem passierbar. Das bestätigte Jean Asselborn gegenüber dem Tageblatt. Luxemburgs Außenminister musste sich dafür an einen alten Freund wenden.

Die Meldung kam am vergangenen Sonntagabend wie ein Schock. Keiner hatte damit gerechnet, niemand war vorab informiert: Deutschland schließt seine Grenzen zum Großherzogtum. Eiligst wurden vom Außenministerium Laissez-passer-Scheine für Berufspendler bereitgestellt. Um wenigstens sicherzustellen, dass Menschen, die in Deutschland wohnen, noch nach Luxemburg arbeiten kommen

können. Trotzdem kam es zu massiven Staus. Und am Donnerstag zu einer weiteren Einschränkung aus Berlin.

Zähe Verhandlungen

Die deutsche Bundesregierung hatte Orte festgelegt, an denen ein Grenzübertritt aus Frankreich, Luxemburg, Österreich, Dänemark und der Schweiz noch möglich sein soll. Alle weiteren Grenzübergänge sollten dagegen von diesem Freitag an wegen der Coronakrise geschlossen bleiben.

Für Luxemburg blieben einstweilen sieben Grenzübergänge passierbar, und auch das nur mit Einschränkungen - und dem Hauptproblem, dass Echternach der nördlichst gelegene offene Übergang bleiben sollte. Was für Berufspendler, die etwa aus der Eifel nach Ettelbrück ins Krankenhaus müssen, stundenlange Umwege bedeutet hätte. Auch wären Bauern so teilweise von ihren Feldern abgeschnitten gewesen.

Nach zähen Verhandlungen mit den deutschen Stellen werden die Grenzen in Vianden und Dasburg nun wieder geöffnet, wie Jean Asselborn am Freitag gegenüber dem *Tageblatt* sagte. Luxemburgs Außenminister habe sich demnach an den deutschen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier wenden müssen, um seinem Verlangen Gehör zu verschaffen. SPD-Politiker Steinmeier, zweimaliger Außenminister Deutschlands, und Asselborn sind auch privat befreundet. In Gesprächen am Freitag mit dem zuständigen Staatssekretär im deutschen Innenministerium, Helmut Teichmann, sei schließlich der Durchbruch gelungen. Die Grenzübergänge Vianden und Dasburg bleiben passierbar. Es könnten die ersten innereuropäischen Grenzen sein, die nach den plötzlichen Schließungen infolge der Coronaviruskrise quer durch die Europäische Union geschlossen wurden.

Belgien schließt seine Grenzen

Nach Deutschland, Italien, Österreich und anderen europäischen Ländern schließt nun auch Belgien seine Grenzen.

Ab sofort sollen Kontrollen an den Landesgrenzen durchgeführt werden. Nur der Güter-

verkehr sowie Fahrten aus „wesentlichen Gründen“ sollen ab sofort über die Grenze gelassen werden.

Inwiefern die Grenze zu Luxemburg von den Maßnahmen betroffen ist, ist derzeit unklar.

tageblatt du 21.03.2020 / page 5

Jean Asselborn sorgt sich um offene Grenzen

Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn sorgt sich um die offenen Grenzen in der Europäischen Union. Denn viele EU-Staaten sind im Zuge der Corona-Krise dazu übergegangen, trotz Schengener Abkommen wieder Kontrolle an ihren Landesgrenzen einzuführen. Dazu müsse man drei Fragen stellen, sagte Jean Asselborn gestern nach einer Videokonferenz der EU-Außenminister. Wird durch die Schließung der Grenzen das Virus eingegrenzt? Stehen die Grenzsicherungen im Einklang mit EU-Gesetzen? Ist es eine Diskriminierung der Bürger verschiedener Länder?

„Die Virologen sagen alle, dass Grenzkontrollen eine immens kleine Wirkung, sogar Null-Wirkung auf die Eindämmung des Virus haben“, sagte Jean Asselborn. Effizient sei vielmehr, physische und soziale Kontakte einzuschränken, wie es in vielen Ländern getan werde. Die zweite Frage beantwortete er ebenfalls mit Nein und die Grenzsicherungen würden durchaus zu Diskriminierungen führen. Der EU-Kommission bescheinigt der luxemburgische Außenminister, richtig gehandelt zu haben, als sie die Außengrenzen der Union geschlossen habe. Dies sei aber die Voraussetzung dafür, dass die Grenzen innerhalb des Schengenraumes offen bleiben könnten. Luxemburg sei wegen der vielen Grenzgänger, die insbesondere im Krankenhaus- und Pflegesektor arbeiten, auf offene Grenzen angewiesen. Grenzsicherungen würden daher einen „vitalen Nerv“ des Landes treffen.

Jean Asselborn verwies gestern vielmehr auf die in diesen Zeiten erforderliche Zusammenarbeit in der EU. So werde Luxemburg, ebenso wie das Saarland, Corona-Patienten aus dem vom Virus schwer betroffenen französischen Mulhouse aufnehmen. Eine andere humanitäre Aktion Luxemburgs ist hingegen wegen des Coronavirus ins Stocken geraten. So wollte das Land bereits vergangene Woche zehn unbegleitete Flüchtlingskinder aus einem Lager auf der griechischen Insel Lesbos aufnehmen. Allerdings sei die Auswahl der Kinder durch das UN-Flüchtlingshilfswerk nicht rechtzeitig abgeschlossen worden, sagte Jean Asselborn. Zudem sei ein Teil des für den Empfang und die Betreuung der Kinder notwendigen Personals wegen der Corona-Krise ausgefallen. Er hoffe aber, dass in „einem oder zwei Monaten“ die Überführung der minderjährigen Flüchtlinge abgeschlossen werden könne. **gk**



Jean Asselborn hatte gestern seine erste Videokonferenz mit seinen europäischen Amtskollegen in seiner langen Karriere als Außenminister

Foto: Editpress/Julien Getroy

„Als würden wir uns nicht kennen“

INTERVIEW Asselborn über geschlossene Grenzen und gestrandete Luxemburger

Armand Back

Das Außenministerium appellierte mehrfach. Luxemburger im nicht-europäischen Ausland sollten schnellstmöglich heimreisen. Seitdem hat sich die Lage verschärft. Die Coronakrise greift weltweit weiter um sich, immer mehr Grenzen schließen. Jean Asselborn ist vom Außen- zum Rückholminister geworden. Doch die gestrandeten Luxemburger sind nicht die einzige Sorge. Die innereuropäischen Grenzschließungen machen Asselborn fassungslos. Vor allem für ein Nachbarland fehlt Luxemburgs Chefdiplomate das Verständnis.

Tageblatt: Sind mittlerweile alle Luxemburger zurück im Land?

Jean Asselborn: Nein. Wir haben auf allen Kontinenten Leute sitzen, die jetzt zurückkommen wollen. Denen zu helfen, ist jetzt unsere Hauptaufgabe als Außenministerium. Aber wir stehen vor nie dagewesenen Schwierigkeiten. Die meisten Flüge sind abgesagt. Und falls nicht, weiß man trotzdem nicht, ob sie tatsächlich abheben werden. Man kommt auch kaum mehr in die Europäische Union hinein. Das macht es sehr, sehr schwierig.

Wie läuft die Hilfe ab?

Im Außenministerium haben wir einen Krisenstab mit erfahrenen Diplomaten eingerichtet. Jeder Anruf, der uns erreicht, jede SMS, jede Nachricht über Facebook, WhatsApp, Twitter oder was auch immer, alles wird gesammelt. Bislang konnten zumindest alle persönlich angerufen werden.

Mit welchen Situationen wird das Außenministerium da konfrontiert?

Wir haben beispielsweise einen Fall, da hängt eine Gruppe von

rund 20 Leuten auf Kuba fest. Weil ein Corona-Verdachtsfall darunter ist, sitzen die jetzt in richtig schwierigen Bedingungen dort. Unter solchen Umständen alleine zurechtzukommen, ist nicht ohne. Zusammen mit den Botschaftern aus Belgien, Deutschland und Frankreich versuchen wir, diese Menschen zu erreichen und ihnen, so gut es geht, zu helfen.

Auch Reisende in Europa, die keinen Direktflug nach Luxemburg hatten, berichten von Schwierigkeiten. Wie ist die Situation jetzt dort?

Das ist ein anderes Problem, das

hoffentlich bald gelöst ist. Dabei ging es um Luxemburger, die zum Beispiel aus Palma zurückkamen

und dann in Frankfurt am Flughafen festgehalten wurden. Das ist auch einigen Österreichern und Schweizern so passiert. Genau da zeigt sich, was geschieht, wenn solche Ansagen von oben herab kommen und dann von Grenzbeamten interpretiert werden müssen. Denn genau das war es, was die Luxemburger in Frankfurt zu hören bekamen: Befehl von oben!

Die Luxair fliegt keine Langstrecken. Gibt es Übereinkünfte mit Nachbarstaaten, Luxemburger in deren Flugzeuge zu lassen?

Mit Deutschlands Außenminister Heiko Maas bin ich vergangene Woche übereingekommen, dass Luxemburger bei deutschen Rückholaktionen mit ins Flugzeug können. Mit Belgien ebenso, wir stehen in permanentem Kontakt. So haben wir zum Beispiel Leute aus Senegal zurück nach Luxemburg holen können. Die Deutschen haben da geholfen. Da zeigt sich, wie wichtig es in solchen Krisenzeiten ist, dass nicht jeder nur sein eigenes Ding dreht, dass wir dort Solidarität zeigen, wo sie gezeigt werden kann. Das ist das Gegenteil von dem, was sonst gerade in Europa vor sich geht.

Mittlerweile haben ein gutes Dutzend EU-Staaten ihre Grenzen zumindest zum Teil geschlossen. Am Montag unterhalten sich die EU-Außenminister per Videokonferenz. Haben Sie Verständnis für die Grenzschließungen angesichts der derzeitigen Krise?

Uneuropäischer geht es nicht mehr. Das war nicht einmal koordiniert. Ein Schlamassel wie jetzt hatten wir noch nie in Europa, nicht in der Finanzkrise und nicht einmal in der Migrationskrise. Das tut weh. Und geht es so weiter, bricht die Nahrungsmittelkette irgendwann ein – man muss sich ja nur die dutzende Kilometer langen Staus anschauen, die es jetzt schon gibt. Alles mit dem Argument, wir müssten unser Volk schützen. Auf einmal ist jedes Volk nur noch ein nationales Volk und kein europäisches Volk mehr. Europa wurde gegründet, um zusammen, gemeinschaftlich, in Solidarität die Probleme zu lösen, die sich alleine nicht lösen lassen. Genau dieses Problem, das wir jetzt haben, mit diesem Coronavirus, und das vielleicht nur mit dem Klimaschutz vergleichbar ist, kann nur zusammen angegangen werden – und nicht, indem der eine oder andere meint, er müsse den Nachbarn die Tür vor der Nase zuschlagen.

Von unseren Nachbarstaaten kontrolliert mittler-

**weile nicht nur
Deutschland an
seinen Grenzen,**

auch Belgien tut das. Wie sehr hat Sie vor allem die Entscheidung der Deutschen überrascht?

Von unseren Nachbarn haben die Deutschen begonnen. Die erste Argumentation war die, man könne es nicht zulassen, dass von französischer Seite aus in Deutschland Hamsterkäufe gemacht würden. Wir wissen, was daraus geworden ist: Deutschland hat seine Grenzen nach Luxemburg, nach Frankreich, nach Österreich geschlossen, jedoch nicht zu Belgien oder den Niederlanden. Es tut mir leid, aber ich verstehe den Sinn nicht. Während wir in Luxemburg unsere Bürger aufforderten, daheim zu bleiben, Schulen geschlossen haben, genau wie Geschäfte, Restaurants und all das andere, saßen die Leute auf der anderen Seite der Grenze noch in Restaurants und auf Terrassen herum – was für eine verrückte Geschichte!

Luxemburg wurde vorab nicht über die Grenzschließungen informiert. Wie kann so etwas sein?

Es tut mir weh, das zu sagen, aber es gibt einen Unterschied, wie Deutschland uns behandelt und wie Frankreich uns behandelt. Ich

sage nicht, die Deutschen würden kein Verständnis für die Luxemburger Situation zeigen. Das tun sie. Und trotzdem nehmen sie diese Eingriffe vor. Ich verstehe einfach nicht, wieso sie das tun. Frankreich zeigt nicht nur Verständnis für die Situation in Luxemburg mit unserer Abhängigkeit von Pendlern vor allem im Gesundheits- und Sozialwesen. Frankreich lässt auch die Grenzen offen. Das ist das Wichtige! Verständnis ist gut, reicht alleine aber nicht.

**Was sind die Folgen der
Grenzschließungen?**

Wenn da nicht überlegt wird, sind wir gleich in Gefahr. Nehmen wir nur das Beispiel mit dem Vorhaben, alle deutsch-luxemburgischen Grenzübergänge nördlich von Echternach zu schließen. Dann kommen Bauern nicht mehr auf ihr Feld. Dann braucht zum Beispiel eine Krankenschwester aus der Eifel einen hundert Kilometer langen Umweg, um im Krankenhaus in Eitelbrück arbeiten zu können. Daran kann doch keiner Interesse haben! Nach intensiven Gesprächen ist es uns ja schließlich gelungen, Vianden und Dasbourg-Pont offenzuhalten. Die Deutschen schließen die Grenzen ja nicht, um

das Virus zu bekämpfen. Bei ihnen ist alles erlaubt, bei uns alles zu. Unser Vorschlag aus Luxemburg war, die deutschen Behörden mit 50 Luxemburger Grenzbeamten zu unterstützen. Das scheint geholfen zu haben. Wenn wir so dazu beitragen können, die Grenzen offenzuhalten, dann sehe ich nichts Negatives daran.

**Was wollen Sie Ihren Außen-
ministerkollegen heute beim
EU-Ratstreffen sagen?**

Dass das so doch nicht geht. Wir können doch nicht zwischen Deutschland und Frankreich und Luxemburg auf einmal so tun, als würden wir uns nicht kennen, als wollten wir nichts mehr miteinander zu tun haben. Als würde es Europa nicht geben. Wenn wir so weitermachen, können wir den Schengenraum vergessen – und das ist der größte Acquis, die größte Errungenschaft, den wir als Europäische Union haben.

GASTBEITRAG

„Grenzkontrollen so schnell wie möglich aufheben“

Franz Peter Basten, Christoph Grimm und Bernhard Kaster äußern sich zu den aktuellen Auswirkungen der Corona-Krise auf die Region.

Europa befindet sich in der größten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg. Enttäuscht nehmen die Menschen ein Versagen der europäischen Institutionen wahr.

Die nationalen Regierungen stehen vor großen Herausforderungen, aber die europäische Solidarität, der Umgang mit den Binnengrenzen und die Handhabung von Risikogebieten waren und sind europäische Aufgaben.

Wir beziehen uns auf den „Trierer Appell“ vom Februar 2017 und den Aufruf zur Europawahl vom Mai 2019. Wir wiederholen angesichts der katastrophalen Auswirkungen der Corona-Pandemie die Forderung zur Einrichtung handlungsfähiger Institutionen und zur Schaffung von wirksamen Entscheidungsstrukturen auf der Ebene der Großregion.

Der Umgang der nationalen und regionalen Regierungen und Institutionen orientiert sich vorwiegend an nationalen Grenzen und hinterlässt den fatalen Eindruck, dass Europa in dieser Krise überhaupt nicht existiert – weder auf gesamt-europäischer – noch auf der Ebene der Großregion. Das ist umso enttäuschender, als es ja ein Gründungsgedanke der Europäischen Union war, ein wirksames Instrument der Völker Europas gegen globale Gefährdungslagen zu schaffen. Stattdessen werden gerade die Bürgerinnen und Bürger, die in den Grenzregionen von Luxemburg, Belgien, Frankreich und Deutsch-

land seit Jahren Europa vorbildlich und ganz praktisch leben, mit einseitig veranlassten bewaffneten Grenzkontrollen konfrontiert. Wer einen „Passierschein“ besitzt, darf in Luxemburg einreisen, Luxemburger, die keinen „triftigen“ Grund geltend machen können, dürfen nicht nach Deutschland einreisen. Eine wirklich gesundheitspolitisch überzeugende Begründung für diese Maßnahmen ist bisher nicht ersichtlich. Denn sowohl Luxemburg wie auch Frankreich und Belgien, haben Vorkehrungen gegen die Verbreitung des Virus getroffen, die zum Teil noch über die Maßnahmen auf deutscher Seite hinausgehen. Eine zu Recht einzudämmende unnötige Reisetätigkeit macht jedoch keinen Unterschied, ob diese innerhalb z.B. eines Landes oder über eine „zufällig“ dort befindliche europäische Binnengrenze stattfindet. Einzig Sinn machen würden Kontrollen bei definierten Risikogebieten.

Ein Konzept zur grenzüberschreitenden Bekämpfung von schweren Gefahren für die Gesundheit der Menschen existiert auch nicht ansatzweise. Dabei bieten das Übereinkommen der Regierungen Deutschlands, Frankreichs, Luxemburgs und der Schweiz vom 23.1.1996 und der neue Vertrag von Aachen hinreichend Lösungsmöglichkeiten zu einer gemeinsamen Strategie und für praktische Maßnahmen zur Bewältigung von, wie jetzt, kollektiv lebensbedrohlichen „Großlagen“.

Wir begrüßen das bilaterale Engagement der Bundesländer Rheinland-Pfalz und Saarland sowie vorbildliche Hilfen zwischen den Städtepartnerschaften und der beteiligten Krankenhäuser. Aber der sogenannte „Gipfel der Großregion“ versagt nahezu völlig. Wir fordern daher die beteiligten Regierungen, Institutionen und Behörden auf:

1. Die Grenzkontrollen in der jetzigen Form so schnell wie möglich wieder aufzuheben bzw. unter Berücksichtigung rein gesundheitlicher Aspekte, wie z.B. der Handhabung von Risikogebieten, anzupassen.
2. Im Gesundheitswesen der Großregion grenzüberschreitende Kompetenzen zu schaffen, zu bündeln und zu koordinieren, um abgestimmte und wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung grenzüberschreitender Bedrohungslagen zu ermöglichen.
3. Die Großregion mit Entscheidungsstrukturen zu versehen, die von den beteiligten Teilregionen gemeinschaftlich ausgeübt werden.

Franz Peter Basten, Staatssekretär a.D. ehem. MdB

Christoph Grimm, Landtagspräsident a.D.

Bernhard Kaster, Bürgermeister a.D., ehem. MdB

Brandbrief der luxemburgischen und deutsche Moselbürgermeister

13 Bürgermeister verlangen von den Ministerpräsidenten in Mainz und Saarbrücken ein Ende der Grenzkontrollen an der Mosel

LUXEMBURG

PATRICK WELTER

Eines der ersten Corona-Opfer war Schengen, nicht die Gemeinde, sondern das Schengener Abkommen. Schneller als es sich AfD und RN-Abgeordnete erträumen konnten, waren die seit 25 Jahren offenen Grenzen Geschichte. Plötzlich waren noch die kleinsten Grenzübergänge dicht, aber auch die Grenzbrücke zwischen Nennig und Remich.

Seehofers einsame Entscheidung

Am Anfang der Misere stand eine lakonische Mitteilung des deutschen Innenministeriums: „Ab dem 20. März 2020 ist der Grenzübertritt an den Landgrenzen zu Österreich, Frankreich, Luxemburg, Dänemark und der Schweiz nur noch an bestimmten Grenzübergangsstellen möglich. Die Liste der zugelassenen Grenzübergangsstellen ist für Bürgerinnen und Bürger auf der Internetseite des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI) unter www.bmi.bund.de einsehbar. (...) Ergänzende Hinweise dazu sind ebenfalls auf der Internetseite des BMI abrufbar.“

Man merkt dem Bürokratendeutsch an, dass diese Entscheidung weit weg von den eigentlich nicht mehr existierenden Grenzen gefallen ist - an der Realität vorbei und über die Köpfe der Bürger hinweg.

Die Bürgermeister sehen „belastende Symbolik“

Um die unhaltbare Situation im Nukleus des Schengenraums ganz deutlich zu machen, haben sich die Bürgermeister von 13 Gemeinden und Ortsgemeinden von beiden Seiten der Mosel gestern in einem offenen Brief an die Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz, Malu Dreyer, (SPD) und den Ministerpräsidenten des Saarlands, Tobias Hans, (CDU) gewandt. Im Vordergrund steht bei den 13 Bürgermeistern die „Enttäuschung über den aktuellen Umgang mit dem europäischen Gedanken.“

Die Bürgermeister werden dann sehr deutlich: „In unserer Region wird Europa tagtäglich vorbildlich gelebt. Auf beiden Seiten der Mosel

finden alltägliche Dinge des Lebens - Wohnen, Arbeiten, Einkaufen, Kultur- und Freizeitangebote – selbstverständlich und ohne Grenzen statt. (...) Leider muss man gerade feststellen, dass viele Staaten in alte Verhaltensmuster zurückfallen anstatt gemeinsam mit den europäischen Partnern nach Auswegen aus der Krise zu suchen.

Geschlossene Grenzen und bewaffnete Grenzkontrollen werden von vielen Bürgern unserer beiden Länder, 75 Jahre nach Kriegsende, Jahre in denen grenzüberschreitende Freundschaften zum Wohl aller Mitbürger der Großregion entstanden sind, als belastend

und symbolisch fehl am Platz empfunden.“ Die Bürgermeister weisen auch ausdrücklich darauf hin, dass die „Einschränkungen und Restriktionen“ zur Bekämpfung von Covid-19 in Luxemburg viel rigoroser sind, als in Deutschland. Von Luxemburg gehe nicht mehr und nicht weniger Gefahr aus...

Die 13 Bürgermeister von Wasserliesch bis Schengen bitten die beiden Ministerpräsidenten die Grenzkontrollen unverzüglich wieder aufzuheben und auch den Fährverkehr zwischen Wasserbillig und Oberbillig zu ermöglichen. Darüber hinaus sollen in der Großregion für die Zukunft politische Instrumente geschaffen werden die sich nicht nur mit wirtschaftlichen Fragen befassen, sondern auch ermöglichen auf Krisen wie jetzt gemeinsam zu reagieren.

Die Unterzeichner

Thomas Michael Thelen, Bürgermeister der Ortsgemeinde Wasserliesch (D); Jérôme Laurent, Bürgermeister der Gemeinde Mertert (Lux); Andreas Beiling, Bürgermeister der Ortsgemeinde Oberbillig (D); Herbert Schneider, Bürgermeister der Ortsgemeinde Temmels (D); Léon Gloden, Bürgermeister der Stadt Grevendmacher (Lux); Hans Dostert, Bürgermeister der Ortsgemeinde Wellen (D); Peter Leo Hein, Bürgermeister der Ortsgemeinde Nittel (D); Max Hengel, Bürgermeister der Gemeinde Wormeldange (Lux); Elmar Schömann, Bürgermeister der Ortsgemeinde Wincheringen (D); Marco Albert, Bürgermeister der Gemeinde Stadtbredimus (Lux); Florian Wagner, Bürgermeister der Ortsgemeinde Palzem (D); Jacques Sitz, Bürgermeister der Stadt Remich (Lux); Michel Gloden, Bürgermeister der Gemeinde Schengen (Lux). ●

Stimme(n) für Schengen

DREILÄNDERECK Bürgermeister für Solidarität und gegen Grenzschließungen

Marco Goetz

Mit einer kleinen Zeremonie Flagge zeigen: Die Bürgermeister aus dem Dreiländereck rund um Schengen setzten am Dienstag ein Zeichen für grenzüberschreitende Solidarität in der Region. Geschlossene Grenzübergänge wollen sie nicht so einfach hinnehmen. Deshalb erheben sie ihre Stimme. Auch im Hinblick auf den 14. Juni, den

35. Jahrestag der Unterzeichnung des Schengener Abkommens.

Früher Dienstagabend. Die Sonne scheint vom Markusberg rüber nach Perl und Apach. Das ZDF filmt. Beim Schengen-Monument im gleichnamigen Moselort haben sich sechs Bürgermeister aus dem Dreiländereck versammelt. Ihre Botschaft ist klar: Sie wollen Solidarität untereinander bekunden

und zeigen, dass sie geschlossene Grenzen nicht schweigend hinnehmen.

Die Künstlerin Chantal Kirsch lässt die „Ode an die Freude“ über die Esplanade erklingen. Dem Lied aus Beethovens neunter Sinfonie liegt ja auch die Europahymne zugrunde.

Im *Tageblatt*-Gespräch erheben die Anwesenden ihre Stimme(n) für Schengen und das grenzenlose Europa.

Zusammenrücken

„Es ist ein weiteres Zeichen dafür, dass wir hier im Dreiländereck gut zusammenarbeiten und es auch in Zukunft weiterhin so tun werden. Es ist positiv, dass wir zusammenstehen. Die Grenzschießungen sind ja auf höherer Ebene getroffen worden, haben aber eine starke Auswirkung auf die Region und die Menschen vor Ort. Für mich ist es wichtig, dass wir daraus lernen und alles tun, um in Zukunft zu verhindern, dass wir

nochmals in eine solche Situation geraten. Das bedeutet aber auch, dass die Länder noch enger zusammenrücken müssen, als sie das bisher getan haben. Wir sehen ja, dass die einzelnen Länder Europas recht unterschiedlich mit der Situation umgehen. Das vereinfacht den Prozess gemeinsamen Vorgehens dann nicht unbedingt. Ich hoffe, dass dieser Zustand schnell vorbei sein wird, befürchte aber, dass wir in der Grenzregion noch etwas damit zu kämpfen haben werden.“
(Ralf Uhlenbruch, Bürgermeister Perl)

Enttäuschung

„Die Art und Weise, wie Deutschland seine Grenzen zu Frankreich und Luxemburg geschlossen hat, hat mich doch etwas enttäuscht. Das hätte man anders regeln können. miteinander reden, an die Vernunft appellieren, statt quasi über Nacht Fakten schaffen. Das Treffen der Bürgermeister aus dem Dreiländereck ist ein starkes Zeichen dafür, dass wir hervorragend zusammenarbeiten und die guten Beziehun-

gen, die wir in der Vergangenheit aufgebaut haben, weiterführen und noch ausbauen wollen. So wollen wir auch, dass Europa im Großen sich weiterentwickelt. Die aktuelle Situation beunruhigt mich da schon etwas, weil sie befürchten lässt, dass einzelne Länder die Lage ausnutzen und sich wieder stärker auf sich beziehen und Kontakte abbrechen könnten. Ein Beweis dafür, dass dem nicht so sein muss, ist, dass Krankenhäuser aus Luxemburg und Deutschland Patienten aus unserer Region, dem Grand Est, aufgenommen haben.“
(Yves Licht, Bürgermeister Contz-les-Bains)

Wiedervereinigung

„In den letzten Tagen und Wochen haben wir viel und oft untereinander telefoniert. Dass wir uns heute in Schengen treffen konnten, hat etwas von einer ‚Wiedervereinigung‘. Es ist auf jeden Fall ein Symbol. Etwas sehr Bedeutendes für Morgen, wenn es darum geht, die Beziehungen, die etwas leiden in diesen Zeiten des Abgeschottetseins, wieder zu verbessern. Dann werden wir, so hoffe ich zumindest, uns wieder in einem größeren freundschaftlichen Rahmen treffen können. Schnellstmöglich. Bis dahin bleibt eine gemeinsame Anstrengung nötig, um die Gefahren des Virus zu meistern.“
(Patrick Gutieres, Bürgermeister Apach)

Solidarität

„Für mich geht es ganz klar darum, dass die Grenzen wieder geöffnet werden. Es gibt keinen Grund, geschlossene Grenzen zu haben. Ich finde es auch ziemlich besorgniserregend, wie leichtfertig die Leute bereit sind, die offenen Grenzen aufzugeben. Ich bin hier, um ein Zeichen für das grenzenlose Europa zu setzen. Ich stehe für eine solidarische und koordinierte Reaktion der Krankheit gegenüber und nicht für ein egoistisches Verhalten, wo jeder nur nach sich selbst schaut.“
(Kim Dumont, Europazentrum Schengen)

Freiheit

„Das Event ist für mich ein sehr wichtiges Zeichen nach außen. Wir wollen zeigen, dass geschlossene Grenzen nicht einfach so hingenommen werden und dass besonders in Schengen viel darüber nachgedacht wird. Außerdem soll man öffentlich infrage stellen, ob Grenzsicherungen wirklich etwas bei der Virusbekämpfung bringen. Grenzen sollte man 25 Jahre nach Inkrafttretens des Abkommens von Schengen einfach nicht mehr schließen dürfen. Ich hoffe, dass viele Menschen sich bewusst wer-

den, wie nervend das ist. Es ist schrecklich zu sehen, wie schnell alles geht und wie wenig eigentlich darüber nachgedacht wird, was gerade passiert. Der Protest richtet sich scheinbar oft eher gegen das Verbot, drüben in Perl einzukaufen, als dann gegen die Beschränkung unserer Freiheit. Schon erstaunlich, wie die Leute das letztendlich hinnehmen. Ich bin deshalb froh, dass Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn auf internationalem Parkett eine der wenigen Stimmen ist, die die Einschränkungen ankreiden.“

(Martina Kneip, Europazentrum Schengen)

Kein Verständnis

„Die Bedeutung für mich ist, dass wir zeigen wollen, dass ein Virus eigentlich keine Grenzen kennt. Leider muss ich dann aber feststellen, dass verschiedene Politiker das anders sehen, uns viele Jahre zurückwerfen, indem sie Grenzen wieder schließen. Das ist nicht schön für unsere Region, wo die Menschen seit Langem ohne Grenzen leben und sich jeden Tag zwischen Frankreich, Deutschland und Luxemburg frei hin und

her bewegen. Jetzt sind sie mit einem Gefühl konfrontiert, das nicht sein müsste. Deshalb finde ich unsere Aktion wichtig. Ich habe Verständnis für alle gesundheitspolitischen Maßnahmen. Wirklich kein Verständnis habe ich hingegen, wenn radikal entschieden wird, dass Menschen, die zur Arbeit fahren, einen Umweg machen müssen oder dass Bürger aus dieser Region nicht mehr im Nachbarland einkaufen dürfen.“

(Steve Reckel, Bürgermeister Mondorf)

Befremdend

„Es ist wichtig, ein klares Zeichen für Europa zu setzen. Besonders hier in Schengen, wo das grenzenlose Europa sozusagen geboren wurde. Es ist nötig, darauf hinzuweisen, wie wichtig offene Grenzen sind. Die anwesenden Bürgermeister haben das mit ihrer Aktion getan. Ich wohne in Perl und finde es sehr befremdend, wenn ich kontrolliert werde, wenn ich nach Schengen überfahren möchte, um über den Markusberg spazieren zu gehen. Ein bisschen Angst bekommt man da schon.“

(Chantal Kirsch, Künstlerin)

14. Juni

„Das Treffen der Bürgermeister aus dem Dreiländereck gibt mir Hoffnung. Es zeigt, dass wir der Erbschaft des Schengener Abkommens verpflichtet bleiben und dass wir täglich bemüht sein müssen, sie zu verteidigen, um sie zu bewahren. Dieses Treffen ist auch Ansporn dafür, dass wir am kommenden 14. Juni, anders als vielleicht geplant, eindrücklicher an die Unterzeichnung des ersten Schengener Abkommens 1985 erinnern. Erste Kontakte haben wir bereits geknüpft. Außenminister Jean Asselborn hat zugesagt. Auf Premier Xavier Bettel zählen wir stark und auch auf Jean-Claude Juncker. Wie das alles genau aussehen wird, weiß ich noch nicht genau. Das hängt ja auch vom weiteren Verlauf des Ausnahmezustandes ab. Aber wir werden am 14. Juni sicher wieder Flagge zeigen und ein wegweisendes Zeichen für alle Länder des Schengenraums geben.“

(Michel Gloden, Bürgermeister Schengen)

Sternenglanz in der Dunkelheit

Gemeinden im Dreiländereck mahnen zu europäischer Solidarität in Krisenzeiten

Schengen. Mit gehissten Europa-Fahnen und der Hymne der Europäischen Union haben die sechs Gemeinden des Dreiländerecks rund um Schengen gestern ein Zeichen der grenzüberschreitenden Solidarität und gegen die Rückkehr der nationalen Grenzen gesetzt. An den Rathäusern flatterte gestern die Fahne mit den zwölf goldenen Sternen, die nach Sonnenuntergang beleuchtet wurde. Beim Auftakt der Aktion in Schengen brachte zudem eine Sängerin Beethovens „Ode an die Freude“ zu Gehör.

„Wir machen in unseren Gemeinden nicht die ganz große Politik, trotzdem wollen wir mit der

Aktion eine Mahnung und ein Zeichen der Solidarität nach draußen schicken“, sagte der Schengener Bürgermeister Michel Gloden gegenüber dem „Luxemburger Wort“. Seit Deutschland und Frankreich im Zuge der Corona-Krise Straßen und Brücken gesperrt und Kontrollen eingeführt haben, ist das Dreiländereck wieder von Grenzen durchschnitten. Luxemburger können nur noch in Ausnahmefällen die Grenze überqueren. Grenzgänger aus Deutschland und Frankreich müssen Umwege und Staus vor den Grenzkontrollen in Kauf nehmen.

Mit der symbolischen Aktion verbanden die Gemeinden aber

ausdrücklich keinen politischen Appell. „Wir wollen damit zeigen, dass wir weiter eng zusammenstehen“, erklärte Bürgermeister Gloden. „Die vielen Maßnahmen zur Eindämmung des Corona-Virus dürfen keine negativen Spuren im grenzüberschreitenden Zusammenleben hinterlassen.“ An der Geste beteiligten sich von Luxemburger Seite die Gemeinden Schengen, Remich und Bad Mondorf, Apach und Contz-les-Bains in Frankreich sowie Perl im Saarland.

Protest gegen Grenzschießung

Konkrete Forderungen erhoben gestern 13 Bürgermeister von

deutschen und luxemburgischen Gemeinden beiderseits der Mosel. In einem Protestbrief forderten sie die Ministerpräsidenten des Saarlands und von Rheinland-Pfalz auf, die Grenzen zwischen den beiden Staaten wieder zu öffnen und die Kontrollen zu beenden. „Die gesundheitspolitischen Maßnahmen sind das beste Mittel, um die Verbreitung des Corona-Virus auszu-bremsen. Eine Schließung der Grenzen gehört nicht dazu“, heißt es in dem gestern verschickten Schreiben. Die 13 Bürgermeister bezweifeln zudem den Nutzen der Kontrollen. Immerhin seien die in Luxemburg getroffenen Maßnahmen europaweit vorbildlich. Gerade in Krisenzeiten müssten die Länder europäische Solidarität beweisen, anstatt in alte Verhaltensmuster zurückzufallen. vb



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

CORONA-PANDEMIE

Wirtschaft

Moody's rechnet mit einer Rezession

LUXEMBURG Wirtschaftseinbruch von mehr als vier Prozent erwartet

Christian Muller

Wegen der aktuellen Krise mit ihren vielen Folgen für Wirtschaft und Staatsfinanzen hat die Ratingagentur Moody's diese Woche neue Prognosen für die künftige Entwicklung Luxemburgs erstellt. Sie rechnet in diesem Jahr mit einer Rezession im Land.

Um mehr als vier Prozent soll die Wirtschaftsleistung dieses Jahr in Luxemburg einbrechen, erwarten die Analysten der Ratingagentur Moody's. Das wäre deutlich heftiger als ein vom Statistikamt Statec (vor der Corona-Krise) erstelltes Krisenszenario. Letzteres rechnete für das Großherzogtum nur mit einem Rückgang des Wachstums. Trotzdem würde die Arbeitslosigkeit bis 2023 auf 6,8 Prozent klettern.

Hintergrund des von Moody's erwarteten Rückgangs der Wirtschaftsleistung sind die gegen die Corona-Verbreitung getroffenen Maßnahmen, ist dem Bericht über Luxemburg zu entnehmen. Reisebeschränkungen, die Schließung der meisten öffentlichen Einrichtungen und weitreichende Beschränkungen der kommerziellen und wirtschaftlichen Tätigkeit, einschließlich Baustellen, werden aufgezählt.

Die größten Auswirkungen des Wirtschaftseinbruchs werden bis Ende Juni zu spüren sein, schätzen die Analysten. Ab dem dritten Quartal würde sich die Wirtschaft dann wieder erholen – unter der Bedingung, dass die Beschränkun-

gen des öffentlichen Lebens und der Wirtschaftstätigkeit ab Anfang Mai schrittweise aufgehoben würden. Im kommenden Jahr, 2021, erwartet Moody's dann ein schnelles Wieder-Anziehen der Wirtschaft.

Schnelle Erholung erwartet

Der Wirtschaftseinbruch um bis zu 4,5 Prozent, den die Ratingagentur vorhersieht, wäre in etwa gleich stark wie die Rezession nach der Finanzkrise. War das Land 2006 und 2007 noch mit mehr als 5 Prozent jährlich gewachsen, so war die Wirtschaftsleistung in den Jahren 2008 und 2009 rückläufig (-1,3 bzw. -4,4 Prozent). Erst 2010 zog die Wirtschaftsleistung des Landes wieder richtig an.

Die bisher von Luxemburg und Brüssel getroffenen Hilfsmaßnahmen hat Moody's mit in seine Rechnung einbezogen. Die Kosten der bisher angekündigten Hilfen schätzen die Analysten auf etwa 1,8 Milliarden Euro. Hinzu kämen verspätete Steuereinnahmen und Garantien für Unternehmen in Höhe von rund sieben Milliarden Euro. Zudem gehen sie für 2020, verglichen mit 2019, von drei Prozent weniger Steuereinnahmen aus. Letzteres sei vor allem auf den starken Rückgang der wirtschaftlichen Aktivität während des Stillstands zurückzuführen, so die Analysten.

Nur leichtes Wachstum der Verschuldung

Alles in allem geht die Ratingagentur von einer vorübergehenden Verschlechterung des luxemburgischen Haushaltssaldos und der Verschuldung aus. Im laufenden Jahr rechne man mit einem Defizit von rund zwei Prozent. (Zuvor war Moody's von einem Überschuss von drei Prozent für 2020 ausgegangen.) Infolgedessen würde der öffentliche Schuldenstand bis 2021 auf 24 Prozent der Wirtschaftsleistung ansteigen. Alles noch im Rahmen der alten Euro-Stabilitätskriterien.

Viel schlimmer und heftiger sind derzeit die wirtschaftlichen Erwartungen für die USA: Wegen einer Entlassungswelle im Sog der Virus-Pandemie sind dort, bereits jetzt, die Anträge auf Arbeitslosenhilfe auf historische Höchstwerte geschneit. In der letzten Woche des März stellten rund 6,65 Millionen Amerikaner einen Erstantrag auf staatliche Hilfe.

Laut einer Prognose der US-Großbank Morgan Stanley dürfte die Konjunktur in den USA 2020 so stark einbrechen wie seit 1946 nicht mehr. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte um 5,5 Prozent schrumpfen. Im gerade begonnenen zweiten Quartal werde es sogar einen Einbruch um 38 Prozent geben. Die Arbeitslosenquote in den USA werde bis auf 15,7 Prozent steigen, sagen die Analysten voraus.

Das kostet uns die Corona-Krise

LOCKDOWN Ökonomen beziffern die Folgen für Luxemburgs Wirtschaft

Tobias Senzig

Eine Gruppe von Ökonomen rund um die Forschungsinitiative Research Luxembourg haben eine Projektion der wirtschaftlichen Konsequenzen der Corona-Krise für Luxemburg erstellt. Die Ergebnisse sind erschütternd.

Die Corona-Krise kann für Luxemburgs Wirtschaft drastische Folgen haben. Das geht aus einem Arbeitspapier der Forschergruppe Recovid hervor. Die Ökonomen der Task Force Research Luxembourg mit dem Wirtschaftsforschungsinstitut Liser, der Uni Luxemburg und der Statistikbehörde Statec haben mögliche Effekte auf die Wirtschaft im Land untersucht. Das „Working Paper“ soll lediglich einen Zwischenstand der Erkenntnisse liefern – aber es hat es in sich.

Demnach könnten sich die Wirtschaftserträge in Luxemburg – je nach Zustand der Weltwirtschaft und Unterstützung durch den Staat – um 28 bis 42 Prozent pro Monat verringern. „Jeder Monat des Lockdowns könnte Luxemburgs Bruttoinlandsprodukt (BIP) aufs Jahr gerechnet um 2 bis 3,5 Prozent schwächen“, schreiben die Wirtschaftswissenschaftler. Diese Zahlen seien in hohem Maße ungewiss. Aber: Auch wenn die Wirtschaft wieder den Weg zurück zum normalen Niveau findet – die Forscher vermuten, dass das Risiko für das Land besteht, in eine tiefere Rezession „als bei der Finanzkrise 2008“ zu stürzen.

Um diese These zu unterfüttern, haben die Ökonomen errechnet, wie teuer die Ausgangssperren die Wirtschaft zu stehen kommen. „Bei einem einmonatigen Lockdown könnten sich die Kosten wegen Covid-19 auf zwei Billionen Euro beziffern“, sagen sie. Ein Lockdown zwischen zwei und drei Monaten würde ohne staatliche Unterstützung zwischen 3,9 und 5,7 Milliarden Euro kosten. Sechs Monate ohne Maßnahme würde die Wirtschaft 11,3 Milliarden Euro kosten. Beim schlimmsten Szenario ohne staatliche

Eingriffe würde das Bruttoinlandsprodukt um ganze 14 Prozent schrumpfen – „und die Leistungen von fünf Jahren massiven Wachstums zunichtemachen“. Zum Vergleich: 2010, auf dem Höhepunkt der Finanzkrise im vergangenen Jahrzehnt, schrumpfte die Wirtschaft um 8,7 Prozent.

Mehr Infizierte lassen das BIP weiter schrumpfen

Damit nicht genug – denn die Forscher gehen in diesen Projektionen davon aus, dass die Ausbreitung des Virus eingedämmt werden kann. Falls aber anstatt einem zehn Prozent der Menschen infiziert werden, könnte das Bruttoinlandsprodukt um weitere 1,8 Prozent schrumpfen.

Einige Branchen werden vom Lockdown besonders hart getroffen. Die Ökonomen gehen davon aus, dass die Erträge in der Immobilienwirtschaft um 20 Prozent zurückgehen. Im verarbeitenden Gewerbe und bei Transport und Logistik um 50 Prozent. Noch härter werden Baugewerbe sowie Einzel- und Großhandel getroffen: Die Erträge dieser Branchen könnten um bis zu 90 Prozent schrumpfen. Am schlimmsten ergeht es aber der Freizeitindustrie und der Gastronomie, wo bei geschlossenen Restaurants und Hotels volle 100 Prozent der Erträge wegfallen.

Der Produktionsrückgang in diesen Industrien und der Rückgang der Nachfrage von innerhalb wie außerhalb des Landes werden zu einem Dominoeffekt führen. Daran zeige sich auch, dass das Ausmaß der Rezession nicht nur von den Gegenmaßnahmen, die Luxemburg selbst anstößt, abhängt – sondern auch von jenen, die vom Rest der Welt und den europäischen Nachbarn in die Wege geleitet werden.

Lockdown trifft

einige härter als andere

Der Lockdown habe auch für die Luxemburger Gesellschaft weitreichende Folgen. Ein kurzer Lockdown würde Armut und Ungleichheiten nur marginal verstärken. Aber: Arbeitnehmer in den Branchen, die vom Lockdown besonders betroffen sind, verdienen sowieso weniger – und könnten jetzt von Einkommensverlusten besonders hart getroffen werden. Die Wissenschaftler empfehlen hier Finanzmaßnahmen, um diese Verluste zu kompensieren.

Einige Menschen haben mit der Krise wesentlich härter zu kämpfen als andere. Die Schulschließungen zwingen Eltern dazu, mit ihren Kindern zu Hause zu lernen. Das erschwert ihnen wiederum die Arbeit – und „reduziert die Arbeitskraft der Unternehmen für Handel und Produktion“. Jeder fünfte Haushalt in Luxemburg sei von den Folgen der Schulschließungen betroffen. Isolation, Ausgangssperre und Quarantäne kann laut den Forschern auch die „mentale Gesundheit“ eines Teils der Bevölkerung beeinträchtigen. Etwas weniger als 20 Prozent der Menschen – insgesamt 90.000 Personen – leben in Luxemburg allein, die Hälfte von ihnen sind älter als 60 Jahre.

Die Forschergruppe darf auch einen Zusammenbruch des Finanzsystems nicht ausschließen – sowohl global als auch auf europäischer Ebene. „Das würde viele Volkswirtschaften in eine andauernde Rezession stürzen“, schreiben sie – mit „drastischen Auswirkungen auf die Luxemburger Wirtschaft“. Das Risiko könnte durch eine koordinierte und präventive Politik verhindert werden, die einen großen Geldgeber als letzten Rettungsanker sowohl auf nationalem als auch auf europäischem Niveau installiert. Die Corona-Krise könne auch einen permanenten Effekt haben. Sie könne politische Präferenzen ändern und internationale Beziehun-

gen beeinflussen – und das neoliberale Modell der Globalisierung infrage stellen.

Krise der Realwirtschaft

Aus volkswirtschaftlicher Sicht unterscheidet sich die derzeitige Krise komplett von der Finanzkrise 2008. „Es ist eine unmittelbare Krise der Realwirtschaft“, sagen die Forscher. Deshalb seien nicht nur günstige Kredite für betroffene Unternehmen gefragt, sondern direkte Unterstützung, die die Cash-Flows von Unternehmen und

Haushalten unterstützt.

Aber wer soll das alles bezahlen? Die Forscher haben eine Antwort darauf: Der Staat wird aller Wahrscheinlichkeit nach einfach neue Kredite aufnehmen – und in seinem Haushalt ein Minus verbuchen. Um das System zu stabilisieren, muss „das Defizit einfach genauso groß sein wie der Verlust der Aktivitäten durch die Pandemie“, sagen sie. Mit einer Verschuldung von 21 Prozent des Bruttoinlandsprodukts würde eine solche Unterstützung in Luxemburg nicht auszuschließen sein.

Die Forscher geben noch einen

weiteren Tipp: Geld könne auch innerhalb der Gesellschaft transferiert werden – von denen, die von der Krise kaum betroffen sind, zu denen, die vor dem Ausstehen. „Während das Einkommen einer selbständigen Reinigungskraft substanziell sinken kann, kann ein Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst sogar positive Effekte wahrnehmen“, schreiben sie. „Weil er von zu Hause aus arbeiten kann – und nicht sein Auto nutzen muss, um zur Arbeit zu kommen.“

„Die Menschen erleben derzeit etwas, was sie noch nie erlebt haben“

INTERVIEW Liser-Chefin Aline Muller über die Corona-Krise

Tobias Senzig

Das Luxemburger Wirtschaftsforschungsinstitut Liser (Luxembourg Institute of Socio-Economic Research) hat gemeinsam mit anderen Forschern eine Projektion der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise gewagt. Im Interview erklärt Liser-Chefin Aline Muller, wie die Zahlen einzuschätzen sind – und warum sie in der Krise auch Chancen sieht.

Tageblatt: Ein Lockdown von einem Monat bedeutet, dass die Wirtschaftsleistung in diesem Monat um bis zu 42 Prozent zurückgeht. Ist diese Projektion nicht ein bisschen drastisch?

Aline Muller: Es gibt Projektionen, die für die Eurozone einen wesentlich stärkeren Rückgang prognostizieren. Unsere ist eigentlich eher vorsichtig und positiv. Im Vergleich zu anderen Volkswirtschaften ist der Rückgang relativ gering. Aber wir müssen vorsichtig sein: Luxemburg ist im Vergleich zu den großen europäischen Volkswirtschaften sehr klein. Natürlich hoffen wir deshalb auch auf einen Sonderfall für das Land – aber wir müssen kämpfen.

Wieso ist die Krise in Luxemburg denn besonders?

Im Gegensatz zur Krise 2009 betreffen die direkten Schäden in erster Linie die Realwirtschaft. Lu-

xemburg ist zurzeit weniger hart getroffen als andere Volkswirtschaften. Unsere Wirtschaft basiert auf Dienstleistungen – und die können größtenteils eben auch aus der Ferne geleistet werden.

Sehen Sie in der Krise auch eine Chance?

Sie gibt allen Organisationen die Gelegenheit, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren. Wir bewegen uns dahin, dass unsere Wirtschaft anders funktioniert: ein digitaler Kapitalismus, der uns bewusster mit unserem ökologischen Fußabdruck umgehen lässt. Wenn wir sehen, wie schnell sich unterschiedliche Akteure in ihren digitalen Fähigkeiten gesteigert haben, könnte sich die Art, zu arbeiten, in einer sozioökonomischen Sicht sehr verbessern. Aber man darf nicht vergessen, dass es noch immer Menschen gibt, die von der digitalen Welt ausgeschlossen sind. Wir sind besonders bei der Bildung besorgt.

Risikiert die Politik nicht die Gesundheit der Menschen, wenn sie die Restriktionen erleichtert, um die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen?

Ich glaube nicht. Dass das Gesundheitswesen nicht zusammenbricht, hat noch immer absolute Priorität.

Und es ist nicht auszuschließen, dass die sozioökonomischen Aussichten eines Nicht-Lockdowns – also ein steiler Anstieg von

Infektionen und Todeszahlen – schlimmer wären. Es gibt historische Beispiele, die uns lehren, dass die strengen Maßnahmen langfristig einen positiveren Effekt haben.

Wird uns diese Krise härter treffen als die von 2007?

Das hängt enorm davon ab, wie die Politik in Luxemburg und Europa reagiert. Wir müssen Liquidität bereitstellen und den besten Weg finden, diese auch an Haushalte und Unternehmen zu verteilen. Und wir müssen nach einem Schock dieses Ausmaßes auch wieder Zukunftsaussichten schaffen.

Auf die Menschen hat die Krise jetzt schon größere Auswirkungen als 2009. Vor allem in den Köpfen – es scheint trivial, aber es ist es nicht: Wenn sie sich in einen Supermarkt begeben, erleben sie derzeit etwas, was sie noch nie erlebt haben. Die Menschen könnten in Zukunft risikoscheuer sein. Das beeinflusst auch die Wirtschaft.

Zur Person

Aline Muller ist seit 2016 Direktorin des Luxemburger Wirtschaftsforschungsinstituts Liser (Luxembourg Institute of Socio-Economic Research). Die 46-jährige Luxemburgerin lehrte Finanzwissenschaften und Ökonometrie in Nijmegen und Maastricht und ist Professorin für Finanzwissenschaften an der Universität Lüttich.

Solidarisch trotz steigender Infektionen

Mehr grenzüberschreitende Hilfe als regionale Egoisten in der Großregion zu vermerken

Von Christophe Langenbrink mit dpa

Grenzsicherungen, Ausgangssperren und weiter steigende Ansteckungszahlen das ist derzeit die gelebte Realität jenseits und diesseits der Landesgrenzen. Doch trotz dieser massiven Einschränkungen ist die Solidarität in der Großregion nicht ganz verloren gegangen. Gerade wegen der aktuellen Corona-Krise zeigt sich, dass Abstimmungen zwischen Partnerregionen eher gut als schlecht funktionieren.

Denn als klar wurde, dass das Saarland nicht nur die Grenzen zur Nachbarregion Grand Est schließt, sondern auch die Grenzübergänge nach Luxemburg stark einschränkt und kontrolliert, hat Premierminister Xavier Bettel trotz der Bundesverordnung des deutschen Innenministers vom 20. März kurzerhand Lösungen für Grenzpendler finden können. Selbst kleinere Grenzübergänge wie im Norden des Landes bei Vianden oder Echternach bleiben für Pendler auf, um unnötig lange Umwege in Kauf nehmen zu müssen. Somit werden dank erfolgreicher politischer Vermittlungen neun Grenzübergänge als ursprünglich sieben vorgesehen geschlossen.

Ein weiteres Beispiel, dass Hilfe auch in der Großregion ankommt, ist die Aufnahme von Patienten aus

dem sogenannten Corona-Risiko-gebiet Grand Est. Am Montag wurden dort laut regionaler Gesundheitsbehörde 2 348 Menschen in Krankenhäusern behandelt, davon 526 auf Intensivstationen. Seit Beginn der Pandemie sind dort schon 335 Menschen gestorben. Am Montag wurde bekannt, dass selbst drei Ärzte darunter waren.

Das veranlasste die Luxemburger Regierung Hilfe anzubieten. Und wie das Luxemburger Gesundheitsministerium bestätigte, sind bisher vier Covid-19-Patienten von der Luxembourg Air Rescue aus der Region Grand Est nach Luxemburg geflogen worden.

Die am Corona-Virus-Erkrankten wurden auf vier Krankenhäuser verteilt. Zwei sind im Hôpital Kirchberg, einer im Centre Hospitalier de Luxembourg (CHL) und einer im Centre Hospitalier du Nord (CHdN) in Ettelbrück.

Im Universitätsklinikum des Saarlandes in Homburg werden fünf Corona-Notfallpatienten aus der ostfranzösischen Region Grand Est behandelt. Sie sind ebenfalls am Montag eingeliefert worden, nachdem das Saarland der benachbarten Region am Sonntag Unterstützung bei der Behandlung von Patienten zugesagt hatte, wie der Regierungssprecher Alexander Zeyer am Dienstag in Saar-

brücken mitteilte. Das Saarland hatte sich zur Aufnahme von fünf Kranken bereit erklärt.

Zahl der Erkrankten steigt weiter in Nachbarregionen an

Das Corona-Virus Sars-CoV-2 breitet sich im Saarland weiter aus. Am Dienstagmorgen stieg die Zahl der bestätigten Fälle auf 383, wie das saarländische Gesundheitsministerium mitteilte. Sieben Patienten werden stationär behandelt. Im Saarland gibt es aber den zweiten Todesfall in Zusammenhang mit dem neuen Corona-Virus. „Wir können einen Todesfall aufgrund einer Covid-19-Infektion auf der Intensivstation bestätigen, es gab Vorerkrankungen“, sagte eine Sprecherin des Klinikums Saarbrücken am Dienstag. Weitere Details teilte sie unter Hinweis auf den Datenschutz nicht mit. Der „Saarbrücker Zeitung“ zufolge soll es sich bei der Patientin um eine Frau im Alter von Ende 50 handeln.

Zwei der seit dem ersten Auftreten des Virus im Saarland positiv getesteten Fälle gelten laut Angaben des Ministeriums inzwischen als geheilt. Bei einer der geheilten Personen handelt es sich um einen am Uniklinikum in Homburg erkrankten Arzt.

Die Zahl der bestätigten Corona-Fälle in Rheinland-Pfalz ist

nach Angaben des Gesundheitsministeriums vom Dienstag auf 1 480 geklommen. Innerhalb von 24 Stunden kamen 195 neue Fälle hinzu – jeweils zum Stand 10 Uhr. Bislang sind in Rheinland-Pfalz fünf Menschen an der durch das Corona-Virus verursachten Krankheit Covid-19 gestorben.

Der Landkreis Mayen-Koblenz an der unteren Mosel zählt bislang mit 159 Fällen die meisten bestätigten Infektionen mit dem Virus Sars-CoV-2. Danach folgen der Kreis Bad Dürkheim (109), der Westerwaldkreis (93) und die Stadt Mainz (90).

Auch Anstieg in Wallonien zu verzeichnen

Die Gesundheitsbehörden in Brüssel haben 34 neue Todesfälle im Zusammenhang mit Covid-19 registriert, womit sich die Zahl der Menschen, die in Belgien seit Beginn der Krise an dem Corona-Virus gestorben sind, auf 122 erhöht hat. Die Zahl der Krankenhauseinweisungen stieg auf 1 859 (ein Plus von 256 Patienten), von denen 381 auf der Intensivstation liegen, so lautet es aus dem belgischen Krisenstab. Von den insgesamt 4 269 an offiziell registrierten Covid-19 Erkrankungen in ganz Belgien zählt die Region Wallonie bis Stand Dienstagmorgen 1 058 Fälle.

300 Millionen für Luxemburger Betriebe

EU-Kommission genehmigt staatliche Beihilfen gegen Viruskrise

Von Pierre Leyers

Bei vielen Betrieben und freien Berufen hat die Corona-Virus-Krise Aufträge und Umsätze einbrechen lassen. Wie soll es weitergehen? Die Regierung feilt unter Hochdruck an dem Covid-19-Stabilisierungsplan, einem umfassenden Hilfspaket, das weit über die schon angekündigten Maßnahmen wie etwa die Unterstützung bei Kurzarbeit hinausgehen soll.

Am Dienstag gab die EU-Kommission grünes Licht zu wesentlichen Teilen des Hilfspakets. Sie erlaubte die luxemburgische Beihilferegelung in Höhe von 300 Millionen Euro zur Unterstützung der vom Corona-Virus-Ausbruch betroffenen Unternehmen. Diese Beihilfen seien mit den EU-Vorschriften im Einklang, hieß es in einer Mitteilung. Die EU-Kommission gab ihre Zustimmung innerhalb knapp einer Woche, nachdem sie am 19. März einen neuen befristeten Rahmen für staatliche Beihilfen zur Stützung der Wirtschaft angesichts von Covid-19 erlassen hatte.

Unter normalen Umständen sind Subventionen für Unternehmen stark beschränkt.

Mit der jetzigen Ausnahmeregelung sollen sowohl Unternehmen als auch Freiberufler unterstützt werden, die durch den Ausbruch des Corona-Virus wirtschaftliche Schäden erlitten haben. Die Unterstützung wird in

Form eines rückzahlbaren Vorschusses gewährt, der in einer oder mehreren Tranchen ausgezahlt wird, damit die Begünstigten in der durch den Corona-Virus-Ausbruch verursachten schwierigen Lage ihre Betriebskosten decken können. Die gewährten Subventionen müssen nicht von Brüssel abgesegnet werden, wodurch die Hilfe beschleunigt wird.

Fünf Arten von Beihilfen

Der von der EU-Kommission angenommene befristete Rahmen sieht insgesamt fünf Arten von Beihilfen vor, in deren Genuss auch die Luxemburger Betriebe jetzt gelangen können:

- **Direkte Zuschüsse, rückzahlbare Vorschüsse oder selektive Steuervorteile:** Luxemburg kann Unternehmen für die Deckung ihres dringenden Liquiditätsbedarfs bis zu 800 000 Euro an Subventionen gewähren.

- **Staatliche Garantien für Bankdarlehen an Unternehmen:** Luxemburg kann mit staatlichen Garantien dafür sorgen, dass die Banken Firmenkunden mit Liquiditätsbedarf weiterhin Kredite gewähren, um zur Deckung des unmittelbaren Betriebs- und Investitionsmittelbedarfs beizutragen. Ähnliche Bürgschaften hat auch die Chambre de Commerce angekündigt.

- **Vergünstigte öffentliche Darlehen an Unternehmen:** Luxemburg kann Unternehmen zinsvergüns-

tigte Darlehen gewähren, um diese bei der Deckung ihres unmittelbaren Betriebs- und Investitionsmittelbedarfs zu unterstützen.

- **Zusicherungen für Banken:** Die staatlichen Beihilfen an die Realwirtschaft weiterleiten: Die Kommission betont in ihrer Mitteilung, die Fördermaßnahmen seien „direkte Beihilfen für die Kunden der Banken“ und keine Beihilfen für die Banken selbst.

- **Kurzfristige Exportkreditversicherungen:** In luxemburgischen Unternehmen wächst die Sorge, bei künftigen Exporten auf unbezahlten Rechnungen sitzen zu bleiben. Mit Exportkreditgarantien kann jetzt die staatliche Investitionsbank SNCI Geschäfte von Exporteuren gegen einen wirtschaftlich und politisch bedingten Forderungsausfall absichern, über den gewohnten Rahmen hinaus. Die Hilfen können nur an Unternehmen gehen, die nach dem 31. Dezember aufgrund des Virusausbruchs in Schwierigkeiten geraten sind. Der befristete Rahmen, den die Luxemburger Regierung jetzt nutzen kann, gilt bis Ende Dezember 2020.

● *Unter normalen Umständen sind Subventionen für Unternehmen stark beschränkt.*

Luxemburg hilft seinen Start-ups

Luxemburg. Das Wirtschaftsministerium startet einen Ideenwettbewerb, an dem die in Luxemburg angesiedelten Start-up-Firmen teilnehmen können. Bei dem „StartupsVsCovid19“ genannten Projekt sollen innovative Produkte oder Dienstleistungen ausge-

zeichnet werden, die helfen, die wirtschaftlichen, gesundheitlichen oder gesellschaftlichen Effekte der Pandemie zu beschränken, heißt es in einer Mitteilung. 20 Projekte können ausgesucht werden, und ein Preisgeld als Unterstützung von bis zu jeweils 150 000 Euro erhalten. Bis zum 30. April haben die Start-ups Zeit, ihre Projekte einzureichen.

pley

„Schnell umgestellt“

Peintures Robin produziert jetzt Desinfektionsmittel für Hände

LUXEMBURG

CORDELIA CHATON

Als die Coronavirus-Krise kam, traf es Peintures Robin hart. Das Luxemburger Traditionsunternehmen, das bereits seit 1927 existiert und in Useldingen Farbe herstellt, die auch in den eigenen Geschäften in Leudelingen und seit kurzem Bissen, verkauft wird, musste einen harten Schnitt hinnehmen.

„Von einem Tag auf den anderen waren zwei Drittel des Umsatzes weg“, erinnert sich Geschäftsführer Gérard Zoller. „Für viele unserer 105 Mitarbeiter mussten wir Kurzarbeit anmelden.“ Andere nahmen Familienurlaub, einige waren krank oder wurden vom Chef nach Hause geschickt, weil sie beispielsweise mit gefährdeten Personen zusammenleben. „Ich bin froh, dass ich auf meine Mitarbeiter zählen kann“, resümiert der Chef. Das Unternehmen, das immer viel in umweltfreundliche Forschung und Entwicklung investiert hat und eng mit Malerbetrieben zusammenarbeitet hatte jedoch gut geplant.

Schon Anfang März kaufte Zoller Isopropyl und Ethylalkohol auf. Das braucht das Unternehmen auch sonst für die Farbproduktion. Viel wichtiger jedoch: Damit lässt sich Handdesinfektionsmittel herstellen. Zoller schickte Angebote an das Mittelstands- und das Gesundheitsministerium. „Ich habe gesagt, dass es für einen guten Zweck nutzbar ist, wenn gewünscht“, erzählt er. „Sie waren sehr froh und aus dem Gesundheitsministerium erhielten wir eine große Bestellung.“

Peintures Robin legte los, baute Produktionslinien um und fertigte für das Gesundheitsministerium. „Das ist nicht ganz ohne, es gibt Vorgaben der Weltgesundheitsorganisation. Unter anderem muss das Desinfektionsgel 72 Stunden ruhen, bevor man es nutzen kann“, sagt er. Auch korrekte Etiketten und Sicherheitsblätter wurden gedruckt. „Das ist eine Sache, die nicht jeder im Hobbykeller machen kann“, versichert der Chef des Farbenherstellers.

Peintures Robin konnte alle Auflagen erfüllen. „Un-

sere Tageskapazität beträgt 20.000 Litern“, sagt Zoller nicht ohne Stolz. Er hofft auf Folgebestellungen aus dem Ministerium. Leider werden im Moment Bestellungen aufgebraucht, welche vorher sicherheitshalber bereits in China geordert worden waren.

Immerhin: Menschen in Luxemburg, die an COVID-19 erkrankt sind, erhalten eine kleine Flasche mit Desinfektionsgel für die Hände. Diese Flasche ist laut Zoller ein gutes Beispiel für Zusammenarbeit. „Die Flasche stammt von Rösport, wurde von der Brasserie de Luxembourg abgefüllt und der Inhalt ist von uns.“

Das sind kleine Lichtblicke, aber sie retten nicht alles. „Mein größtes Problem ist im Moment die Liquidität“, sagt Zoller. Er will keine Staatshilfe in Anspruch nehmen und versucht, so über die Runden zu kommen. Seine große Angst: „Im Herbst werden wir massiv viele Konkurse haben. Viele Betriebe waren schon vor der Krise nicht stark, die werden es nicht schaffen. Das wird auch Kunden und Zulieferer treffen. Das wird dann langfristige Auswirkungen haben. Es kann gar nicht jeder gerettet werden“, führt er aus. Danach stellen sich all jene praktischen Fragen, die mit einem Ende des Shutdown verbunden sind - dazu gehört auch der Schutz von

Mitarbeitern und Kunden. „Das wird ein praktisches Problem.“

Als erste Reaktion will Peintures Robin vermehrt mit Telemeetings arbeiten und Konferenzcalls abhalten. Die Mannschaften sollen in Schichten aufgeteilt werden und regelmäßige Desinfektionen sind geplant.

Mit den bisherigen Entscheidungen der Regierung ist der Unternehmens-Chef einverstanden: „Ich glaube schon, dass

sie gut handelt.“ Doch Geld und Geschäft sind für ihn nicht alles: „Ich hoffe, dass wir durch das Innehalten Zeit hatten, zur Besinnung zu kommen, dass der frenetische Konsumwahn nicht mehr lebenswichtig ist, dass wir sehen, dass wir vieles nicht brauchen. Ich hoffe auch, dass wir den Wert einer Ware erkennen, auch einer Ware, die in Europa produziert wird. Natürlich müssen die Konsumenten das dann auch bezahlen“, schließt er.

☎ Farben gibt es unter letzshop.lu und www.robin.lu

„Unsere Tageskapazität beträgt 20.000 Liter“

GÉRARD ZOLLER, CEO Robin Peintures

Contern produziert auf Hochtouren

Schutzanzüge, Schutzanzüge, Schutzanzüge – DuPont kommt mit der Herstellung kaum hinterher

Von Marco Meng

Die aktuelle Virus-Pandemie zeigt eines deutlich: Wie wichtig medizinische Ausrüstung und auch entsprechende Schutzkleidungen sind. Ärzte und Schwestern, die an Covid-19 Erkrankte behandeln, aber auch Pflegepersonal in Altenresidenzen benötigen Schutzkleidungen. Und um die Pandemie einzudämmen, fragen auch immer mehr Behörden und Unternehmen einen Stoff nach, der für solche Kleidung benötigt und von DuPont nur an zwei Standorten hergestellt wird: in Spruance (USA), dem größten Werk des Chemiekonzerns, und im luxemburgischen Contern.

Seit Februar hat die Nachfrage nach Tyvek stark zugenommen. DuPont kann sich seit Ausbruch der Infektionskrankheit vor Aufträgen nach Schutzanzügen aus dem Material kaum retten. Seit 1967 wird der papierartige Vlies in den USA und seit 1988 im Großherzogtum hergestellt. Seitdem wird Tyvek unter anderem benutzt, um Nahrungsmittel beim Transport vor Keimen zu schützen, es dient als Abdeckung in der Luftfracht, weswegen LuxairCargo und Cargolux zu alten Kunden zählen, wird als Verpackung für verderbliches Obst und Gemüse eingesetzt oder zu Umschlägen verarbeitet, wie sie die Post Luxembourg verwendet.

In der Industrie wie in Laboren ist das Material wegen seiner Dichtigkeit gefragt, wodurch das Eindringen von Keimen verhindert wird. Bewährt hat sich Tyvek beispielsweise beim Einsatz in Gebieten in Afrika, in denen das hochansteckende und fast hundert Prozent tödliche Ebola-Virus ausgebrochen war. Überall dort, wo man sich nun vor Infektionsansteckung schützen will, ist Tyvek gefragter denn je.

Hälfte der Belegschaft in Contern produziert Tyvek

Im Luxemburger DuPont-Werk,

wo 1.250 Menschen arbeiten, rund 600 davon in der Tyvek-Produktion, läuft der Betrieb der zwei Produktionslinien rund um die Uhr. Die genauen Produktionsvolumina in der Conterner Fabrik gibt DuPont nicht bekannt. Hier entsteht derzeit auch eine neue, dritte Produktlinie für 340 Millionen Euro Investitionskosten. Der US-Konzern hatte vor Jahren, lange vor der Corona-Krise, beschlossen, die Herstellung von Tyvek in Luxemburg durch neue Produktionskapazitäten zu erhöhen, die etwa zusätzliche 130 Arbeitsplätze schaffen. Doch den derzeitigen Bedarf zu decken, dabei hilft es noch nicht: Die Arbeiten an der neuen Fertigungslinie, die eine Fläche von zwei Fußballfeldern einnimmt, stehen derzeit still – wegen der Anweisung der Regierung vom 20. März, sämtliche Bauarbeiten in Luxemburg aufgrund der Virus-Pandemie einzustellen. Ursprünglich sollte die dritte Produktionslinie nächstes Jahr in Betrieb gehen. Das verzögert sich nun. „Angesichts der derzeitigen Unsicherheiten, die voraussichtlich mehrere Monate andauern, wird die dritte Tyvek-Produktionslinie erst 2022 in Betrieb genommen werden“, so Claude Metzdorf, Projektleiter für die neue Tyvek-Produktionslinie.

Die anderen beiden Tyvek-Straßen laufen allerdings mit voller Kapazität, und es gibt auch keinerlei Probleme beim Rohmaterial, das trotz der weltweiten Krise wie gewohnt angeliefert werde, so das Unternehmen.

Um die stark gestiegene Nachfrage nach Schutzanzügen besser befriedigen zu können, werden andere Produkte aus Tyvek wie etwa Briefumschläge, sterile Verpackungen oder Vlies für Gebäudeisolierungen derzeit weniger hergestellt.

Leicht, dünn und eine wirksame Partikelbarriere

Zunächst spürte DuPont eine stei-

gende Nachfrage in China, wo das Virus SARS-CoV-2 ausgebrochen war; seitdem wird vor allem für Europa und die Vereinigten Staaten produziert.

Wie die Conterner Firmendirektion betont, habe das Unternehmen eine neue, beschleunigte Lieferkette geschaffen, um die weltweite Nachfrage besser befriedigen zu können.

DuPont stellt nicht selbst die Tyvek-Endprodukte wie Schutzanzüge oder Abdeckungen her, sondern liefert den begehrten Stoff an Subunternehmen.

In großen Rollen verlassen die Stoffbahnen Contern, um zu Nähereien in Asien, Mexiko und Rumänien transportiert zu werden, wo daraus das Endprodukt – derzeit vor allem Schutzanzüge – hergestellt werden. In 19 Produktionsstätten in neun Ländern werden derzeit monatlich mehr als neun Millionen Kleidungsstücke aus Tyvek ausgeliefert, erklärt DuPont in Contern. Bislang produzierte der Konzern insgesamt etwa 200 Millionen Schutzanzüge im Jahr. 2020 werden es wegen der extremen Nachfrage deutlich mehr sein.

Das DuPont-Werk in Contern liefert seit Kurzem auch Rollen mit dem Tyvek-Vlies an das Luxemburger Gesundheitsministerium. Der Stoff wird dann im Großherzogtum zu Overalls verarbeitet, die an Krankenhäuser im Land verteilt werden.

● *Angesichts
der derzeitigen
Unsicherheiten
wird die dritte
Tyvek-
Produktionslinie
erst 2022 in Betrieb
genommen werden.*

Claude Metzdorf

250 Schutzkittel täglich

Covid-19-Krise: Produktion der Initiative für Schutzkleidung für Gesundheitspersonal läuft – und wird auf Hosen ausgeweitet

LUXEMBURG/BASCHARAGE

CORDELIA CHATON

Seit vergangenem Dienstag läuft die Produktion von Schutzkleidung für Klinikpersonal im Auftrag der „Fondation des Hôpitaux Robert Schuman“ in Bascharage. Der Träger der gleichnamigen Kliniken hatte eine schnelle und praktikable Lösung zur Deckung des Bedarfs an Schutzkitteln und –anzügen gesucht. Diese sind international sehr gefragt, oft nicht erhältlich oder erreichen nach Bestellung nicht den Zielort. Dr. Philippe Wilmes, Koordinator des Projekts, hatte Eva Ferranti kontaktiert, einst die bekannteste Schneiderin Luxemburgs, die sich vor einigen Jahren aus gesundheitlichen Gründen vom Geschäft zurückziehen musste. Sie nutzte ihre Kontakte und ihr fast leeres Atelier in Bascharage, besorgte Industrienähmaschinen, die wasserdichte Nähte steppen können, sowie professionelle Näherinnen.

Dr. Wilmes sorgte für Tyvek, das in Contern hergestellte Material für solche Kittel. Die erste Rolle von 120 Kilo Gewicht kam vergangenen Dienstag an. „Wir mussten unseren Nachbarn, das Unternehmen EVS bitten, uns beim Transport mit Gabelstapler und dem Erstellen eines Gerüsts zu helfen. Normale Stoffballen haben kein solches Gewicht und wir waren nicht darauf eingerichtet“, erzählt Paul Chambers, der das Projekt vor Ort koordiniert, über die Schwierigkeiten der praktischen Umsetzung. Ein spezielles Gerüst hält jetzt die Tyvek-Rollen. Chambers erstattet täglich Bericht an die „Fondation des Hôpitaux Robert Schuman“, die die Kosten im Auge behält. „Jetzt produzieren wir mit zehn Näherinnen 250 Schutzkittel täglich“, freut er sich.

Hosen erwünscht

Dabei soll es nicht bleiben. Das Klinikpersonal will gern zweiteilige Schutzanzüge. Also werden zu den Schutzkitteln noch Hosen hinzukommen. „Prototypen entstehen seit Freitag“, sagt Chambers, der die Produktion flexibel anpasst. Damit genug Personal da ist, wurden fünf neue Näherinnen eingestellt und fünf weitere Nähmaschinen angeschafft. Die brachte Cargolux

ins Land. Das hat auch etwas mit Vertrauenswürdigkeit zu tun. Denn der Markt für Schutzkleidung und alles was dazu gehört ist wie der Wilde Westen, versichern alle Beteiligten. Weiter sieben Industrie-Nähmaschinen konnten Chambers beim „Centre national de formation professionnelle continue“ (CNFPC) in Esch/Alzette und Ettelbrück unbürokratisch ausleihen.

Darüber hinaus gab es vom Klinikpersonal auch den Wunsch nach Kopfbedeckungen und Masken. Auch dafür fand Ferranti eine Lösung. Die verzögerte sich allerdings, denn die 2.000 m Stoff, die dafür bestellt waren, kamen nie an. „Wir hatten auch schon das Problem mit fehlerhaftem Material“, seufzt Ferranti, die auf vorherige Tests besteht.

„Social Distancing“ beim Nähen

In der Produktion wird genau darauf geachtet, dass zwischen den Näherinnen ein ausreichender Abstand besteht. Vor Beginn der Produktion wurden alle auf COVID-19 getestet. Die Nähmaschinen werden täglich desinfiziert. Gearbeitet wird auch am Samstag, um die Versorgung sicher zu stellen. „Bis Freitag haben wir schon 1.500 Schutzkittel produziert“, rechnet Chambers vor. Er betont: „Wir machen damit keinen Gewinn.“ Die Initiative soll zunächst noch zehn Wochen Schutzkleidung fertigen. Wie es danach weitergeht, ist unklar. Laut Chambers kann zwischenzeitlich die Produktion auf zwei Schichten umgestellt werden, sollte die Nachfrage weiter anziehen. Er unterstreicht, dass es ein Glück war, so viel Platz im Atelier in Bascharage zu haben.

Hier entstanden früher Uniformen, beispielsweise für die Luxemburger Polizei und andere öffentliche Stellen. Bei einer Ausschreibung ging der Auftrag dann an jemand anderen. „Wenn die Armee, die Polizei oder die Forstverwaltung bei uns fertigen lassen würden, statt in Portugal, dann wäre es hier ausgelastet“, meint Chambers. „Vielleicht lohnt es sich, die eine oder andere Aktivität strategisch zu betrachten und nicht nur auf Faktoren wie den Preis, sondern auch auf die Strategie oder Sozialdumping zu achten.“ ●

KOPFBEDECKUNGEN FÜR KLINIKPERSONAL

Soroptimist-Clubs helfen

Die Hôpitaux Robert Schuman brauchen dringend Kopfbedeckungen. Deshalb hat die Initiative um Eva Ferranti zum Nähen der Kittel sich an Bernadette Reuter gewendet. Diese ist Mitglied im Service-Club Soroptimist, der sich besonders für die Belange von Frauen einsetzt und in Luxemburg mit zehn Clubs vertreten ist. Die Mitglieder sind ausschließlich weiblich. Ihre Club-Präsidentin Marianne Gillen wiederum kontaktierte weitere Soroptimist-Mitglieder und die Präsidentin aller Luxemburger Clubs, Christiane Sadler, die sämtliche Mitglieder anscrieb. „Jetzt sind wir schon 30 Leute und es werden immer mehr“, freut sich Reuter. Auch Freundinnen der Clubmitglieder und weitere Freiwillige sind dabei und herzlich willkommen. „Wir warten jetzt auf den Stoff“, berichtet Reuter. Dieser ist auf seinem Weg nach Luxemburg offenbar vom Lkw gestohlen worden. Jedenfalls kam er nicht an. „Das passiert leider häufiger“, bedauert Eva Ferranti, die ihn bestellt hatte. „Es ist jedoch sehr wichtig, das richtige Material zu haben.“ In den nächsten Tagen rechnet sie mit einer Lieferung. Die Freiwilligen erhalten Kits für 40 bis 50 Kopfbedeckungen, die sie bei sich zu Hause nähen. Wer nicht nähen kann, kümmert sich um die das Bringen der Kits und das Abholen der Kopfbedeckungen. „Ich war erstaunt, wie viele sich gemeldet haben. Es gibt einen großen Elan an Solidarität“, freut sich Reuter. „Das werden sicher noch

mehr. Wir freuen uns über jede helfende Hand.“
Wer sich bei ihr melden will, um mitzumachen,
schickt eine Mail an bitzequipe@gmail.com.

Umstellung im Eiltempo

Wie Luxemburger Unternehmen helfen das Corona-Virus zu bekämpfen

Der Staubsaugerhersteller Dyson will seine Produktion auf Atemgeräte umstellen, der Bekleidungshersteller Trigema näht Atemschutzmasken. Viele Unternehmen versuchen derzeit zu helfen, die Virus-Pandemie zu bekämpfen. Und machen aus der

Not eine Tugend – auch in Luxemburg.

Eine Umstellung der Produktion klingt gut – ist aber bei medizinischen Produkten nur sehr schwer möglich. Der Teufel liegt im Detail. Produkte im Gesundheitsbereich unterliegen besonderen Marktzugangsregeln und müssen Zertifizierungsprozesse durchlaufen, die lange dauern. Auch braucht es andere Lieferanten für Komponenten, will man medizinische Apparate statt Autzubehör herstellen. Für engen Kontakt zu Influenza- oder Covid-19-Verdachtsfällen beispielsweise ist ein einfacher Gesichtsschutz ungeeignet, für Masken der Schutzstufe FFP-2 müssen bestimmte Anforderungen erfüllt sein. Die Vorstellung, man könne statt Tankdeckel oder T-Shirts über Nacht Medizinprodukte herstellen, trägt. Dennoch ist einigen Luxemburger Unternehmen gelungen, ihre bisherige Produktion der aktuellen Notlage anzupassen und zum Kampf gegen das Virus beizutragen. *MeM*

Den Likör gibt es danach

Difrulux konzentriert sich auf Desinfektion

Breidweiler. Die Produktion umzustellen auf das, was momentan dringend gebraucht wird, nämlich Desinfektionsmittel, fiel Difrulux nicht schwer. Nur ein paar Schläuche und Pumpen von den Edelstahlbehältern trennen, und schon ging es los. Die Rezeptur, die Difrulux ja nicht kannte, wurde in spontaner Zusammenarbeit mit einem lokalen Apotheker zusammengestellt. Das war Mitte März. Das Unternehmen hatte dazu beim Zoll nach einer Genehmigung ersucht, die auch prompt erteilt wurde.

Normalerweise stellt die Brennerei in Breidweiler Edelobstbrände und Liköre

her; derzeit macht das nur noch fünf bis zehn Prozent des Geschäfts aus, erklärt der Geschäftsführer Gérard Leuchter. Die Abnehmer der Desinfektionsmittel sind Betriebe, Gemeinden, Behörden wie Post oder Polizei sowie die Apotheken im Land. 12 000 Liter hat Difrulux inzwischen hergestellt und ausgeliefert. „Es herrscht große Nachfrage“, so Leuchter. Seit dieser Woche ist das Unternehmen dabei, weitere 5 000 Liter herzustellen. Die Lieferung erfolgt in der Regel binnen 24 Stunden. Der Unternehmenschef könnte sich vorstellen, dass Difrulux auch nach Abflauen der Pandemie neben alkoholischen Getränken auch weiterhin Desinfektionsmittel herstellt. Das Produkt hat sich das Unternehmen jedenfalls schon mal eintragen lassen: unter dem Namen „Difrusteril“. *MeM*

Sichtbar unsichtbar

Mehr als 1 000 Virenschutzscheiben von Euroline

Grevenmacher. Wegen des Lockdown ist der Markt für Werbetechnik am Boden. „Da im Land allerdings die Pandemie frühzeitig erkannt wurde, war auch schnell klar, welche Dinge in einem solchen Fall gebraucht werden“, sagt Erwin Kellendonk, Geschäftsführer der Werbetechnikfirma Euroline in Grevenmacher. So überlegte man bei Euroline, welche Schutzmaßnahmen getroffen werden müssen und was ein werbetechnischer Betrieb zur Bekämpfung des Virus beitragen kann. Mit der Zustimmung aller Mitarbeiter ist dann entschieden worden, die Produktion umzustellen und ent-

sprechende Materialien einzukaufen. „Das war aus damaliger Sicht ein großes Risiko“, so Kellendonk, der froh ist über diese Entscheidung, denn: So konnte die Firma bis jetzt 70 bis 80 Prozent der Belegschaft weiterbeschäftigen.

Bislang produzierte Euroline Werbetafeln, Leuchtreklamen und dergleichen, zu 90 Prozent für den Luxemburger Markt. Seit der Produktionsumstellung wurden bis jetzt weit mehr als 1 000 Virenschutzscheiben gefertigt, „und das Material reicht mindestens noch für weitere 4 000“. Außerdem wurden etliche Kabinen, mobile und stationäre Stellwände sowie Fahrgastabtrennungen für Taxen und Busse produziert. Auch druckt Euroline Fußbodenaufkleber und Schilder mit sicherheitsrelevanten Hinweisen. *MeM*

Gemeinsam stark

Glanzstoff-Textilcord: Allianz für Atemmasken

Steinfort. Mitten in der Corona-Pandemie stehen Atemschutzmasken hoch im Kurs – und das wird noch zunehmen, wenn Mund-Nase-Masken vielerorts obligatorisch sein werden. Um dieser Nachfrage nachzukommen, haben Firmen nun bereits Allianzen geschlossen. Beispiel Glanzstoff-Textilcord in Steinfort: Das Unternehmen wird in den nächsten Tagen von der israelischen Partnerfirma Avgol Industries, die wie Glanzstoff-Textilcord zur Indorama-Ventures-Gruppe gehört, das Grundmaterial für die Herstellung des Mundschutzes in Luxemburg bekommen.

Die ebenfalls im Großherzogtum ansässige Firma Airtech wird sich dann voraussichtlich um das Zuschneiden, Nähen und Montage der Masken kümmern. „So wollen wir in der Lage sein, sowohl chirurgische Masken als auch Masken der Schutzstufe FFP-2 herzustellen“, erklärt der Chef von Glanzstoff-Textilcord, Arnaud Closson. Normalerweise stellt das Unternehmen in Luxemburg technisches Gewebe her, das hauptsächlich in der Reifenproduktion verwendet wird.

Wie viele Atemschutzmasken täglich durch die neue Allianz entstehen könnten, ist noch schwer zu sagen. „Die Diskussionen mit den beteiligten Firmen laufen noch“, betont Closson, „aber es ist nur noch eine Frage von Tagen, bis die Zusammenarbeit beginnen kann.“ *mbb*

Auf der sicheren Seite

Neues von Flowey Products zur richtigen Zeit

Bissen. „Wir feiern dieses Jahr unser 30-jähriges Bestehen“, erklärt Filipp Florio, Chef der Firma Flowey Products in Bissen, „in diesem Zusammenhang hatten wir bereits vor einiger Zeit entschieden, unsere Produktionslinien auszubauen und zu diversifizieren.“ Der Plan: nicht mehr nur Reinigungsmittel für den automobilen Markt herzustellen, sondern auch Hygieneprodukte für den Haushalt allgemein. Und das hat genau gepasst, denn: Mit der Ausbreitung des Corona-Virus und der damit verbundenen erhöhten Nachfrage nach Hygieneprodukten war die Firma sofort in der Lage, bereits entwickelte und zertifizierte Reini-

gungsmittel für den Luxemburger Markt, aber mittlerweile auch für die deutschen und französischen Märkte, in großen Mengen herzustellen. „Wir produzieren etwa 60 Tonnen Desinfektionsmittel pro Monat“, erklärt der Firmenchef. Hauptkunde ist derzeit das Centre Hospitalier de Lu-

xembourg, aber auch Apotheken bestellen inzwischen Hygieneprodukte bei Flowey Products.

Künftig wird das Desinfektionsmittel weiter produziert werden. Aber auch bei den Reinigungsmitteln für den automobilen Markt sieht Florio durch die Krise neue Anwendungen: „Wir arbeiten an Produkten für die Autoinnenreinigung mit dem Ziel, das Ansteckungsrisiko der Passagiere zu minimieren.“ *mbb*

Luft zum Atmen

Rotarex fährt die Produktion von Ventilen hoch

Lintgen. In den besonders betroffenen Gebieten der Corona-Epidemie entscheidet die Verfügbarkeit von Beatmungsgeräten derzeit oftmals über Leben und Tod. Ein wichtiger Bauteil dieser medizintechnischen Geräte wird in Lintgen hergestellt: Die Firma Rotarex baut Gasventile für unterschiedliche Anwendungsbereiche in der Lebensmittelindustrie, der Brandbekämpfung oder eben der Medizintechnik. Bei der medizinischen Einheit des Konzerns, Rotarex Meditec, herrscht Hochkonjunktur, denn sie produziert Druckbegrenzungsventile für Sauerstoffflaschen in Krankenhäusern. „Als

weltweit führender Hersteller für diesen Ventiltyp liegt es nahe, dass unsere Aktivitäten derzeit von entscheidender Bedeutung sind, um auf den stark steigenden Bedarf an medizinischem Sauerstoff für Covid-19-Patienten mit Atemproblemen zu reagieren“, sagt Paul Delecourt, Marketing Manager des Unternehmens.

Entsprechend steigerte das Unternehmen innerhalb kurzer Zeit die Produktion der medizinischen Ventile von vorher 5 000 auf jetzt 9 000 Einheiten pro Woche. Erreicht hat Rotarex das durch Anpassungen in der Produktionslinie, die Ausweitung der Arbeitszeiten und die Zusammenarbeit mit den Zulieferern, erklärt Delecourt. Das Unternehmen beschäftigt in Luxemburg gegenwärtig etwa 750 Mitarbeiter. *ThK*

Saubere Sache

Peintures Robin: Desinfektionsmittel statt Farben

Useldingen. Bei Peintures Robin ist alles sehr schnell gegangen: „Quasi über Nacht haben wir unsere Produktion umgestellt“, erklärt Firmenchef Gérard Zoller. Anstelle von Farbe werden derzeit in Useldingen Desinfektionsmittel auf Hochtouren hergestellt. „Laut Rezept der Weltgesundheitsorganisation müssen Desinfektionsmittel mindestens 80 Volumenprozent Ethanol oder alternativ 75 Volumenprozent Isopropyl beinhalten“, erklärt Zoller. Beides wird bei der Herstellung von Farbe und Lack eingesetzt, womit sich die Firma normalerweise beschäftigt.

Vorsichtshalber hatte Zoller schon vor der Krise größere Mengen der begehrten Zutaten bestellt. „Wir haben uns kurz nach Ankündigung der Ausgangsbeschränkungen mit den zuständigen Ministerien in Verbindung gesetzt, um unsere Hilfe anzubieten. Unsere tägliche Produktionskapazität beträgt 20 000 Liter und wir haben

bereits große Mengen geliefert“, berichtet Zoller. Das Desinfektionsmittel kann sowohl im Gesundheitssektor wie auch im privaten Umfeld genutzt werden. Und die Nachfrage dürfte weiter steigen, denn: Zu den Kunden von Peintures Robin zählen normalerweise Maler und Co., die am Montag ihre Arbeit auf den Baustellen wieder aufnehmen können. Und auch dort gilt es, auf der sicheren Seite zu sein. *mbb*

Hilfe aus China

Luxemburg wird mit medizinischem Material beliefert - Bis zu 800 000 Euro staatliche Beihilfen pro Betrieb

Luxemburg. Lange wurde über Materiallieferungen gesprochen, jetzt ist es soweit. Für Montag, spätestens Dienstag wird eine Cargolux-Maschine auf dem Luxemburger Flughafen erwartet. Das teilte Außenminister Jean Asselborn gestern auf LW-Nachfrage mit.

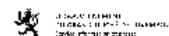
An Bord: fünf Millionen medizinische Schutzmasken für Ärzte und Gesundheitspersonal, fünf Millionen medizinische Handschuhe, 50 Beatmungsgeräte, 150 000 Schutzbrillen und eine Million andere Schutzmasken. In den Tagen danach werden weitere 100 Beatmungsgeräte, zwei Millionen Schutzbrillen und Schutz-

kleidung für Krankenhauspersonal erwartet. „China hilft uns, weil wir den Chinesen im Februar geholfen und medizinisches Material geliefert haben“, sagte Asselborn. Die Kosten für die Lieferung Anfang der Woche belaufen sich auf 14,5 Millionen Euro. Doch auch Südkorea hilft, mit Generika, die bei Lungenentzündung helfen. Die Arznelieferung reicht für die Behandlung von 6 000 Personen aus.

Des Weiteren befindet sich seit gestern ein provisorisches Krankenhaus neben dem CHL im Aufbau, wie Premier Xavier Bettel (DP) bei einer Pressekonferenz

erklärte. Mit diesen Maßnahmen bereitet sich Luxemburg auf einen eventuellen Patientenansturm vor.

Wirtschaftsminister Franz Fayot kündigte gestern einen umfangreichen Covid-19-Stabilisierungsplan an. Zudem werde der Luxemburger Staat wegen der Lockerung der EU-Beihilferegeln die Unternehmen mit Finanzhilfen in Höhe von bis zu 800 000 Euro unterstützen können, kündigte der Wirtschaftsminister an. Unter normalen Umständen sind diese Subventionen für Unternehmen stark beschränkt. *mig/pley*



Santé - Luxembourg Chinesische Hilfe in der Santé

Luxemburg. Nichts ist derzeit wichtiger im Gesundheitssektor als die Materialbeschaffung. Der Markt für Medizinprodukte ist dabei umkämpft wie nie. Zudem kommen viele

Produkte aus Asien. Glücklicherweise können sich jene schätzen, die über einen guten Draht nach Fernost verfügen. Und eben diesen hat die Santé - dank **Cheng Xia**. Seit drei Wochen organisiert der Wahlluxemburger für das Gesundheitsamt Material aus China. P.S.

Luxemburger Wort du 15.04.2020 / page 1

Santé - Luxembourg

Guter Draht nach Fernost

Durch Zufall ist Cheng Xia zu einem der wichtigsten Mitarbeiter der Santé geworden

Von Pierre Schottes

Luxemburg. Um 16 Uhr ist es schon später Abend für Cheng Xia. Als das LW den 38-Jährigen erreicht, hat er bereits über zwölf Stunden für seine Wahlheimat Luxemburg gearbeitet. Wieder einmal. Denn seit drei Wochen setzt der gebürtige Schanghaier alle Hebel in Bewegung, um lebenswichtige Beatmungsgeräte und Medizinprodukte von China nach Luxemburg zu holen.

„Anfangs haben die Mitarbeiter der Santé gesagt, ich solle um 8 Uhr kommen. Aber wegen der Zeitverschiebung ist es dann bereits später Nachmittag in China und der Arbeitstag dort fast vorbei. Ich habe dann erklärt, dass ich um 2 Uhr nachts anfangen muss, um Material zu bestellen“, erklärt Xia seinen ungewöhnlichen Tagesrhythmus gleich zu Beginn.

Rückblick: Anfang März, die Corona-Pandemie hat Luxemburg erreicht, aber die Zahl der Infizierten liegt zu dieser Zeit noch im einstelligen Bereich. Die Regierung diskutiert, wie sie auf die Krise reagieren soll. Und Cheng Xia

hat eigentlich Urlaub. Doch der Ernst der Lage ist ihm vielleicht schneller klar als vielen anderen hier im Land. Denn durch seine enge Verbindung zu China weiß Cheng Xia genau, wie schnell die Lage sich ändern kann.

Spontan lässt er seine Kontakte im Reich der Mitte spielen und kommt durch Zufall an einen Lieferanten für Beatmungsgeräte. „Dann ging alles sehr schnell. Ich schrieb eine E-Mail an meine Kontakte in der Sportwelt in Luxemburg. Und kurz darauf meldete sich Sportminister Dan Kersch bei mir, wenig später auch das Außenministerium“, erklärt Xia. Seitdem arbeitet Cheng Xia als Freiwilliger in der Cellule de procurement der Santé in der Villa Louvigny.

Tischtennis und Diplomatie

Ein Kontrast zu seinem sonstigen beruflichen Alltag. Dieser dreht sich vorrangig um Tischplatten und kleine Bälle. Denn Cheng Xia ist Tischtennistrainer bei der Fédération luxembourgeoise de tennis de table (FLTT). Dort betreut er unter anderem die Damennationalmannschaft der Juniorinnen.

Dem Tischtennis verdankt Xia auch den Weg nach Luxemburg. Es war die Grande-Dame des Tischtennis in Luxemburg, Ni Xialian, die einst auf Cheng Xia aufmerksam wurde. Im Jahr 2000 holte sie den 18-jährigen Cheng nach Luxemburg. Bis vor einigen Jahren stand er für den DT Howald an der Platte.

Heute ist er neben seinem Trainerberuf auch als Berater für das China Table Tennis College Europe mit Sitz in Luxemburg tätig. „Der Sport hilft mir auch jetzt bei der Materialbeschaffung für die Santé. Immerhin ist Tischtennis Nationalsport in China. Das öffnet natürlich Türen.“

„Es ist fast wie im Krieg“

Im Krisenstab der Santé in der Villa Louvigny ist Cheng Xia teil des „Asia Desk“ - insgesamt vier Freiwillige kümmern sich dort um die Akquise von Medizinprodukten in Asien. Mit Kollegin Xiaoyan Huang betreut Xia dabei den chinesischen Markt, während Yoon-Shin Delcourt und Yongjun Kwon sich um Lieferungen aus Südkorea kümmern. „Es ist Teamarbeit und

ich fühle mich geehrt, ein Teil davon zu sein“, betont Cheng Xia.

Für die tägliche Arbeit findet Xia indes klare Worte: „Es ist wie im Krieg. Alle kämpfen um das gleiche Material, und es ist schwer, über Telefon Vertrauen aufzubauen.“ Allein bei Beatmungsgeräten hätten sich die Preise seit Beginn der Pandemie verdoppelt und selbst mit einer Liefergarantie könne man sich einer Lieferung erst sicher sein, wenn sie in Luxemburg angekommen ist.

Doch laut Cheng Xia hat Luxemburg bei der Materialbeschaffung einen unersetzlichen Trumpf im Ärmel: „Die direkten Flüge der Cargolux zwischen China und Luxemburg sind sehr wertvoll. Das ist unsere Luftbrücke zwischen beiden Ländern, weil wir so nicht auf Zwischenstopps angewiesen sind.“

Fragt man Xia nach der Motivation hinter seinem Engagement, muss der Wahlluxemburger nicht lange überlegen: „Es erfüllt mich mit Stolz, Luxemburg helfen zu können. Dieses Land hat mir so viel gegeben und jetzt habe ich die Chance etwas zurückzugeben.“

Luxemburger Wort du 15.04.2020 / page 22

Hand in Hand

In Zeiten der Krise rücken Landwirte und Großhändler wie La Provençale näher zusammen

Von Mara Bilo

Landwirt Tom Jungblut, der in Contern auf insgesamt 16 Hektar Fläche wirtschaftet, ist in Sorge: Neben vielen anderen Kulturen baut er auch Salat an, der in den kommenden zwei, drei Wochen erntereif sein wird. Die Frage, die den Landwirt beschäftigt: Wohin mit der Ware? Denn die angepflanzten Salatsorten namens „Lolo Rosso“ und „Lollo Verde“ werden vorzugsweise von Restaurantküchen verarbeitet. Doch wegen des Corona-Virus sind gastronomische Betriebe derzeit geschlossen.

„Wir machen uns ernste Gedanken darüber, was mit dem Salat passieren wird“, gesteht der 28 Jahre alte Landwirt. Seine Ware verkauft er normalerweise an einem benachbarten Hofladen, vor allem aber an den Lebensmittelgroßhändler La Provençale. Glücklicherweise kann er sich in dieser schwierigen Zeit auf die guten Geschäftsbeziehungen mit dem Großhändler verlassen, betont Jungblut. Mit der dortigen Geschäftsführung hat er schon vereinbart, dass er sich in den nächsten Wochen auf andere Salatsorten konzentriert, die sich mehr für den Verkauf im Supermarkt eignen; die Kunden dort greifen eher zu Kopfsalat, Batavia oder Eichblatt.

Schwierige Zeiten

„Die Saison läuft erst langsam an“, gibt sich Georges Eischen, einer der drei Geschäftsführer von La Provençale, gelassen. Damit seien

die derzeit von Landwirten produzierten Mengen noch überschaubar. „Wir haben bislang alle unsere Verträge und Verpflichtungen gegenüber unseren Produzenten erfüllt.“ Aber wie für viele Unternehmen ist auch beim Großhändler die Situation derzeit schwierig: Zu den regulären Kunden von La Provençale gehören zwar Supermärkte, Tankstellen und Krankenhäuser – Adressen, deren Türen nicht abgeschlossen sind. Allerdings: Mehr als die Hälfte der Produkte wird in normalen Zeiten an Betriebe der Horesca-Branche verkauft und geliefert, wie Eischen erklärt. Und dort läuft nichts mehr: „Wir verlieren jede Woche Geld“, stellt Georges Eischen fest, denn mehr als 80 Prozent des Umsatzes generiert der Großhändler auf dem Luxemburger Markt. Von seinen rund 1400 Angestellten arbeitet noch etwa die Hälfte, die anderen sind im Sonderurlaub, krankgeschrieben oder in Kurzarbeit.

Auch die Exporte sind derzeit rückläufig. „Es fahren noch jeden Tag Lastwagen nach Belgien, Deutschland und Frankreich“, beschreibt der La-Provençale-Chef die aktuelle Situation, „aber auch dort machen wir nur ein Viertel unseres normalen Geschäfts.“

Zu Lieferengpässen in der Lebensmittelbranche wird es aber nicht kommen, versichert Georges Eischen. Im Gegenteil: „Überall sind Waren im Überfluss vorhanden.“ Deshalb sei auch zu befürchten, dass auf dem Weltmarkt Le-

bensmittel vernichtet werden. Für Georges Eischen ist das der falsche Weg; deshalb werden Lebensmittel auch an Organisationen wie „Stëmm vun der Strooss“ weitergegeben.

Fehlende Saisonarbeiter

Bei einigen frischen Lebensmitteln kann es allerdings punktuell zu Engpässen kommen. Denn: Die Saisonarbeiter fehlen. Das zeigt beispielhaft die angespannte Situation bei den Spargel- und Erdbeerbauern in Deutschland. Das Problem: Die meisten der Saisonarbeiter kommen zur Erntezeit aus Ländern wie Bulgarien oder Rumänien; aufgrund der Grenzschließungen konnte zunächst niemand nach Deutschland einreisen. In letzter Minute wurde dann doch noch eine Lösung gefunden: Deutschland lässt Saisonarbeiter kommen, nur viel weniger als in normalen Jahren.

Ein Problem, das auch Tom Jungblut trifft: Auf seinem Hof „Heederhaff“ ist er auf die Hilfe von Erntehelfern angewiesen. „Derzeit kommen wir über die Runden – Familie und Freunde packen an.“ Normalerweise arbeiten drei Saisonarbeitskräfte mit, die zu ersetzen nicht so einfach ist: „Es ist eine körperlich sehr anstrengende Arbeit, die nicht jedem liegt. Damit wird jemand, der daran nicht gewöhnt ist, nicht so leistungsfähig sein wie ein trainierter Saisonarbeiter.“

Entscheidend für Jungblut ist auch, dass der internationale Gü-

terverkehr nicht zusammenbricht: „Wir bestellen regelmäßig Folien, Dünger, Saatgut und Jungpflanzen im Ausland. Das muss weiterhin sichergestellt sein.“

„Eine gesellschaftliche Frage“

Mit Blick auf die nähere Zukunft macht sich Georges Eischen von La Provençale Sorgen „um alle Betriebe und Selbstständigen“ – die von der Regierung angekündigten Hilfsmaßnahmen für Unternehmen seien bei Weitem nicht ausreichend: „Es hilft nichts, die jetzt anfallenden Kosten auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben. Allen Firmen sollten die mit Corona verbundenen Verluste abgenommen werden. Und zwar auch denen, die schon vorher in Schwierigkeiten waren.“ Schließlich würden auch diese Betriebe einen großen Beitrag für das gesamte Land leisten, indem sie Menschen beschäftigen und Steuern zahlen.

Letztendlich sei die Entscheidung, in welchem Umfang und welchen Firmen geholfen wird, eine gesellschaftliche Frage, so Eischen: „Jeder muss sich die Frage stellen, wie viel ihm Arbeitgeber Wert sind. Wenn nicht mehr Unterstützung kommt, werden die Maßnahmen viele Betriebe nicht retten können, viele könnten ihren Arbeitsplatz verlieren. Und das wird für die Gesellschaft und die Wirtschaft langfristig doch viel teurer.“

Regionales im Aufwind

In der aktuellen Situation gibt es auch gute Nachrichten: Regionalprodukte erfreuen sich derzeit zunehmender Beliebtheit bei den Verbrauchern. Das weiß Landwirt Tom Jungblut. Der junge Mann hat sich vor Jahren mit anderen Luxemburger Landwirten zusammengeschlossen, um „Lëtzebuerger Poulet“ anzubieten – unter www.poulet.lu und an ver-

schiedenen Verkaufsstellen bieten die Bauer frische Hähnchen aus artgerechter Haltung. Konkret: Die Tiere haben viel Platz und werden mit regionalem Futter gefüttert. „Die Verkaufszahlen dieser Hähnchen sind mit der Corona-Krise stark gestiegen“, sagt Jungblut. 420 Hähnchen werden pro Woche verkauft. „Wir bieten eine begrenzte Anzahl an und

sind derzeit sofort ausverkauft.“

Ähnliches lässt sich auch beim Hofladen „Haff Muller-Lemmer“ an der Rue de Moutfort in Contern beobachten. Im Hofladen, wo es auch Waren vom „Heederhaff“ zu finden gibt, stehen die Leute zur Zeit teilweise Schlange, wie der Landwirt berichtet. Sie bevorzugen angesichts der aktuellen Situation kurze Handelswege und wollen den lokalen Handel stärken, so Jungblut. *mhb*

Krisenzeit mit Paketboom

Post Luxembourg: Mehr Arbeit bedeutet nicht mehr Einnahmen

Von Marco Meng

Zahlreiche Menschen müssen von zu Hause aus arbeiten, viele sind in Kurzarbeit geschickt, und die Ladengeschäfte in Luxemburg wie in anderen europäischen Ländern mussten wegen der Corona-Krise schließen. Ein Teil des Handels hat sich ins Internet verlegt. Was man sonst beim Einkaufsbummel mitnehmen würde, bestellt man jetzt online. Post Luxembourg spürt das deutlich: „Wir verzeichnen einen starken Anstieg des Paketvolumens. Die derzeitige Situation ist mit etwa 130 000 Paketen pro Woche mit der Weihnachtszeit vergleichbar“, sagt Hjoerdis Stahl, Direktorin des Brief- und Paketgeschäfts der Post Luxembourg.

„Für die letzten Wochen bedeutet dies eine Steigerung von rund 30 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.“ Was auf den ersten Blick positiv aussieht, hat aber eine negative Seite: Das Volumen der Briefpost ist in den vergangenen Wochen stark zurückgegangen, vor allem weil viele Unternehmen ihre Geschäftstätigkeit heruntergefahren haben. Im Vergleich zum Vorjahr wurden über die letzten Wochen rund 40 Prozent weniger Briefe verschickt. Kurierdienste für Unternehmen haben derzeit kaum etwas zu tun; auch Katalog- und Werbesendungen gibt es fast gar nicht mehr.

Auch DHL Express Luxemburg profitiert nicht vom aktuellen privaten Paketboom, da das Unternehmen hauptsächlich im Firmengeschäft tätig ist. Im Zusammenhang mit der Corona-Virus-Pandemie habe es aber einen Anstieg der Lieferungen von Schutzprodukten aus Asien gegeben, erklärt

Michel Lamballais, Sales & Marketing Manager von DHL Express Luxembourg. Das Unternehmen beschäftigt 110 Mitarbeiter im Großherzogtum.

Finanzielle Einbußen

Der starke Anstieg des Paketvolumens gleicht finanziell auch bei der Post Luxembourg den Rückgang der Briefpost nicht aus. „Das Volumen der Briefpost ist durchschnittlich um das 20-Fache höher als das Volumen der Pakete“, erklärt die Post Luxembourg. Der Anstieg des Paketvolumens fange demnach den Rückgang des Briefverkehrs über die letzten Wochen keinesfalls auf. Ähnliches ist aus anderen Ländern zu erfahren.

Die Luxemburger Post hat zwar vorübergehend etliche Büros im Land geschlossen und Mitarbeiter befinden sich in „Urlaub aus familiären Gründen“, dennoch versichert das Unternehmen, dass es derzeit auf genügend Arbeitskräfte zählen kann, um die gewohnten Dienstleistungen zu erfüllen: Briefe und kleine Pakete werden an fünf Tagen in der Woche von Montag bis Freitag zugestellt. Die Zeitungen werden sechs Tage pro Woche von Montag bis Samstag ausgeliefert; Pakete von der Tochtergesellschaft Michel Greco sechs Tagen in der Woche von Montag bis Samstag zugestellt. Hilfreich ist dabei, dass inzwischen mehr als 80 000 Kunden den PackUp-Service der Post nutzen, und mehr als 10 000 Kunden haben den PackUp Home Service abonniert, was dem Zusteller ermöglicht, das Paket an einem Ort rund um die Empfängeradresse abzugeben.

Der kurzzeitige Boom im Onlinehandel aufgrund des Shut-

downs stationärer Läden darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die derzeitige wirtschaftliche Unsicherheit die Bestellfreude der Privathaushalte spätestens nach Ostern wieder trüben dürfte. Während der März für Postunternehmen normalerweise einer der umsatzstärksten Monate ist, bringen die Monate danach in der Regel weniger Geld ein.

Vor ähnlichen Problemen stehen auch andere Postunternehmen. In Frankreich hat La Poste wegen der Pandemie aktuell Einschränkungen bei der Paketzustellung vorgenommen, und Lieferungen aus einigen Gebieten Italiens sind derzeit nicht oder nur erschwert möglich. Die spanische Postgesellschaft Correos erbringt nur noch die Mindestversorgung; in den USA hingegen arbeiten US-Post oder FedEx bislang weitgehend normal.

Logistische Hürden

Für Logistiker wie Post Luxembourg, DHL oder UPS kommt derzeit erschwerend hinzu, dass grenzüberschreitende Warensendungen komplizierter geworden sind. Alle spüren die neuen Grenzkontrollen, reduzierte Luftfrachtkapazitäten und lokale Restriktionen, die Verspätungen

beim Zustellen verursachen. „Weil es nahezu keine internationalen Passagierflüge mehr gibt, ist der internationale Post- und Paketversand stark eingeschränkt oder in einige Länder gar nicht mehr möglich“, teilt DHL mit. Luxair und andere Gesellschaften fliegen derzeit den Findel nicht mehr an und starten von hier aus nicht mehr. DHL Parcel, Teil der

Deutschen Post, und die Post Luxembourg haben seit knapp zwei Jahren eine Partnerschaft zum grenzüberschreitenden Paketversand. Achtzig Prozent der Pakete, die in Luxemburg zugestellt werden, wurden nicht hier aufgegeben, sondern kommen aus dem Ausland.

Post Luxembourg ist gesetzlich verpflichtet, die Beförderung von Briefen sowie Paketen bis zu einem bestimmten Gewicht auch in einem Krisen- oder Katastrophenfall aufrechtzuerhalten. Wegen des Distanzgebots, um die Ausbreitung des Virus zu verhindern und Kunden wie Mitarbeiter zu schützen, verzichten die Boten derzeit so weit wie möglich bei der Zustellung auf die Unterschrift des Empfängers und dokumentieren selbst die Auslieferung.

In den Verteilzentren der Post wurde allen Mitarbeitern Masken und Handschuhe zur Verfügung gestellt. Zusätzlich sind alle Standorte der Post mit Spendern von Desinfektionsgel ausgestattet. „Den Briefträgern und Paketzustellern wurden zusätzlich auch individuelle Desinfektionshandschuhe zur Verfügung gestellt“, teilt die Post mit. Um ihren Angestellten für die Dienste während der vergangenen drei Wochen zu danken, werden kommenden Freitag keine Briefe zugestellt und die Verkaufsstellen, Telekomkläden und Büros der Post bleiben geschlossen.

Das Paketvolumen ist mit der Weihnachtszeit vergleichbar.

Hjoerdis Stahl, Post Luxembourg

Virus verbreitet sich nicht über den Postweg

Wer Briefe oder Pakete empfängt, selbst wenn sie aus China kommen braucht keine Ansteckung mit dem Covid-19-Virus zu befürchten. Wie die Weltgesundheitsorganisation (WHO) kürzlich erklärte, überleben Corona-Viren nicht lange auf Oberflächen, sondern werden über „Atemtröpfchen“ verbreitet. Das Risiko, sich über Briefe und Pakete anzustecken, sei gering.

Hilfe naht

Regierung will nun auch Freiberufler mit jeweils 2 500 Euro unterstützen

Von Mara Bilo

„Unser Engagement der vergangenen Wochen hat sich auszahlt!“ – Giovanni Patri ist überglücklich, als ihn gestern Nachmittag kurz nach 16 Uhr die befreiende Nachricht erreicht, dass die Regierung eine Hilfsmaßnahme auch für Selbstständige ankündigt. Patri ist Freiberufler im Bereich der Fondsindustrie und hat ein Start-up namens Phoenici gegründet, das sich mit Datensicherheit beschäftigt. Am 15. März hatte der 44-jährige die Facebook-Gruppe „Rescue Independents & Startups“ ins Leben gerufen, um finanzielle Unterstützung auch für Selbstständige und Start-ups zu erkämpfen. Innerhalb weniger Wochen hatte die Facebook-Gruppe mehr als 6 500 Mitglieder; daraus entstanden ist am 25. März auch die „Alliance des Indépendants et Startups du Luxembourg“, die derzeit 480 Mitglieder zählt.

„Die Selbstständigen spielen eine wesentliche Rolle für die luxemburgische Wirtschaft und sind ebenfalls von der Covid-19-Krise betroffen“, heißt es offiziell. „Um sie finanziell zu unterstützen, hat die Regierung auf Vorschlag des Ministers für Mittelstand, Lex Delles, den Entwurf eines großherzoglichen Reglements gebilligt, der eine finanzielle Unterstützung von 2 500 Euro vorsieht.“ Die Hilfe ist rückzahlungsfrei, wie ein Sprecher der Regierung erklärt, „ist allerdings nicht mit der Soforthilfe von 5 000 Euro kumulierbar.“

Die Regierung hatte vor einigen Wochen eine rückzahlungsfreie Soforthilfe in Höhe von 5 000 Euro zur Verfügung gestellt; sie richtet sich aber ausschließlich an Unternehmen und Selbstständige, die die nach dem Inkrafttreten der großherzoglichen Verordnung vom 18. März 2020 ihre Tätigkeiten unterbrechen mussten. Weiter dürfen sie nur bis zu neun Mitarbeiter beschäftigen, müssen eine gültige Gewerbeberechtigung vorweisen können und einen Jahresumsatz von mindestens 15 000 Euro erwirtschaften.

Die nun auf den Weg gebrachte Unterstützung für Freiberufler richtet sich an jene Selbstständige, die vorübergehende finanzielle

Schwierigkeiten aufgrund der Folgen der Corona-Pandemie haben und weniger als zehn Mitarbeiter beschäftigen. Ganz wichtig: Das Gehalt, das sich der Chef selbst monatlich auszahlt und Grundlage für die Berechnung seiner Sozialbeiträge ist, darf 250 Prozent des sozialen Mindestlohns nicht überschreiten. Nicht berücksichtigt werden bei dieser neuen Regelung Freiberufler aus Kunst und Kultur, „für die andere Hilfen im Kulturministerium vorgesehen sind“, so Sprecher Damien Valvasori, sowie Freiberufler aus dem Gesundheitssektor.

Fehlende Unterstützung

In den vergangenen Wochen war im Zusammenhang mit den Hilfsmaßnahmen für Kleinunternehmen und Selbstständigen immer mehr Kritik laut geworden. Der zentrale Punkt: „Viele fallen durch das Netz“. Gefordert wurde, dass das Hilfspaket zur Eindämmung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie ergänzt wird.

Auf politischer Ebene hatte die CSV vor Kurzem zusätzliche Unterstützung für Start-ups und Mikrounternehmen gefordert – auch diese Wirtschaftsakteure müssten eine „Entschädigung von 3 000 Euro erhalten“, hieß es vor wenigen Tagen. Bei Déi Lénk wird der gestrige Schritt der Regierung nicht auf Begeisterung stoßen, denn: Stunden vor der Entscheidung ließ die Partei wissen, dass sie die Soforthilfe von 5 000 Euro für alle fordert, denn „die derzeitigen Beihilfemaßnahmen das Schicksal der Selbstständigen und Kleinunternehmen, die ihre Tätigkeit erst vor Kurzem aufgenommen haben, nicht berücksichtigen und Freiberufler, die keine Gewerbeberechtigung haben, völlig ignorieren.“ Déi Lénk fordert unter anderem eine Erhöhung und Staffelung der Unterstützung für alle Kleinstunternehmen – auch für jene, die erst vor Kurzem gegründet wurden.

Auch Stimmen aus der Zivilgesellschaft wurden mit Hilfe der von Giovanni Patri gegründeten Facebook-Gruppe laut – dort finden sich zahlreiche Erfahrungsberichte von unabhängig arbei-

tenden Taxifahrern, Putzfrauen, Sporttrainern und anderen. Und dass die Regierung die Diskussionen in den sozialen Netzwerken ernst nimmt, zeigt sich daran, dass Patri nach eigenen Angaben schon in Verbindung mit dem Wirtschaftsministerium war, um seine Vorschläge für Freiberufler und Start-up-Unternehmen zu besprechen: „Durch die Corona-Pandemie sind vielen die Aufträge weggebrochen, Kunden fehlen – auch wenn die Regierung deren Aktivitäten nicht ausgesetzt hat.“ So setzt sich Patri für Arbeitslosengeld für alle Freiberufler und Start-up-Unternehmer, für das Einstellen oder zumindest die Reduzierung der Zahlung von Sozialversicherungsabgaben und für eine finanzielle Kompensation der Verluste, die durch die Krise aufgetreten sind.

„Die Soforthilfe für Freiberufler zeigt, dass solche Gruppen etwas bewirken können“, freut sich Giovanni Patri. Denn kurz vor Ankündigung der Soforthilfe von 2 500 Euro für Freiberufler durch den Minister für Mittelstand, Lex Delles, war, so die Beobachtung „der Minister selbst auf unserer Seite unterwegs.“

Detaillierte Informationen über die Soforthilfe von 2 500 Euro für Freiberufler sind unter Guichet.lu verfügbar. Das Antragsformular wird Anfang nächster Woche auf der Website zu finden sein.

Kurzarbeit:

Zahlen und Fakten

Zu den Kritikpunkten rund um die Hilfsmaßnahmen der Regierung zählt auch der Zugang zu Kurzarbeitergeld von Unternehmen, da in den vergangenen Tagen rund 7 000 Anträge vorübergehend von der nationalen Arbeitsagentur ADEM abgelehnt wurden. Wie in einer Antwort von Arbeitsminister Dan Kersch auf eine parlamentarische Anfrage der CSV-Abgeordneten Marc Spautz und Marc Lies zu lesen ist, sind rund 13 000 Anträge eingegangen. Davon konnten 7 000 nicht bearbeitet werden: „Die Formulare waren nicht lesbar oder wichtige Informationen haben gefehlt“ – wie beispielsweise Bankverbindungsdaten. Am 2. und 3. April wurden die betroffenen Firmen von der ADEM kontaktiert.

Am 27. März war die neue Prozedur zur Beantragung von Kurzarbeitergeld auf MyGuichet.lu eingeführt worden. Die Arbeitsagentur hat bereits 2 483 Anträge bearbeitet, die Kurzarbeitmaßnahmen betreffen mehr als 37 000 Mitarbeiter, die Kosten für den Staat belaufen sich derzeit auf 57,3 Millionen Euro. *mbb*

Stich ins Herz

Einzelhändler und Restaurantbesitzer bedauern den Ausfall der Echternacher Springprozession

Von Volker Bingenheimer

Echternach. Für die Echternacher Geschäftsleute kam die Absage der Springprozession als ein weiterer Schock auf der langen Durststrecke. Einzelhändler, Hoteliers und Restaurantbesitzer hatten gehofft, wenigstens Anfang Juni wieder schrittweise zur Normalität zurückkehren zu können. Dass mit der Springprozession der Ansturm von Zehntausenden Teilnehmern und Besuchern ausbleibt, ist für die Selbstständigen ein weiterer Rückschlag.

„Es sind ja noch acht Wochen bis Pfingstdienstag. Dass die Springprozession schon zu so einem frühen Zeitpunkt abgesagt wird, damit hätten wir nicht gerechnet“, sagt Alain Knepper, Besitzer des Hôtel de la Sûre in der Halergaass, direkt in der Fußgängerzone. Er und seine Berufskollegen aus der Gastronomie hatten sich Hoffnungen gemacht, nach einer langen Winterpause und fast zwei Monaten Pause durch das Corona-Virus wieder durchstarten zu können. „Früher haben uns die Tage um Christi Himmelfahrt

und eben das Pfingstwochenende mit der Springprozession herausgerissen und für gute Umsätze gesorgt. Das fällt jetzt weg“, sagt Knepper.

Umsätze brechen weg

In seinem Hotel mit sechs Zimmern und dem Restaurant herrscht seit Wochen Stille. „Heute habe ich eine Buchung für Juli bekommen. Es war die erste Reservierung seit Langem“, berichtet er und geht von Umsatzeinbußen von fast 15 000 Euro pro Monat aus.

Für ihn und viele gebürtige Echternacher geht es bei der Springprozession jedoch um viel mehr als nur ums Geschäft. Traditionell kommen am Pfingstdienstag ehemalige Schuljahrgänge aus Echternach und der Region in den Wirtschaften und Restaurants zusammen, um zu feiern und sich zu treffen. Zudem ist die Springprozession fest im Herzen der Abteistadt verankert.

Das sieht auch Yvonne Amodio so. Die Sekretärin des Echternacher Geschäftsverbands erinnert sich noch an Erzählungen aus den

Jahren kurz nach dem Zweiten Weltkrieg, als die Echternacher unter prekären Bedingungen über zerbombte Straßen und zwischen Ruinen gepilgert waren. „Es ist schon seltsam, wenn die Springprozession in diesem Jahr gar nicht stattfindet“, meint sie.

Überlebenskampf

Die Umsatzeinbußen durch die wochenlangen Ausfälle in der wichtigen Zeit nach der Winterpause bedeuten für die Geschäfte einen schweren Schlag, erklärt sie. „Besonders von den neu gegründeten Läden werden das viele wohl nicht verkraften“, sagt sie und erinnert an ein Lebensmittelgeschäft in der Fußgängerzone, das erst drei Wochen vor Beginn der Corona-Krise neu eröffnet hatte.

Auch die Wirte des vor drei Monaten wiedereröffneten Kultur-Cafés „Philo'soff“ – über Jahrzehnte eine Institution in Echternach – müssen aufgrund der Krise um die Existenz der Kneipe zittern.

Marc Diederich, Präsident des Willibrordus-Bauvereins, weiß natürlich um die Sorgen der Ge-

schäftsleute und der ganzen Einwohnerschaft von Echternach. Und trotzdem: Zu der Absage des Großereignisses habe es keine Alternative gegeben, erklärt er. „Im Komitee mussten wir nicht einmal lange diskutieren. Die Entscheidung fiel ziemlich schnell.“

Bei einem normalen Ablauf der Springprozession sei die Ansteckungsgefahr einfach viel zu hoch, meint er. „Es nehmen Menschen aus Risikogruppen teil und man kommt sich bei der Prozession recht nahe, ganz besonders bei der Aufstellung der Gruppen. Zudem ist die Basilika randvoll – das konnten wir wirklich nicht machen.“

Mediale Offensive

Der Willibrordus-Bauverein will nun am Pfingstdienstag das kulturelle Erbe der Springprozession mit einer Medienoffensive in Erinnerung rufen. Dadurch soll die Tradition, die seit zehn Jahren auf der Unesco-Liste des immateriellen Kulturerbes steht, den Weg zu den Menschen finden.

Krieg und Krankheiten

Dass die Springprozession zum Schutz der Bevölkerung ausfiel, ist bereits vorgekommen – zuletzt vor fast 300 Jahren. 1711 wurde sie abgesagt – wegen „grassierender Krankheiten“, wie ein Chronist schreibt. Pierre Kauthen, Spezialist für die Geschichte der Springpro-

zession, erinnert zudem an die große Cholera-Epidemie in Luxemburg im Jahr 1866, als die Grenzen zu Deutschland geschlossen waren und nur Pilger aus Luxemburg teilnehmen konnten. Selbst im Ersten Weltkrieg fand die Prozession statt, wenn auch mit weniger Pilgern. Unter der deutschen Besatzung im Zweiten Weltkrieg wurde sie 1941

verboten. Einige Pilger ließen sich den Brauch nicht nehmen und organisierten heimlich eine Springprozession in der Basilika. Sieben von ihnen wurden daraufhin festgenommen. Erst 1945 fand die Springprozession wieder statt – in einer vom Krieg zerstörten Stadt.

Schleppender Neustart

In Luxemburg öffnen die Baustellen wieder

Von Thomas Klein und Nadia Di Pillo

Wer glaubt, dass sich gleich am ersten Arbeitstag nach fünf Wochen erzwungenem Stillstand auf den Baustellen des Landes alle Kräne sofort wieder drehen, der irrt. Denn die Firmen sind, bei aller Erleichterung, zunächst vor allem damit beschäftigt, ihre Baustellen entsprechend den Vorsichtsmaßnahmen umzurüsten und die Mitarbeiter mit den nun geltenden Hygiene- und Abstandsregeln vertraut zu machen.

„Bei den Unternehmen sind etwa 80 bis 90 Prozent der Mitarbeiter gekommen, es konnten aber nicht alle sofort wieder arbeiten“, schätzt Pol Faber, Generalsekretär des Groupement des entrepreneurs. Denn: „Viele Auftraggeber verlangen, dass zunächst Sicherheitsmaßnahmen getroffen werden. Wir gehen aber davon aus, dass bis Mittwoch oder Donnerstag etwa 80 Prozent der Mitarbeiter auch wieder aktiv am Bau sein können.“

Joël Schons, Chef der Baufirma Stugalux und Mitglied im Vorstand des Groupement, geht davon aus, dass die Unternehmen unterschiedlich schnell wieder durchstarten werden. Für sein Unternehmen rechnet Schons, dass am Dienstag wieder die Hälfte der Mitarbeiter auf den Baustellen eingesetzt werden kann. Er geht aber davon aus, dass es etwa zwei Wochen dauern wird, bis auf allen Baustellen seiner Firma gearbeitet werden kann.

Auch die Gewerkschaften sind zufrieden mit der Wiederaufnahme der Aktivitäten. „Heute sind 40 000 Leute wieder zur Arbeit gegangen, das ist natürlich gut“, sagt Patrick Dury, Präsident des LCGB, „wir waren im Laufe des Morgens bei vielen Betrieben anwesend und hatten den Eindruck, dass der überwiegende Teil der Unternehmen sich bisher an die Vorschriften hält.“

Start mit reduzierter Mannschaft

„Der Anfang gestaltet sich schwierig, da man die Mitarbeiter anlei-

ten muss, die strengen Sicherheitsvorkehrungen einzuhalten, damit alle gesund und munter bleiben“, sagt Claude Bieber, Geschäftsführer von Sanichauer Toitures. Das Unternehmen, das ein komplettes Leistungsspektrum - von der Klempnerei, Dachdeckung, Abdichtung bis hin zur Isolierung, Wartung und Reparatur anbietet - hat am Montagmorgen seine Tätigkeit mit reduzierter Mannschaft wieder aufgenommen - von insgesamt 60 Arbeitern sind lediglich acht zurück auf den Baustellen. „Wir nehmen die Arbeit langsam wieder auf. Es ist ja so, dass wir das Einverständnis der Kunden brauchen, das muss schriftlich festgehalten werden. Auf der anderen Seite haben wir bereits viele Anrufe von Kunden bekommen, die mit den Arbeiten anfangen wollen.“ Bieber registriert aber auch, dass viele Auftraggeber ungeduldig werden: „Wir untersuchen genau, wo wir einspringen und ein größeres Team einsetzen können. Unser Ziel ist es, die Zahl unserer Mitarbeiter auf den Baustellen vom kommenden Montag an zu verdoppeln“.

Deutlich ist, dass auch die Bauarbeiter bei dem schönen Wetter wieder loslegen wollen. „Trotzdem darf man das Risiko nicht unterschätzen“, warnt der Unternehmer. „Manche der Kollegen vergleichen Covid-19 leichtfertig mit einer normalen Grippe. Ein fundamentales Umdenken ist erforderlich“.

Höhere Kosten

Auch bei Toiture Miller Frères in Bascharage war der Anfang eher hektisch. „Wir haben unsere 16 Arbeiter über Pflichten und Sicherheitsvorkehrungen informiert. Wer bei einer Kontrolle künftig ohne Gesichtsmaske erwischt wird, muss das Bußgeld aus eigener Tasche bezahlen“, stellt Geschäftsführer Jean-Marie Miller klar. Das Tragen der Masken sei allerdings nicht ideal, denn „nach zwei Stunden Arbeit sind die bereits voller Schweiß. Wir müssen

daher versuchen, selbst an hochwertigere Masken zu kommen, die man häufiger waschen kann.“ Das aber macht die Kundschaft nicht zu ihrem Problem: „Die freuen sich, dass es wieder losgeht.“ Und auch der Unternehmer freut sich auf die Wiederöffnung der Baustellen. „Wir hatten im vergangenen Jahr den Tornado, dann drei Monate Regen und jetzt bei Topwetter mussten wir zu Hause sitzen. Das tat richtig weh. In den fünf Wochen sind 200 000 Euro weg. Die kommen nicht einfach so zurück.“

Die Baufirmen rechnen durch die Maßnahmen zum Schutz ihrer Mitarbeiter mit zum Teil deutlich steigenden Kosten. „Der Zeitverlust durch das häufige Desinfizieren der Werkzeuge, das Aufsetzen der Masken, das Säubern der Bauunterkünfte und zusätzliche Arbeitsschritte belaufen sich wohl auf 20 bis 30 Euro pro Mann und Tag. Das entspricht Kostensteigerungen von ungefähr sechs, sechs-einhalb Prozent“, schätzt Schons.

Dazu komme der Ausfall durch den Baustellenstopp im vergangenen Monat. „Ich denke, dass wir als Bauinnung nicht einverstanden sein können, dass die Bauunternehmen auf diesen zusätzlichen Kosten sitzen bleiben“, so Pol Faber. Eine der Forderungen des Baugewerbes lautet deshalb, dass die Kollektivferien im Sommer gekürzt werden sollen.

Natürgemäß sehen die Gewerkschaften diesen Vorstoß kritisch. Das Baugewerbe habe auch in der Vergangenheit immer mal wieder mehrere Wochen verloren, weil aufgrund schlechten Wetters die Arbeiten auf den Baustellen liegen bleiben mussten, ohne dass der Kollektivurlaub deswegen ange-tastet wurde. „Wir sind zum gegebenen Zeitpunkt bereit, darüber zu diskutieren. Die Bedingung ist aber, dass die Leute im Sommer drei Wochen Urlaub bekommen können. Man könnte das ja auch individuell regeln und kleine „Congé collectif“ auf der Ebene der Bautrups organisiert. Solange die Arbeitgeberseite das aber nicht garantiert, können wir das nicht verhandeln“, so Dury.

● *Der überwiegende Teil der Firmen hält sich an die Vorschriften.*

Patrick Dury

● *Wir erwarten Kostensteigerungen von bis zu sechs Prozent.*

Joël Schons

Kurzarbeit bricht alle Rekorde

10 000 Betriebe stellen Anträge für 180 000 Beschäftigte – Kostenpunkt: 400 Millionen Euro

Von Pierre Leyers

Kurzarbeit ist das Instrument der Stunde, um die Zeit der Krise zu überwinden und Beschäftigte zu halten. Von den etwa 440 000 Berufstätigen in Luxemburg, ob Einwohner in Luxemburg oder Grenzgänger, befinden sich 180 000 in Kurzarbeit. Arbeitsminister Dan Kersch stellte am Dienstag imposante Zahlen vor.

Seit den am 16. März gestarteten Krisenmaßnahmen der Regierung haben 9 933 Betriebe Anträge auf Kurzarbeit gestellt. Über tausend weitere Anträge warten darauf, vom Comité de Conjuncture bei seiner Sitzung am kommenden Freitag abgesegnet zu werden. Den Anträgen auf Kurzarbeit für insgesamt 180 000 Arbeitnehmer wurde schon stattgegeben, 17 700 warten noch auf eine Genehmigung.

Die Hilfsaktion erweist sich als äußerst kostspielig. Schon 372 Millionen Euro wurden bislang für die Finanzierung der Kurzarbeit ausgegeben. Damit werden die Gehälter für volle zwei Monate gedeckt.

„Spätestens an diesem Donnerstag wird alles ausbezahlt sein“, versprach der Arbeitsminister. Weitere 33 Millionen Euro sollen in den nächsten Tagen folgen, sobald die Anträge genehmigt sind. Die gesamte Rechnung für die Finanzierung der Kurzarbeit addiert sich somit auf 400 Millionen Euro, wobei ein Ende des Lock-downs und die Konsequenzen einer graduellen Wiederankurbelung der Wirtschaft noch gar nicht abzuschätzen sind.

„Es ist die größte Hilfsaktion für Luxemburger Betriebe, die es jemals gegeben hat“, betonte Arbeitsminister Kersch.

Kurzarbeitergeld soll den Verdienstaufschlag zumindest teilweise ausgleichen, der Arbeitsplatz kann erhalten bleiben. Betroffene Arbeitnehmer erhalten in Luxemburg grundsätzlich 80 Prozent des ausgefallenen Bruttolohns. Den Betrieben steht es frei, sofern sie es können, die restlichen 20 Prozent auszugleichen. Das Kurzarbeitergeld darf nicht mehr als das

Es ist die größte Hilfsaktion für

Luxemburger Betriebe, die es jemals gegeben hat.

Dan Kersch, Arbeitsminister zweieinhalbfache des Mindestlohns betragen. Es darf auch nicht – und das ist in dieser Krise neu – unter dem sozialen Mindestlohn liegen.

Maximum: 5 355 Euro

Somit ergibt sich ein Minimum von 2 142 Euro, während die Obergrenze bei 5 355 Euro liegt. Er sei sich bewusst, dass diese Summen oft mit Einschnitten verbunden seien, sagte Dan Kersch. Wegen Einkommensverlusten könnten so manche Arbeitnehmer und Freiberufler derzeit ihre Mieten nicht mehr zahlen, ihre Kredite nicht mehr bedienen.

Von den Banken forderte er Solidarität und Verständnis in schwerer Zeit. Mit einer Anspielung auf die Finanzkrise sagte er: „Vor zwölf Jahren hat die Gesellschaft geholfen, die Banken zu retten. Jetzt ist es an den Banken, das zurückzugeben“.

Der Arbeitsminister erklärte sich bereit, durch die Finger zu schauen, auch wenn es sich bei einigen Anträgen um Betriebe handelt, die mit ihren Soziallasten im Rückstand sind. Von den etwa 10 000 Anträgen würden 531 in diese Kategorie fallen. Normalerweise hätten sie kein Anrecht auf Kurzarbeitergeld. Besondere Zeiten erfordern besondere Maßnahmen.

„Die 4 456 Beschäftigten dieser Betriebe können nicht für die Ausstände bei den Sozialbeiträgen“, sagte Kersch. Daher habe er beschlossen, auch ihnen die Summe von insgesamt 12 Millionen Euro auszahlen zu lassen.

Er stehe vor der Wahl, Fehler bei einer raschen Auszahlung in Kauf zu nehmen, oder auf eine strikte Anwendung der Regeln zu bestehen, und damit die Hilfen zu verzögern, so der Arbeitsminister. Aus Überzeugung habe er sich für erstere Variante entschieden. Verbale Angriffe auf die Arbeitsmarktverwaltung, die vor einer Sisyphusarbeit stehe, wolle er jedoch nicht mehr hinnehmen.

Er warnte auch etwaige schwarze Schafe, von denen es einige,

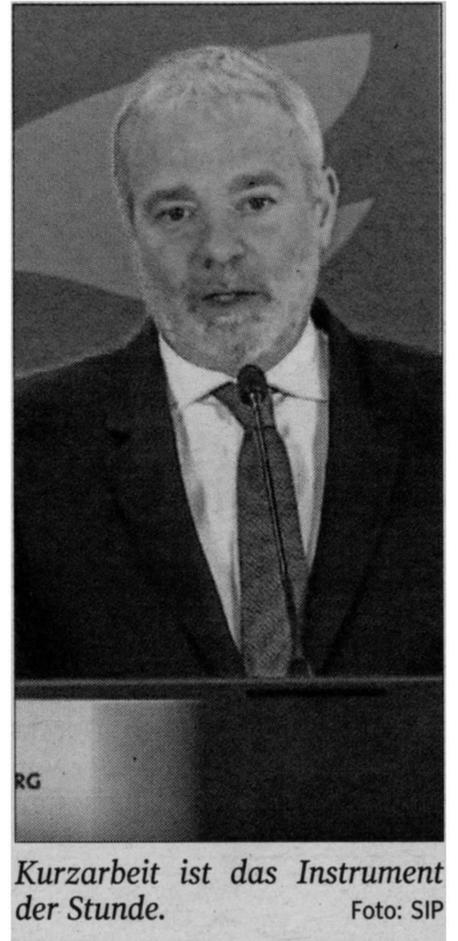
wenn auch wenige gebe. Die vom Staat überwiesenen Gelder dürften ausschließlich dazu genutzt werden, um Gehälter und Löhne zu zahlen. Jede andere Verwendung sei strafbar. Er wolle noch diese Woche ein Gesetzesprojekt im Regierungsrat vorstellen, das härtere Strafen gegen Missbrauch des Kurzarbeitergeldes vorsehe.

Verlängerte Arbeitszeiten

Eine Maßnahme, für die Kersch von den Gewerkschaften kritisiert worden war, betrifft die Verlängerung der Arbeitszeiten, statt zehn Stunden am Tage kann während der Krise zwölf Stunden gearbeitet werden, statt 40 Stunden die Woche ganze 60 Stunden.

19 Anträge sind mittlerweile beim Arbeitsministerium eingetroffen. 15 Anträge, von denen zwölf aus dem Pflegesektor kamen, wurden positiv beantwortet. 3 751 von 5 799 möglichen Arbeitnehmern sind von den Maßnahmen betroffen, die, wie Kersch betonte, nur solange gelten werden, wie der „Etat de crise“ anhalte.

Mit den Sozialpartnern habe er sich Gedanken über die Zeit nach dem Exit gemacht, sagte Kersch. Man sei übereingekommen, für die Übergangsphase bis zur Normalität verbindliche Regeln zu erlassen, wie sich Mitarbeiter in Unternehmen verhalten sollen. Ein entsprechendes großherzogliches Reglement sei dazu schon in Ausarbeitung.



Kurzarbeit ist das Instrument der Stunde. Foto: SIP

„Die mit den breiten Schultern müssen mehr tragen“

Kurzarbeit: Bislang über 372 Millionen Euro freigestellt –
Strenge Strafen bei Missbrauch

LUXEMBURG

PASCAL STEINWACHS

Ehe der Regierungsrat in seiner heutigen Sitzung aller Voraussicht nach über eine schrittweise Lockerung der Schutzmaßnahmen entscheiden wird, ging LSAP-Vizepremier und Beschäftigungsminister Dan Kersch gestern Nachmittag auf einer Videopressekonferenz auf die aktuelle Situation in Bezug auf die Kurzarbeit ein. Dabei ließ der Minister keinen Zweifel, dass ein eventueller Missbrauch hier streng bestraft werde.

Kersch appelliert an Kulanz der Banken

Kersch erinnerte dann auch noch einmal daran, dass das Instrument der Kurzarbeit auf den 2,5-fachen Mindestlohn gedeckelt sei und die von dieser Maßnahme betroffenen Leute 80 Prozent von ihrem normalen Lohn bekommen würden, wobei die Regierung aber sichergestellt habe, dass keiner weniger als den Mindestlohn bekomme. Daraus würden sich demnach Summen von mindestens 2.142 bis maximal 5.355 Euro ergeben. Er sei sich aber natürlich bewusst, dass dies für viele Leute ein seriöser Einkommensverlust bedeute und zu dramatischen Situationen führen könne.

In diesem Sinne appellierte der sozialistische Vizepremier dann auch an die Banken, die vor zwölf Jahren ja von der Allgemeinheit gerettet worden seien, sich an diese Hilfe zu erinnern und das ihrige zur Krisenbewältigung beizutragen. Die Banken sollten sich hier kulant zeigen.

Die Regierung wisse natürlich, dass die Kurzarbeit nur ein Teil der Lösung sein könne, aber es handele sich hierbei um die größte Hilfsaktion für Betriebe, die es je vom Staat gegeben habe. So seien bis ge-

tern etwas mehr als 372 Millionen Euro freigestellt worden, die spätestens heute oder morgen auf den Konten der Antragsteller zur Verfügung stehen würden. 9.933 Betriebe würden von der Kurzarbeit profitieren, derweil bis jetzt insgesamt 14.728 diesbezügliche Anträge gestellt worden seien. Dan Kersch zeigt sich jedoch überzeugt, dass das Ende der Fahnenstange noch nicht erreicht sei.

„Sozialdialog funktioniert auch in der Krise“

In anderen Ländern würden vielleicht die kleinen Betriebe geopfert, um die großen Unternehmen zu retten, aber Luxemburg sei hier einen anderen Weg gegangen. Einen großen Dank sprach der Arbeitsminister dann auch gestern noch einmal dem Patronat und den Gewerkschaften aus, die die Regierung bei ihren Hilfsmaßnahmen unterstützen würden, was aufzeige, dass der Sozialdialog auch in der Krise funktioniere.

Die Kurzarbeit-Gelder seien aber natürlich nur für das Bezahlen der Löhne da, alles andere sei strafbar und werde rechtlich verfolgt. Wer sich hier nicht an die Regeln halte, der werde jedenfalls die ganze Härte des Gesetzes zu spüren bekommen. So werde er dem Regierungsrat noch in dieser Woche einen Gesetzentwurf vorlegen, der eine wesentliche Verschärfung der entsprechenden Strafen zum Inhalt habe. Allerdings gebe es nur eine verschwindend kleine Menge an Betrieben, die so etwas überhaupt versuchen würden.

Anträge auf Kurzarbeit:

Regierung nimmt Fehler in Kauf

Dann wies Kersch aber auch noch darauf hin, dass sich bei der großen Zahl an Anträgen auf Kurzarbeit und bei dem Tempo, wie diese bearbeitet würden, bestimmt auch Fehler einschleichen würden, aber das nehme die Regierung in Kauf, die keinen im Regen stehen lassen würde. Der Beschäftigungsminister zeigte sich dann auch überzeugt, dass der ein

oder andere hier riskiere, nasser zu werden, die Regierung aber für eine gerechte Verteilung der Lasten sei. Breite Schultern müssten seiner Meinung nach auf jeden Fall mehr tragen als nicht so breite Schultern, und dies sei seine Meinung schon immer gewesen.

Was nun die Möglichkeit von verlängerten Arbeitszeiten während der Corona-Krise anbelangt (Stichwort: 12-Stunden-Tag und 60-Stunden-Woche), so gab Dan Kersch an, dass es bis jetzt 19 diesbezügliche Anfragen gegeben habe, wobei vier Anträge abgelehnt worden seien. Allein zwölf

derartige Anfragen seien indes aus dem Pflegesektor gekommen.

Kersch gegen bedingungsloses Grundeinkommen

Dann ging der Arbeitsminister auch noch einmal auf die Unterschiede zwischen „Chômage partiel“ und „Congé pour raisons familiales“ ein, wobei der Sonderurlaub auch ganz stark in Anspruch genommen werde. Erklärungen gab es auch noch

zu den allgemeinen arbeitsrechtlichen Schutzmaßnahmen für die Arbeitnehmer, die während der Corona-Krise keine Kündigung erhalten dürften.

Leute, die ihre Putzfrau auch während der Corona-Krise nicht entlassen würden, sollen indes steuerlich belohnt werden. Die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommen sieht der Minister, ebenso wie seine Partei, eher kritisch, weil dadurch man dadurch riskiere, die bestehenden Sozialsysteme, die gut funktionieren würden, auszuhöhlen. Nach der Krise werde man aber wohl einen beachtlichen Anstieg der Arbeitslosenzahl erleben, die Regierung bereite sich jedenfalls darauf vor... ●

Arbeitslosigkeit steigt sprunghaft an

Von 5,5 Prozent im Februar auf 6,1 Prozent im März: 18 398 Einwohner auf Arbeitsuche

Von Pierre Leyers

Obwohl seit Mitte März etwa 10 000 Betriebe Kurzarbeit beantragt haben und über 180 000 Beschäftigte von dieser Maßnahme profitieren, genügt dieser Puffer nicht, um die Zahl der Arbeitslosen zumindest stabil zu halten.

Was der Stateg befürchtet hatte, ist eingetreten: Die Zahl der in Luxemburg lebenden Arbeitsuchenden ist zum 31. März auf 18 398 angestiegen, 17,4 Prozent mehr als im gleichen Monat des Vorjahrs. Die vom Stateg berechnete Arbeitslosenquote beträgt derzeit 6,1 Prozent. Im Februar hatte die Arbeitslosenquote noch bei 5,5 Prozent gelegen. Der sprunghafte Anstieg sei einzig und allein der Virus-Krise geschuldet, heißt es in einer Mitteilung der Arbeitsmarktbehörde ADEM.

Allein im März hat die ADEM 3 142 Anträge auf Arbeitslosenhilfe erhalten, ein Sprung von plus 25 Prozent im Vergleich zum März des Vorjahres. Die meisten Anträge gab es in der Woche des 16. März, als die Regierung einschränkende Maßnahmen ankündigte. Der Ansturm sei größtenteils auf Leiharbeiter aus dem Baugewerbe zurückzuführen, schreibt die ADEM. Erst seit Montag, dem 20. April, wird wieder im Bausektor gearbeitet. Die Zahl der Anträge habe sich mit der Wiedereröffnung der Baustellen normalisiert, heißt es weiter in der Mitteilung.

In seinem „Conjoncture Flash“ vom letzten März hatte der Stateg vor einer sprunghaft ansteigenden Arbeitslosigkeit gewarnt. Der Anstieg werde ähnlich dem während der großen Rezession von 2008/2009 sein, schreiben die Statistiker. Während der beiden Jahre der Finanzkrise hatte die Arbeitslosigkeit von ursprünglich 4,2 Prozent (Stand 2007) auf 5,4 Prozent (Stand 2009) zugenommen.

Von den über 18 000 bei der

ADEM eingeschriebenen Arbeitssuchenden sind 8 920 Frauen, und 9 478 Männer. Während im Vergleich zum März 2019 12,4 Prozent mehr Frauen auf Arbeitsuche sind, liegt die Zahl der Männer sogar um 22,5 Prozent höher. 3 791 Arbeitssuchende sind jünger als 30 Jahre, 7 625 sind über 45 Jahre alt (ein Plus von 16,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahrsmonat). In den Statistiken sticht besonders der ungewöhnlich hohe Anstieg bei den Akademikern hervor. 4 171 der Arbeitssuchenden, ganze 27 Prozent mehr als im März vorigen Jahres, haben höhere Studien absolviert.

Von den Arbeitssuchenden, die bei der ADEM eingeschrieben sind, erhalten 9 040 das volle Arbeitslosengeld. Auf ein Jahr gesehen bedeutet dies eine Zunahme um 902 Personen, 11,1 Prozent mehr. Da auf dem Arbeitsmarkt derzeit praktisch Stillstand herrscht, gestaltet sich die Arbeitssuche schwierig und vor allem langwierig. Bei den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, von denen es derzeit 4 148 gibt, kommen keine neuen Aktivitäten hinzu. Zudem ist die Zahl verfügbarer Arbeitsplätze, die bei der ADEM gemeldet sind, seit Mitte März um 35 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat gefallen. Die meisten der 2 412 freien Arbeitsplätze wurden der ADEM in der ersten Märzhälfte gemeldet.

59 Millionen Arbeitsplätze europaweit in Gefahr

Luxemburg ist kein Einzelfall. Corona-Krise und Lockdown-Maßnahmen hinterlassen EU-weit deutliche Bremsspuren bei der Konjunktur und am Arbeitsmarkt. In ganz Europa könnte sich die Arbeitslosigkeit in den kommenden Monaten fast verdoppeln. Nach Schätzungen des Beratungsunternehmens McKinsey liefen 59 Millionen Arbeitsplätze Gefahr, we-

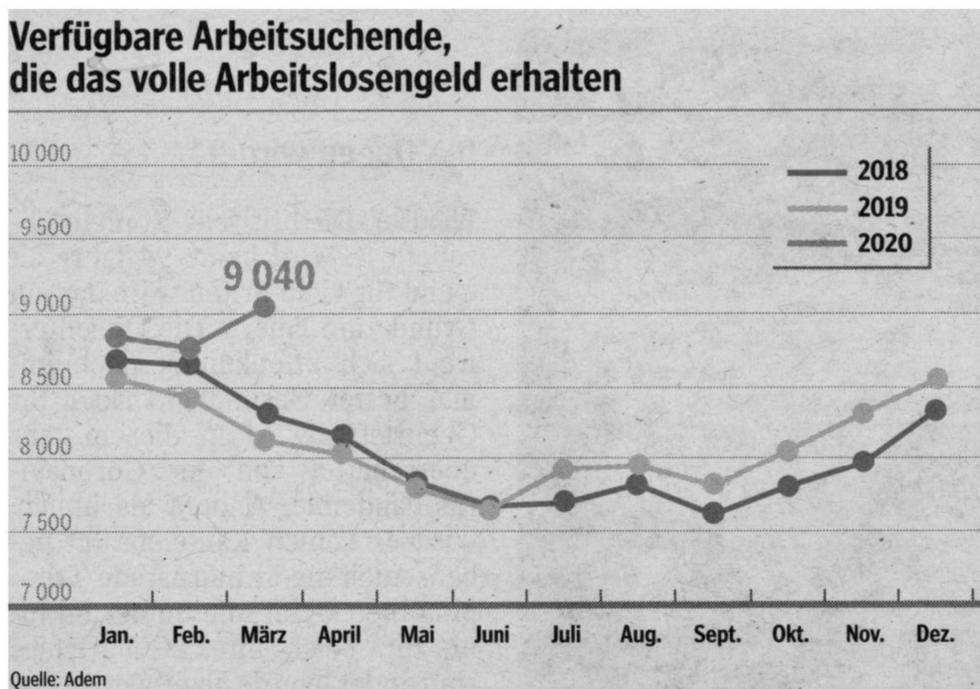
gen der Coronavirus-Pandemie wegzufallen. „Der Verlust dieser Arbeitsplätze wäre nicht nur eine Tragödie auf individueller Ebene. Auch aus der wirtschaftlichen Perspektive wäre es schmerzhaft“, so McKinsey in seinem Bericht am Montag. Das Beratungsunternehmen schätzte für 2020 die Arbeitslosenquote in den Mitgliedstaaten der EU auf 7,6 Prozent. Eine Rückkehr zu dem Stand vor der Krise könnte erst im 4. Quartal 2021 möglich sein.

Für den schlimmsten Fall geht McKinsey davon aus, dass die Arbeitslosigkeit in Europa sogar auf 11,2 Prozent klettern könnte und sich erst in 2024 wieder von den Folgen des Virusausbruchs erhole. Die Hälfte aller gefährdeten Arbeitsplätze wären im Kundenservice und Vertrieb, in der Gastronomie und im Baugewerbe.

In Europas Großhandels- und Einzelhandelssektor könnten 14,6 Millionen Arbeitsplätze bedroht sein, 8,4 Millionen Arbeitsplätze im Hotelgewerbe und in der Gastronomie sowie 1,7 Millionen in der Kunst- und Unterhaltungsbranche.

Dabei steht Europa mit seinem vergleichsweise engen sozialen Netz besser da als die Vereinigten Staaten. Wegen der Corona-Krise haben in den USA innerhalb des letzten Monats rund 22 Millionen Menschen ihren Arbeitsplatz verloren. Damit dürfte die US-Arbeitslosenquote nun deutlich über 10 Prozent liegen, womöglich sogar bei 14 Prozent.

Im Gegensatz zur großen Finanzkrise 2009 sind bei der Virus-Krise 2020 nicht nur die Finanzbranche, sondern vor allem der Dienstleistungssektor betroffen. Im Tourismus- und Gaststätten-gewerbe herrscht derzeit europaweit Verzweiflung.





GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

CORONA-PANDEMIE

Finanzen

Mehr als 1.000 Anträge auf Schulden-Moratorium gestellt

WIRTSCHAFT Spuerkeess während der Corona-Krise

Christian Muller

Bereits mehr als 1.000 Unternehmen haben im Rahmen der Corona-Krise ein Moratorium für ihre Schulden bei der Luxemburger BCEE beantragt. Das hat die Bank, im Rahmen der Vorstellung ihrer Jahreszahlen für 2019 vor Journalisten bekannt gegeben.

Wie alle anderen in der Wirtschaft arbeitet auch die „Spuerkeess“ heute anders als noch vor einem Monat. 1.100 Personen arbeiten derzeit von zu Hause aus. Rund 350 Personen sind an 60 unterschiedlichen Standorten präsent. Etwa 250 Personen sind daheim und stehen als „Reserve“ bereit. Den besonderen Elternurlaub haben 100 Personen beantragt.

Zwischen 2.500 und 3.000 Anrufen pro Tag erhalte „Spuerkeess Direct“ derzeit, berichtet Geschäftsführerin Françoise Thoma. „Doch das kriegen wir hin.“ Man habe den Dienst mit Mitarbeitern aus Agenturen verstärkt. Von 7 bis

19 Uhr sei man für die Kunden erreichbar, egal ob telefonisch oder online.

Dass die Bank so schnell in den Krisenmodus habe umsteigen können, liege daran, dass es Notfallpläne gab, erklärt die Bankchefin per Telefonkonferenz. „Wir hatten Pläne bereit – wenn auch nicht direkt für eine globale Pandemie.“ Auch einen Vorrat an informativen Material, das an die Mitarbeiter verteilt werden konnte, war vorhanden. „Das haben wir dann eingesetzt.“

Notfallpläne lagen bereit

An den Verhandlungen mit Regierung und Bankenverband ABBL sei man in den letzten Wochen aktiv beteiligt gewesen, so Françoise Thoma. Man sei sich der Wichtigkeit der Banken in der aktuellen Krise bewusst. Gleichzeitig müsse man jedoch auch aufpassen, dass keine Probleme für die Banken entstehen, warnte sie.

Mehr als 1.000 Unternehmen haben in den letzten zwei Wochen wegen der Corona-Krise ein Moratorium ihrer Schulden bei der Bank beantragt. Während sechs Monaten wird die Rückzahlung ausgesetzt. Von den Anfragen wurden 99,9 Prozent akzeptiert. Ausnahmen seien Fälle, in die Situation bereits vor der Krise zu „katastrophal“ war, so die Bank. „Wir analysieren wohlwollend“, fügte Françoise Thoma hinzu. „Es ist uns wichtig, unsere Kunden zu unterstützen.“

Nun warte man, dass kommende Woche das Gesetz, das Hilfskredite für Unternehmen ermöglicht, gestimmt wird. Die Bank sei bereit. Sollte eine zu große Welle von Anfragen kommen, dann könne man auf Personal aus der „Reserve“ zurückgreifen.

Neben den Unternehmen hat die Bank auch bereits Anfragen von Privatpersonen erhalten, die ein Moratorium für Kredite wollten. Es sei „keine große Welle“, sagte Françoise Thoma, aber „bei einigen fallen die Einnahmen“. Die Bank schaue sich jeden Fall individuell an. Den Kunden zusätzlichen Stress schaffen wolle man nicht. „Glücklicherweise verändert sich für die meisten Menschen nichts.“

2019 war ein gutes Jahr
für die BCEE

2019 bezeichnete Thoma als „ein in allen Hinsichten gutes Jahr“. Besonders stolz ist sie auf einen Zuwachs der Erträge aus dem Bankgeschäft um 12,4 Prozent. Sowohl im Geschäft mit der Zinsmarge als auch in puncto Provisionen konnte die BCEE zulegen. Am Jahresende stand ein Nettogewinn von 183,9 Millionen Euro in den Büchern. Ein Anstieg von 4,9 Prozent verglichen mit dem Vorjahr.

Françoise Thoma sieht die „Spuerkeess“ als gut gerüstet: Als stabiles Finanzinstitut mit guten Eigenkapitalratios sei man bereit, sich der neuen Realität und ihren neuen Herausforderungen zu stellen.

Vom Gewinn erhält der Luxemburger Staat eine Dividende von 40 Millionen Euro. Ob sie ausbezahlt wird, wird im Oktober entschieden. Europas Zentralbank hat den Banken geraten, Dividendenzahlungen erst einmal aussetzen.

Des Weiteren erklärte sie, dass mit allen Gemeinden, in denen die Schließung von Bankfilialen vorgesehen ist, Gespräche aufgenommen wurden. Man könne das Problem in den ländlichen Gegenden wohl verstehen, aber „Banken allein können das nicht lösen“. Man suche nun mit jeder Gemeinde individuell nach Lösungen. Beispielsweise habe man bereits einen Dienst, „cash à domicile“, eingeführt, um Hilfsbedürftige kostenlos zu Hause mit Geld zu beliefern.

Corona-Krise: Luxemburg begibt Anleihe in Höhe von 2,5 Milliarden Euro

Ein Trader beobachtet die Aktienkurse an der New Yorker Börse.

Von Pierre Leyers

Am letzten Samstag wurde das Gesetz gestimmt, schon am Dienstag machte der Staat Nägel mit Köpfen. Am Kapitalmarkt lieh er sich mittels einer Anleihe 2,5 Milliarden Euro. Die Investoren griffen in kurzer Zeit zu.

Luxemburg hat zur Abfederung von wirtschaftlichen Folgeschäden der Corona-Krise **eine Anleihe in Höhe von 2,5 Milliarden Euro begeben**. Die Anleihe teilt sich in zwei Tranchen – eine Premiere für Luxemburg – beide sind mit einem Satz von minus 0,035 Prozent negativ verzinst. Das geht aus einer Mitteilung der Regierung hervor.

Die erste Tranche in Höhe von 1,5 Milliarden Euro hat eine Laufdauer von fünf Jahren, die zweite Tranche in Höhe von einer Milliarde Euro hat eine Laufdauer von zehn Jahren. Durch die negative Verzinsung, eine derzeit an den Kapitalmärkten gängige Praxis, entsteht ein leichter Gewinn für die Staatskasse.

Das Kaufangebot wurde am 21. April eröffnet. **Die Märkte reagierten positiv, die Nachfrage übertraf bei weitem das Angebot**, was bei Luxemburg als Emittent, einem der wenigen Länder weltweit mit einer AAA-Bonität, nicht verwundert.

Ein Viertel der Zeichnungen stammte von institutionellen Luxemburger Investoren, hauptsächlich aus der Versicherungsbranche. Die übrigen Investoren gehören zur Eurozone, zu Großbritannien oder zur Schweiz.

Moratorium für 8.000 Unternehmenskredite

LUXEMBURG Hilfestellung der Banken stößt auf starken Bedarf

Christian Müller

Vor einem knappen Monat haben sechs Luxemburger Banken die Möglichkeit angekündigt, Kredite von Unternehmen mit einem sechsmonatigen Moratorium zu belegen. Seitdem wurden satte 8.000 Unternehmenskredite eingefroren.

Vor fast einem Monat, am 25. März, hatte Finanzminister Pierre Gramegna ein Paket an Stützungsmaßnahmen in Höhe von 8,8 Milliarden für die Wirtschaft angekündigt. Mit dabei waren Kurzarbeit und andere Direkthilfen (1,75 Milliarden Euro), Verzögerungen bei Steuer- und Sozialabgaben (4,5 Milliarden Euro) sowie ein System, um Unternehmen Kredite mit Staatsgarantien zu gewähren (2,5 Milliarden Euro).

Weiter angekündigt hatte er in dieser Pressekonferenz, dass Luxemburgs Banken bereit seien, in der Krise Verantwortung zu übernehmen. Mehrere Banken haben ihren Unternehmenskunden angeboten, bestehende Kredite für sechs Monate einfrieren zu lassen. Eine entsprechende Übereinkunft sei mit der Regierung gefunden

worden. Sechs Luxemburger Banken bieten den kleinen und mittleren Unternehmen sowie den Selbstständigen ein sechsmonatiges Moratorium auf ihren bestehenden Schulden an, so der Minister damals. Der Schuldendienst wird eingefroren. Rückzahlungen und Zinsen werden gestoppt.

Bezüglich dieser Moratorien gab die Regierung einige Zahlen bekannt: Bis Dienstag wurden luxemburgischen Unternehmen von den Banken mehr als 8.000 sechsmonatige Moratorien gewährt. Zusammen haben diese Kredite einen Wert von mehr als 2,6 Milliarden Euro. Diese Zahlen dürften noch weiter steigen. Auch das System, um neue Unternehmenskredite mit Staatsgarantien abzusichern, ist mittlerweile gestartet. Der offizielle Startschuss fand am Dienstag, 21. April, statt. Staat und nunmehr sieben Banken setzten ihre Unterschrift unter das Papier. Es handelt sich um die BCEE, die BIL, die BGL BNP Paribas, die Banque de Luxembourg, Raiffeisen, ING und die Bank of China.

Neue Kredite mit einem Gesamtvolumen von bis zu 2,5 Mil-

liarden Euro, die die Unternehmen krisenbedingt aufnehmen wollen, können somit nun mit bis zu 85 Prozent vom Staat garantiert werden – die restlichen 15 Prozent des Risikos übernehmen die Banken. Das bedeutet, dass das Darlehen für die Bank weniger Risiko beinhaltet – so steigt die Chance der Unternehmen, ein Darlehen zu erhalten. Die einzelnen Darlehen dürfen maximal 25 Prozent des Jahresumsatzes des Betriebs betragen. Von den Garantien wird jedoch nicht jedes Unternehmen profitieren können. Die Banken werden die einzelnen Dossiers laut den mit der Regierung abgemachten Bedingungen analysieren. Bei den Moratorien sind insgesamt 98 Prozent der gestellten Anträge gewährt worden, schreibt die Regierung.

Auch sind Kredite und Moratorien für die Unternehmen nicht kostenfrei. Im Monat Februar lag der durchschnittliche Zinssatz für neue Kredite (unter einem Jahr, weniger als eine Million) laut den Zahlen der Luxemburger Zentralbank immerhin bei 1,6 Prozent.



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

CORONA-PANDEMIE

Transport und Logistik

Luftbrücke nach Fernost

In der Corona-Krise kommt Luxemburg die Logistikerfahrung der Cargolux zugute

Luxemburg. Besondere Zeiten für Cargolux: Mitten in der Corona-Pandemie erweist sich die Luftfrachtgesellschaft als perfekt geeignetes Instrument, um sowohl logistische als auch medizinische Ausrüstung aus aller Welt nach Luxemburg zu fliegen. So wurden in den vergangenen Tagen mit insgesamt sechs Flügen von Bari aus Lazarettzelte eingeflogen. Die beheizten Zelte, die mit Sanitäreinrichtungen bestückt werden können, wurden auf Anfrage bei der NATO-Agentur für Logistik und Un-

terstützung NSPA beordert. Laut Mobilitätsminister François Bausch handelt es sich hierbei um eine Möglichkeit, die Bettenkapazität der Krankenhäuser zu vergrößern. Medizinisches Material wurde aus Italien nicht eingeflogen. Dafür wartet man aber jetzt auf Lieferungen aus China, insbesondere Masken und Beatmungsgeräte. Diese sollen im Laufe der nächsten Woche aus Henan, Peking und Shanghai eintreffen.

jag

Klinik an Bord

Cargolux bringt 200 Betten sowie Beatmungsmaschinen

LUXEMBURG

CORDELIA CHATON

Mit insgesamt sechs Flügen hat Cargolux eine provisorische Klinik nach Luxemburg gebracht. Sie zählt 200 Betten, davon sind 100 mit Beatmungsmaschinen ausgestattet. Derzeit wird sie vom Bauunternehmen Félix Giorgetti neben dem CHL aufgebaut, wie Premier Xavier Bettel bestätigte, der selbst mit Gesundheitsministerin Paulette Lenert vor Ort war. Das Material kommt von der Nato-Basis im süditalienischen Taranto. Zur Anlieferung waren sechs Flüge von Bari nach Luxemburg notwendig. Die Lieferung besteht aus 56 Containern. Sie enthalten zusätzliche medizinische Kapazitäten, um der steigenden Anzahl an Covid-19-Patienten in Luxemburg gerecht zu werden. Cargolux drückte seinen Stolz darüber aus, als Luxemburger Unternehmen seinen Beitrag in diesen schwierigen Zeiten leisten zu können. Taranto ist mit der „Nato Support and Procurement Agency“ (NSPA) in Capellen verbunden, da Taranto das südliche Operationszentrum ist; weitere gibt es in anderen Ländern. Die Logistik- und Materialakquirierungsagentur des Verteidigungsbündnisses, die rund 1.100 Mitarbeiter aus den 29 alliierten Ländern beschäftigt, wurde vor 62 Jahren gegründet und ist seit 52 Jahren in Luxemburg beheimatet.

Nachschub aus China

Cargolux fliegt derzeit viel im Rahmen des Coronavirus. Noch Ende Februar brachte der Frachtflieger in Koordination mit dem Mobilitätsministerium 75.000 Atemschutzmasken und 44.000 Desinfektionstücher nach China, um seinen Geschäftspartner CGO und das Land zu unterstützen. Nun folgt die positive Antwort, wie das „Tageblatt“ meldet. Am späten Montagabend soll Nachschub aus China für Luxemburg kommen. Dies habe Außenminister Jean Asselborn der Zeitung bestätigt, hieß es. Asselborn habe das chinesische Außenministerium um Hilfe gebeten. Diese erfolgt nun konkret. Das „Tageblatt“ schreibt, fünf Millionen Atemschutzmasken für medizinisches Personal und Ärzte, 4,7 Millionen Paar Schutzhandschuhe, 50 Beatmungsgeräte, 120.000 Schutzbrillen und 1,1 Millionen weitere Schutzmasken würden in Luxemburg ankommen. Um die Verteilung der Ware, die einen Wert von rund 14 Millionen Euro haben soll, wird sich das Militär kümmern. Laut Asselborn käme auch noch eine weitere Lieferung von zehn Beatmungsgeräten, falls diese sich nicht im ersten Frachtflieger befinden. Weitere Lieferungen wie Schutzkleidung für Krankenhauspersonal, weitere zwei Millionen Schutzbrillen sowie 90 Beatmungsgeräte sind geplant. Laut dem „Tageblatt“ hat Asselborn in Südkorea darüber hinaus auch Medikamente bestellt. ●



Premier Xavier Bettel und Gesundheitsministerin Paulette Lenert wohnten dem Aufbau des provisorischen Krankenhauses persönlich bei

Foto: EMA

500 000 Schutzmasken aus Henan

Wie dringend benötigtes medizinisches und logistisches Material nach Luxemburg gelangt

Interview: Jacques Ganser

Zelte als Krankenhausvergrößerung, medizinisches Material aus China. Mobilitätsminister François Bausch erklärt die Hintergründe der aktuell laufenden Materiallieferungen aus NATO-Beständen und die ungewöhnliche Rolle der Cargolux als Logistikspezialist.

François Bausch, wie sieht es mit den erwarteten Lieferungen aus China aus?

Wir haben zum Glück sehr gute und auch persönliche Beziehungen zur Provinz Henan, die wir ja auch in den letzten Jahren intensiv gepflegt haben. Die Chinesen sind an uns herangetreten, weil wir ihnen zu Beginn der Krise eine ganze Flugzeugladung Material geliefert haben. Das wurde nicht vergessen. Sie schicken uns insgesamt 500 000 Masken, rund 100 000 Schutzanzüge, 6 000 Brillen und Thermometer. Das Ganze ist ein Geschenk der Provinz Henan an Luxemburg.

Es wurden aber auch Beatmungsgeräte und anderes Material bestellt?

Ja, aber da handelt es sich um Material, das wir auf dem Weltmarkt, und vor allem in China bestellt haben. Aber da werde ich erst zufrieden sein, wenn es eingetroffen ist. Es ist eine Riesensbestellung, und die Cargolux soll das Material im Laufe der kommenden Woche aus Schanghai, Peking und aus der Provinz Henan nach Luxemburg fliegen. Dazu muss man bedenken, dass die Flughäfen in China noch längst nicht alle wieder im Normalbetrieb sind. So musste ein Teil der Waren per Laster von Peking nach Zhengzhou verbracht werden. Aber allgemein gilt der Grundsatz: Wir nehmen alles, was wir aus China oder anderen Staaten nach Europa fliegen können.

Es gab auch eine Anfrage bei der Nato. Um welches Material handelt es sich hier genau?

Da die NATO-Logistik-Agentur NSPA (NATO Support and Logistic Agency) sich in Capellen befindet, fragten wir nach, ob sie uns Material zur Verfügung stellen könnten. Wir haben ja wie andere Staaten auch eine Armee, aber wir haben natürlich nicht die gleichen Materialmöglichkeiten wie diese Länder. Dazu gehören eben Spezialzelte zum Aufbauen von Lazaretts, wie man sie uns jetzt zur Verfügung stellt. Die luxemburgische Armee besitzt natürlich Zelte, es handelt sich dabei aber um einfache Feldzelte, die sich nicht für das Unterbringen von Patienten eignen. Die Zelte, die wir jetzt bekamen, sind beheizt und mit speziellen Sanitäranlagen versehen.

Es handelt sich hier also nicht um medizinisches Material?

Absolut nicht. Diese NATO-Lieferung umfasst keine Beatmungsgeräte oder sonstiges medizinisches Material. Wir würden ja zu diesem Zeitpunkt wohl nicht auf die Idee kommen, Beatmungsgeräte aus Italien einzuführen. Es geht einfach darum, einen ordentlichen, sauberen und geschlossenen Raum aufzubauen, um unsere Bettenkapazität zu erhöhen. Später sollen hier beim Centre hospitalier de Luxembourg (CHL) bis zu 100 infizierte Patienten untergebracht werden. Allerdings nur die leichten Fälle, eine intensivmedizinische Versorgung wird es dort nicht geben. Dadurch werden aber im Krankenhaus 100 Betten frei. Normalerweise können die Zelte bis zu 300 Verletzte aufnehmen. Da wir wegen der Infektion aber gewisse Abstände berücksichtigen müssen, haben wir die Aufbauten für maximal 100 Pati-

enten eingerichtet.

Aber das Material wurde aus Italien angeliefert?

Das ist einzig darauf zurückzuführen, dass die NATO-Agentur dort über ein Hauptmateriallager verfügt. Jeder NATO-Staat kann dort Material abrufen lassen, auch Italien, aber die anderen Staaten verfügen wohl ohnehin über diese Strukturen.

Wie verlief die Planung dieser Aktion?

Wir sprachen mit der zuständigen NATO-Agentur, die sofort grünes Licht gab, anschließend suchten wir mit CHL-Direktor Dr. Romain Nati nach einem geeigneten Standort. Dann bereitete das Bauunternehmen Giorgetti den Untergrund vor. Am Aufbau beteiligt sind das Militär, Experten der NSPA und Arbeiter des genannten Bauunternehmens, die jetzt ohnehin freigestellt sind. Denkbar ist auch eine weitere solche Struktur an einem anderen Standort, wir haben da noch etwas Reservens. Beim CHL entsteht damit eine Art modulare Zeltstadt.

Und die ganze Transportaktion wurde über die Cargolux abgewickelt?

Die größte Herausforderung war das Organisieren der Flüge. Insgesamt wird die Gesellschaft bis Sonntag (gestern) sechs Shuttleflüge nach Süditalien durchführen. Das Lager befindet sich 100 Kilometer von Bari entfernt. Zuerst mussten wir ein geeignetes Transportunternehmen ausfindig machen, welches das Material zum Flughafen bringt. Am Flughafen Bari landen zudem im Normalfall keine Boeing 747, zudem besteht dort praktische keine Infrastruktur für das Beladen dieser Flugzeuge. Dank der Logistikerführung der Cargolux und der weltweiten Kontakte konnte die-

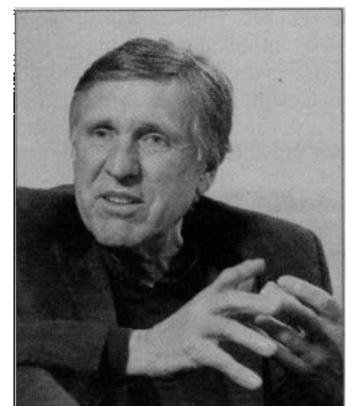
ses Problem aber dann mit eigenem Personal gelöst werden. Es ist fantastisch, was die Cargolux hier geleistet hat. Der Vertreter der NATO-Agentur meinte, dass man im Normalfall fünf Tage für diese Aktion benötigt, hier schaffte man es in 24 Stunden.

Das heißt, das Unternehmen ist zurzeit stark gefragt?

Sehr stark. Das liegt auch daran, dass die Passagierflieger alle am Boden sind. Die Fracht, die sie normalerweise übernehmen, fällt jetzt auf die Cargolux. Zudem sind sowohl Cargolux als auch das CargoCenter auf das Handling von pharmazeutischen Produkten spezialisiert. Das spielt uns alles in die Hände. Das einzige Problem ist das Personal, wo es zeitweise zu Engpässen kommt. Wir haben deshalb bereits Personal von CFL-Cargo abgezogen.

● **Die Chinesen**
● **haben nicht vergessen, dass wir ihnen geholfen haben.**

François Bausch, Mobilitätsminister



Flug in die Verlustzone

Coronavirus: Luxair muss Aktivitäten weitgehend einstellen

LUXEMBURG/MONT ST MICHEL Der heimischen Luftfahrtgesellschaft Luxair gehen die Destinationen aus. Italien, Malta, Österreich, Griechenland, Marokko, Spanien, Portugal Tunesien, Tschechien und Ägypten haben in unterschiedlichen Variationen Restriktionen des Flugverkehrs vorgenommen. In anderen Lufträumen ist zwar der Flugverkehr nicht eingeschränkt worden, die Luftüberwachung aber wurde ausgedünnt. Hinzu kommt, dass es zunehmend an Flugpassagieren fehlt. Ausgangssperren, Telearbeit, Videokonferenzen, Skype oder Telefonate ersetzen weitgehend die persönlichen Kontakte über den Kanal oder auch den Atlantik hinweg. Der Coronavirus hat die Arbeitswelt im administrativen Bereich grundlegend verändert.

Reserven für schwierige Monate

Die Luxair ist davon nicht verschont geblieben und muss Konsequenzen ziehen, zumal die Regierung beschlossen hat, den Flughafen Findel ab Montag für den Passagierflugbetrieb zu schließen. Vom kommenden Montag um Mitternacht bis zum 20. April stellt Luxair also alle Flüge ein. Das gilt auch für die Touristik, die ihre Flüge erst am 1. Mai mit dem Beginn der touristischen Saison in Griechenland wieder aufnehmen wird, heißt es in einer Mitteilung des Unternehmens von Freitag. In diesen Zeiträumen steht die Flotte des Unternehmens still. Doch die Kosten laufen weiter. Konzernchef Adrien Ney geht daher davon aus, dass Luxair in die Verlustzone geraten wird. Für die Existenz des Unternehmens sieht er allerdings keine Gefahren. „Wir haben Reserven, die es uns ermöglichen, schwierige Monate zu überstehen“, sagte er gegenüber dem „Luxemburger Wort“. Eine Bitte um ein Gespräch mit dem „Journal“ blieb seitens der Ge-

sellschaft ohne Antwort. Alle bereits gebuchten Reisen zwischen dem 16. März und dem 30. April sind abgesagt. Das gilt auch für Metropolis-Reisen. Wer seine Reise direkt bei Luxair gebucht hat, erhält vom Unternehmen in den kommenden Wochen einen Gutschein, mit dem eine neue Reise gebucht werden kann. Allerdings: Der Gutschein gilt nur für einmaliges Buchen. Wer eine Luxair-Reise in einem Reisebüro gebucht hat, muss sich an das Reisebüro wenden, teilte die Fluggesellschaft mit. Luxair ist nicht die einzige Fluggesellschaft, die derzeit ihren Flugverkehr einstellt. Einen zeitweisen Stopp ihrer Flüge haben auch SN Brussels Airlines, Austrian Airlines, SAS Scandinavian Airlines die polnische Gesellschaft LOT und auch Air Baltic bereits verfügt.

Lange Durststrecken in Sicht

Die großen Fluggesellschaften sind ähnlich betroffen. Air France hat angekündigt, dass bisher über 200 Millionen Euro an entfallenen Einnahmen aufgelaufen seien. Die Gesellschaft wird bis zu 90 Prozent ihrer Flüge einstellen, nachdem auch der Transatlantik-Verkehr fast völlig zum Erliegen gekommen ist. Lufthansa hat angekündigt, dass 23.000 Flüge in Deutschland und Europa gestrichen werden und die gesamte Flotte des Großraumflugzeugs A 380 am Boden bleiben wird. Alitalia schließlich, chronischer Konkurskandidat, geht in die Hände des italienischen Staates über. Und noch einmal Lufthansa: Das Unternehmen hat sich bei der deutschen Bundesregierung als Kandidat für eine Überbrückungshilfe gemeldet. Air France in Frankreich gilt als Kandidat für eine Staatsbeteiligung. Luxair befindet sich in guter Gesellschaft.

HELMUT WYRWICH



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

CORONA-PANDEMIE

Tourismus

Dreiländereck beweist Solidarität

ORTSBESUCH (1) Moselgemeinde Schengen zeigt Flagge

Marco Goetz

Die Gemeinde Schengen an der Mosel behält auch in Krisenzeiten ihren Reiz und blickt nach vorne. Bedauert wird allerdings, dass die Geselligkeit in der Weingegend momentan etwas zu kurz kommt. Trotzdem lässt man sich die Lebensfreude nicht nehmen. An den Baggerweihern entstehen neue Stege und im Dorf wird gemunkelt, dass im Schloss bald wieder ein Hotel unterkommen soll. Schengen und andere Gemeinden im Dreiländereck wollen am kommenden Dienstag aber auch Flagge zeigen. Es soll ein Zeichen gesetzt werden für Solidarität und gegen Grenzsicherungen, wie Bürgermeister Michel Gloden im Rahmen des Auftakts unserer neuen Serie „Ortsbesuch“ betont hat.

Ostern steht vor der Tür. An der Mosel grünt und blüht es. Ein einsamer Vespa-Fahrer tuckert durch die Gegend. Es ist Michel Gloden, Bürgermeister von Schengen, der sich mit seinem Motorrad einen Überblick über seine Gemeinde verschaffen möchte.

Gegen 9 Uhr öffnet er die Tür zum Rathaus in Remerschen. In den Büros ist es ruhig. „Viele arbeiten im Home-Office, aber alle Dienste sind besetzt und operationell“, sagt er. In seinem Büro gibt es einen starken Kaffee. Ein guter Auftakt für einen „Ortsbesuch“ und die Frage: „Was gibt's Neues?“

Rund 5.000 Einwohner zählt die Gemeinde mit ihren neun Dörfern. „Von der Fläche her ist es die größte Weinbaugemeinde an der Mosel“, so der Bürgermeister. Da viele der Einwohner im Weinbau arbeiten, hätten sie auch in diesen Zeiten genug zu tun.

Geselligkeit ist
Lebensqualität

Doch die Menschen an der Mosel

würden die Geselligkeit vermissen, sagt der Bürgermeister: „Feste feiern, zusammenkommen, sich austauschen, ein Glas Wein trinken, das ist tief in den ‚Genen‘ dieser Region verankert. Wenn diese Feste, wie zum Beispiel der Weinmarkt am 17. April in Grevenmacher, nicht stattfinden, dann fehlt ein Stück Lebensqualität.“ Die Bewohner seiner Gemeinde würden bislang aber keine ausgeprägten Zeichen von Lagerkoller zeigen, klar sei aber, dass sie schnellstmöglich aus dieser Situation rauswollen, so Gloden.

Das wollen auch die Mitglieder des Gemeinderates, die alle technischen Möglichkeiten nutzen, um ihre Arbeit zu erledigen. Teilweise von zu Hause aus. Am liebsten aber vor Ort, im Sitzungssaal – selbstverständlich mit der nötigen Distanz.

Seit 2006 besteht eine Städtepartnerschaft zwischen Schengen und Ischgl in Österreich. „Wegen des Umgangs des Wintersportortes mit Covid-19 soll es in der Gemeinde einige Stimmen gegeben haben, die eine Aufkündigung der Partnerschaft forderten. Wir werden das selbstverständlich nicht tun!“, so Gloden.

Die Gemeinde ist nicht nur Heimat vieler Winzer, sondern auch die des Stararchitekten François Valentiny. Zahlreiche Gebäude zeugen von seinem Schaffen, viele Privathäuser, Restaurants, das Europamuseum, das Weingut von Henri Ruppert mitten in den Weinbergen, die Valentiny Foundation oder zum Beispiel noch das Biodiversum an den Baggerweihern in Remerschen. An einem der Weiher werden übrigens neue Stege angelegt, um es Besuchern zu ermöglichen, zu fischen oder zu chillen. Wie es mit der Badesaison weitergeht, kann Michel Gloden nicht sagen.

Austausch unter Freunden

Aus dem geplanten Zwiegespräch wird plötzlich mehr. Die Bürgermeister von Mondorf und Re-

mich, Steve Reckel und Jacques Sitz, treffen ein. „Wir wollen darüber beraten, wie wir uns in dieser Situation vielleicht besser koordinieren und Zusammenhalt zeigen können“, sagt Gloden. Die Kollegen Sitz und Reckel sehen das genauso.

Wenig Verständnis haben sie zum Beispiel dafür, dass der Recycling-Park Hein in Bech-Kleinmacher geschlossen hat. „Inzwischen finden wir Abfall entlang der Straßen, Wege oder im Wald“, sagt Jacques Sitz. Unverständnis gibt es auch darüber, warum „Moes“, der Fachmarkt für Haushalt und Garten in Remich, geschlossen bleiben muss. Eigentlich sei das doch nichts anderes als ein Supermarkt und gerade jetzt wichtig, da die Bürger in der Quarantäne viel Zeit damit verbringen würden, Haus und Garten in Ordnung zu bringen.

Etwas später stößt auch noch Ralf Uhlenbruch hinzu. Er ist Bürgermeister der auf der anderen Seite der Mosel liegenden Gemeinde Perl. Ein sympathisch wirkender Mann, der sich, so scheint es, ein wenig dafür schämt, dass Bund und seine Landesregierung die Quasi-Schließung der Grenzen zu Luxemburg beschlossen hat.

Die vier Bürgermeister können gut miteinander. Sie scheinen die Verkörperung dessen zu sein, was immer als das Europa der Regionen bezeichnet wurde. Ein Europa, das von den Bürgern geschaffen und gelebt wird und nicht von Politikern diktiert werden muss. Dieses Europa aber ist jetzt infrage gestellt. Doch die vier nehmen das nicht einfach so hin. Deshalb wollen sie am kommenden Dienstag ein Zeichen setzen und Solidarität zeigen (siehe Kasten).

„Schengen ist die Ortschaft, wo am 14. Juni 1985 das erste Schengener Abkommen unterzeichnet wurde. Also der Grundstein des grenzenlosen Europas. Das verpflichtet!“, sagt Gloden: „Solidarität ist mehr als nur ein Wort.“ Am Dienstag wollen sie das unterstreichen, und wer weiß, vielleicht

auch am kommenden 14. Juni.

Traumschleife im Dreiländereck

In der Gemeinde Schengen liegt auch einer der wenigen Wanderwege des Landes, die mit dem Prädikat Traumschleife ausgezeichnet sind. Beim Europazentrum in Schengen ist Start und Ziel. Die Wanderung über rund 8 Kilometer verlangt einem dann doch schon etwas ab. Es geht rauf und runter. Wie im richtigen Leben. Durch Wälder und Weinberge, über Anhöhen und entlang an bizarren Felsformationen. Es ist eine Grenzwanderung im Dreiländereck. Französischen Boden betritt man. Deutschland, das Saarland, die Ortschaft Perl hat man im Blick.

Wer diese Wanderung bereits

unternommen hat, hat vielleicht im Hof des Schengener Schlosses geparkt oder ihn zumindest überquert. Der Weg zur Traumschleife führt nämlich, laut Hinweisschildern, über den Hof des Schlosses der Familie Collart und vorbei am Turm, der 1871 von Victor Hugo bei einem Besuch im Schloss gemalt wurde. Dieser Weg ist jetzt gesperrt.

„Das Schloss gehört heute der Firma Rollinger. Es ist also in der Tat Privatbesitz. Deshalb hat der Besitzer auch einen Pächter einquartieren dürfen, der in diesen Zeiten für Ordnung sorgt und das Anwesen schützt“, erklärt Michel Gloden. Was Rollinger mit dem Schloss vorhat, weiß er nicht. Allerdings wird im Moselstädtchen gemunkelt, dass es, wieder, ein Hotel werden soll. Von Nachteil wäre das definitiv nicht.

Unweit des Europazentrums befindet sich auch das Schiffs-

quai, an dem in der Saison das Passagierschiff „Princesse Marie-Astrid“ anlegt. Die Prinzessin hat sich dieses Jahr leider noch nicht blicken lassen. Am Quai ankern dafür jetzt des Öfteren Transportschiffe, die nach Frankreich wollen, aber nicht können, weil die Franzosen abends um 18 Uhr die Schleuse schließen. Protektionistisches Gehabe, wie auch die Grenzschießung zu Deutschland, denkt der Beobachter.

Was soll's. Der Ortsbesuch in Schengen zeigt, dass man als Freunde in der Krise auch über geschlossene Grenzen hinweg zusammenhalten kann. Vor allem, wenn man die Lebensfreude dabei nicht vergisst und sich dem europäischen Geist verpflichtet fühlt. Die Kirchen der Gemeinde bleiben über Ostern übrigens geöffnet. Wer beten will, soll beten können, meint Michel Gloden.



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

CORONA-PANDEMIE

Verschiedenes

Alle durchtesten

Paulette Lenert und Claude Meisch kündigen Bevölkerungsstudie an

Von Annette Welsch

Luxemburg hat eine Reproduktionszahl von 1: Eine Person steckt derzeit in Luxemburg noch eine weitere Person mit dem Covid-19-Virus an. Das teilte Gesundheitsministerin Paulette Lenert (LSAP) gestern mit, als sie gemeinsam mit Forschungsminister Claude Meisch (DP) einen weiteren Baustein in der Strategie der Regierung vorstellte, gegen das Virus vorzugehen: Getestet wird ja schon viel. Nun kommt eine großflächige Durchtestung auf das Virus der gesamten Bevölkerung plus der Grenzgänger aus der Großregion hinzu (siehe Seite 2).

Ab 19. Mai sollen jeden Tag 20 000 Personen in 17 über das Land verteilten Drive-through-Teststationen einen Abstrich gemacht bekommen, um zu prüfen, ob sie Covid-19-positiv sind. Innerhalb von einem Monat soll so die ganze Bevölkerung erfasst sein. Verwendet wird ein ganz neuer Test, der erst am vergangenen Freitag zugelassen wurde. Entwickelt wurde er vom luxemburgischen Labor Fast Track Diagnostics, das zu Siemens Healthineers gehört.

40 Millionen Euro

40 Millionen Euro wird das Projekt, dessen Teilnahme auf freiwilliger Basis erfolgt, kosten und es wird vom Forschungsministerium bezahlt. Die Task Force Covid-19 von Research Luxembourg, dem das Luxembourg Institute of Health (LIH), das Luxembourg Institute of Science and Technology (LIST), das Luxembourg Institute of Socio-Economic Research (LISER), die Uni.lu und der Fonds National de la Recherche (FNR) angehören, hat diese Strategie in Zusammenarbeit mit dem Forschungs- und dem Gesundheitsministerium entwickelt – sie wurde im Ministerrat am vergangenen Freitag angenommen. „Es ist

ein ganz ambitioniertes Programm“, betonte Lenert.

Dass weiter mit dem Covid-19-Virus, so gut es geht, gelebt werden muss, so lange dagegen keine Impfung und keine Medikamente verfügbar sind, wurde schon oft betont. Auch gestern wies Lenert wieder darauf hin, betonte aber auch, dass man mittlerweile mehr über das Virus wisse – nicht zuletzt, welche Pflege und was an Schutzmaterial gebraucht wird – und sich die Situation auf den Intensivstationen und bei den Neuinfektionen beruhigt habe.

Dadurch würden nun neue Schritte möglich, es gelte aber, beim „déconfinement“ weiterhin drei Ansätze zu verfolgen: die Verbreitung des Virus durch die Distanz- und Schutzregeln verlangsamen; es durch Testen ermöglichen, die Infizierten zu isolieren; schließlich gemeinsam mit der Forschung daran arbeiten, das Virus besser zu verstehen. Die Forschung sei dafür ein unerlässlicher Akteur.

„Das Virus ist Neuland, wir mussten uns erst aufstellen“, erklärte Lenert die bisherige Teststrategie. Das Staatslabor sei zwar schon in der Lage gewesen, Tests durchzuführen, noch bevor in Luxemburg Fälle auftauchten. Dass aber anfangs nur bei Symptomen ein Covid-Test verschrieben wurde, erst später auch beim Verdacht und derzeit schon proaktiv, lag an der Verfügbarkeit der Tests und ihrer Qualität. Zu oft habe es anfangs falsche Ergebnisse gegeben. Und: „Wir können nur mit dem Material arbeiten, das uns auch zur Verfügung steht.“

Derzeit wird systematisch in den Krankenhäusern, in den Alten- und Pflegeheimen, auf den wieder geöffneten Baustellen (sogenannte Cluster-Prävalenztests) und demnächst auch in den Schulen getestet. „Langsam kommen ganz gute Zahlen zusammen und

auch ganz beruhigende“, sagte Lenert, möchte aber erst noch weitere Daten abwarten, bevor erste Resultate kommuniziert werden.

Daneben wurde mit der repräsentativen ConVince-Studie begonnen. 1 818 für die Bevölkerung repräsentative Personen werden regelmäßig ein Jahr lang auf das Virus, aber auch Antikörper getestet. Ende der Woche sollen erste Resultate bekannt gegeben werden.

Alle Tests sind freiwillig

„Alle Tests sind freiwillig, aber wenn wir uns alle testen lassen, schützen wir uns und unsere Mitbürger“, betonte Meisch. „Wir mussten ganz viele Sektoren ruhigstellen. Testen heißt nun auch, ein Stück Freiheit zurückgeben zu können.“ Er verwies auch auf die Covid-Tests von Schülern der Abschlussklassen und ihren Lehrern, die am 4. Mai den Schulunterricht wieder aufnehmen, und richtete „einen warmen Appell an Primaner und Lehrer mitzumachen“.

Das Virus verstehen, es kontrollieren, testen, um Informationen zu erhalten und gezielt Infizierte zu isolieren, seien die Ziele. „Die ganze Forschungsgemeinschaft hat sich spontan mobilisiert und gemeinsam geschaut, wie sie ihre Kompetenzen einsetzen kann“, lobte Meisch. 69 Covid-Forschungsprojekte seien beim Nationalen Forschungsfonds FNR schon eingereicht, und 30 seien ausgewählt worden, die insgesamt mit 1,52 Millionen Euro bezuschusst werden.

● Wenn wir uns alle
● testen lassen,
schützen wir uns
und unsere
Mitbürger.

Claude Meisch

Flächendeckend testen

Bis zu 20.000 Tests am Tag: Tests im großen Maßstab sollen Antworten auf das Coronavirus liefern und die Aufhebung des Lockdowns beschleunigen

LUXEMBURG

CHRISTIAN BLOCK

Auch wenn sich die Covid-19-Infektionszahlen verbessern und sich Stand Dienstag noch etwa 20 Personen auf der Intensivstation befanden, so bleibt das Coronavirus und mit ihm die Gefahr eines erneuten Ausbruchs dennoch präsent. Um das Virus besser zu verstehen, soll die Bevölkerung in Luxemburg voraussichtlich ab dem 19. Mai im großen Stil getestet werden. „Mit dem Virus leben heißt, das Virus zu verstehen“, sagte Bildungs-, Hochschul- und Forschungsminister Claude Meisch (DP) gestern anlässlich einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Gesundheitsministerin Paulette Lenert (LSAP). Die flächendeckenden Tests sollen allerdings auch dabei helfen, die Lockdown-Periode zu verkürzen. „Es geht hier darum, ein Testing in sehr großem Maßstab machen zu können, wo wir im maximalen Ausbau die gesamte Bevölkerung des Landes innerhalb eines Monats testen könnten“, so Meisch weiter. Bis zu 20.000 Tests sollen dazu täglich an 17 verschiedenen Drive-In-Zentren durchgeführt werden. Der Kostenpunkt für das Hochschul- und Forschungsministerium beläuft sich dabei auf knapp 40 Millionen Euro.

Auf der Suche nach den Asymptomatischen

Prof. Dr. Ulf Nehrass, Direktor des „Luxembourg Institute of Health“ (LIH) und Sprecher der Task Force Covid-19 Research Luxembourg, erklärte, dass es womöglich eine hohe Anzahl an Personen gibt, die mit dem Coronavirus infiziert ist, aber keine Symptome hat. Vom Übergang in eine Lockerung der beschlossenen Maßnahmen „wird gerade diese Anzahl an asymptomatisch positiven Patienten sehr relevant“ - auch wenn die Ansteckungsketten inzwischen nahezu linear, also nicht mehr exponentiell verlaufen.

Die ersten Tests laufen bereits in dieser Woche: Rund 6.000 Schüler der Abschlussklassen im „Secondaire“ und 2.500 Lehrer haben die Möglichkeit, sich vor einem geplanten, aber umstrittenen Rückkehr in den Klassensaal ab 4. Mai testen zu lassen.

Nehrass appellierte an die Bevölkerung zu einer breiten Teilnahme. Es sei ein „wichtiger Beitrag für die Machbarkeit des ‚Deconfinement‘.“ Die Teststationen sollen laut offiziellen Angaben in den „kommenden Tagen und Wochen“ eingerichtet werden.

Projektaufruf für PPPs

Der nationale Forschungsfonds FNR hat indes einen Projektaufruf für

Public-Private-Partnerships gestartet. Privatunternehmen und öffentliche Forschungseinrichtungen müssen demnach bis heute 14.00 gemeinsame Projektvorschläge zu aktuellen und zukünftigen Herausforderungen in Bezug auf COVID-19 auf lux-covid19.lu veröffentlichen, um förderfähig zu sein. Die Einreichungsfrist ist am 11. Mai. Die nach einer Evaluierung durch den FNR, das Wirtschaftsministerium mit Unterstützung von Luxinnovation zurückgehaltenen Projekte werden dann eine Finanzierung jeweils durch den FNR und das Wirtschaftsministerium erhalten. ●

„Mit dem Virus leben heißt, das Virus zu verstehen“

CLAUDE MEISCH Bildungs- und Forschungsminister

FLÄCHENDECKENDES TESTING

Wie funktioniert der Ablauf?

1. Für das flächendeckende Testing wird die Bevölkerung inklusive Grenzgänger in Kontingente von 50.000 bis 100.000 Menschen eingeteilt. Zusammensetzung und Test-Zeitrahmen bestimmt die Regierung. „Die COVID-19 Task Force empfiehlt jedoch, bei der Entscheidung über die Priorisierung u.a. folgende Aspekte zu berücksichtigen: Altersstruktur und Anzahl der Menschen im Sektor; Arbeitsbedingungen (ist physical distancing am Arbeitsplatz möglich, ist Homeoffice möglich, etc.); wirtschaftlicher Einfluss des Sektors“, heißt es in einer Infografik.
2. Jedes Kontingent wird „individuell in den nächsten Monaten“ auf das Sars-Cov-2-Virus getestet (freiwilliger PCR-Test nach Rachenabstrich)
3. Bei einem negativen Test können die Beschränkungen aufgehoben werden und die Betroffenen zurück zur Arbeit oder Schule. Social Distancing, Händewaschen und Maskenpflicht gelten weiter. Kleinere Stichproben sollen in regelmäßigen Abständen erneut getestet werden.
4. Im Falle eines positiven Tests - mit oder ohne Symptome - müssen die Betroffenen in häusliche Quarantäne bzw. medizinisch versorgt werden. Dann Tracing und Testung der Kontaktpersonen.

LJ

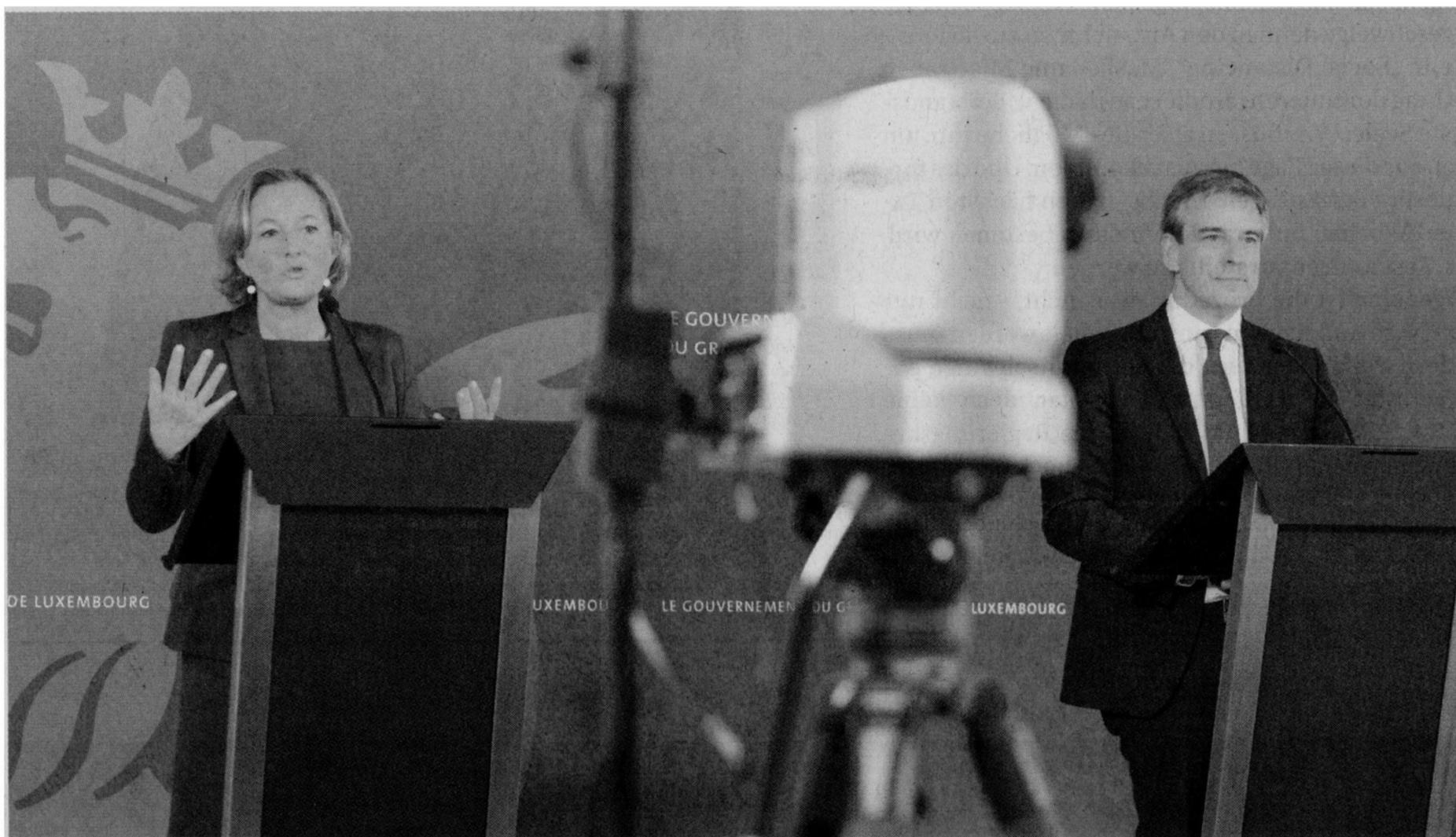
COVID-19-PROGNOSEN

„Die Parameter werden laufend angepasst“

Seit vergangenem Freitag sind die ersten Simulationen zum Verlauf der Covid-19-Epidemie in Luxemburg öffentlich. Erstellt wurden sie von der „Covid-19-Task Force“, die von der hiesigen Forschungsgemeinschaft gebildet wurde (Luxembourg Institute of Health, Luxembourg Institute of Socio-Economic Research, Luxembourg Institute of Science and Technology, Laboratoire National de Santé, Universität, Fonds National de la Recherche). Die mittelfristigen Prognosen beinhalten fünf Szenarien. Wie verbreitet sich die Krankheit bei einem andauernden „Lockdown“? Wie bei einer völligen Aufhebung der Ausgangsbeschränkungen ab dem 4. Mai? Wie bei einer Öffnung der Baustellen ab dem 20. April ohne Tests und „Backtracking“ der Infektionskette und wie mit? Im ersten Szenario würden die Infektionen über den Sommer abflachen, die durchschnittliche Zahl der Sterbefälle würden sich bei um die 200 einpendeln. Im zweiten Szenario würde die Zahl der Infizierten und Covid-Toten explodieren. Rund 2.000 Opfer wären zu verzeichnen, die Intensivstationen in den Kliniken würden im Sommer an ihre

Grenzen stoßen - und zwar über längere Zeit... „Es sind Projektionen, die wir aufgrund globaler Modelle erstellt haben, mit einer Netzwerkerweiterung auf Luxemburg“, erklärt Alexander Skupin, Forscher am „Luxembourg Centre for Systems Biomedicine“ der Uni Luxemburg. So wurde auf Berechnungsmodelle etwa aus Österreich, Italien oder Großbritannien zurückgegriffen. Ende März, Anfang April war die Datenlage zur Verbreitung von Covid-19 in Luxemburg noch spärlich, es musste zunächst „viel auf die Literatur“ zurückgegriffen werden, so Skupin, der derzeit an der zweiten Version der Prognosemodelle arbeitet, die noch diese Woche veröffentlicht werden soll. Eine dritte Version soll indes noch detailliertere Modelle auf Basis von Erkenntnissen über Haushalte mit infizierten Personen ergeben. Was die Datenlage besser ist, was genauere Projektionen erstellt werden können. „Die Parameter werden laufend angepasst“, sagt Skupin, für den die Ergebnisse der von der Regierung angekündigten großflächigen Covid-19-Tests sehr wichtig sind. Die Modelle bekommt natürlich der Krisenstab der Regierung, als, wie der Forscher sagt „ein Element“ der Entscheidungsfindung.

CLK



„Das Virus ist noch immer da“, sagt Gesundheitsministerin Lenert. Es sei wichtig, die Verbreitung des Virus zu verhindern, weiter zu testen und das Virus besser zu verstehen

Foto: SIP/Jean-Christophe Verhaegen

Das Virus in Zahlen

Schuldirektor Marcel Kramer erstellt seit Wochen

Grafiken über den Covid-19-Verlauf in der Bevölkerung

Von Diana Hoffmann

Luxemburg. Seit Wochen werden täglich Zahlen addiert: Corona-Infizierte, Corona-Hospitalisierte, Corona-Tote. Es wirkt nach einer nicht enden wollenden Katastrophe. Das entspricht aber nicht ganz der Realität, denn es gibt auch gute Nachrichten. Diese werden sichtbar, je nachdem wie die vom Gesundheitsministerium publizierten Zahlen dargestellt werden.

Jemand, der diese Zahlen verbildlicht, ist Marcel Kramer, Direktor des Lycée classique de Diekirch (LCD). Seit dem Lockdown erstellt der Physiklehrer Diagramme zum Verlauf der Pandemie. Diese veröffentlicht er in den sozialen Medien. Und trifft damit einen Nerv. Die Resonanz war von Anfang an riesig.

Zum Erstellen seiner Diagramme nutzt er das sogenannte SEIR-Modell, ein bei Virologen bewährtes Instrument, um den Verlauf einer Epidemie zu berechnen. Dieses füttert er mit den täglich veröffentlichten Zahlen, sodass sich ein Trend für die kommenden zwei bis drei Tage sowohl für die Anzahl der Neuinfektionen als auch für die aktiven Infektionen ablesen lässt. „Anfangs stieg die Kurve der Gesamtinfektionen exponentiell an, da ein Erkrankter mehr als eine weitere Person ansteckte“, erklärt Kramer. Nach den ersten Maßnahmen des Lockdown am 16. März zeigten sich ab Anfang April positive Auswirkungen.

Was aber passiert wäre, wenn der Lockdown nur vier Tage später in Kraft getreten wären, hat der Physiklehrer ebenfalls simuliert. Dabei hat er einfach Parameter, wie etwa die Infektionsrate, die zum Zeitpunkt des Lockdown galten, beibehalten. Die Auswirkungen wären wohl enorm gewesen. Der Berechnung zufolge hätte es dann am 22. April 9 134 Infizierte gegeben, 3 626 Personen im Kran-

kenhaus, 931 auf der Intensivstation und 264 Tote. „Es wären wohl sicher mehr als doppelt so viele Personen infiziert gewesen“, schätzt Kramer. Um die Ausmaße zu verdeutlichen: Das Gesundheitsministerium betonte am Anfang der Krise es würden 2 700 Betten in den vier Krankenhäusern zur Verfügung stehen, etwa 300 davon auf der Intensivstation.

Aktive Infektionsfälle

Interessant für die Bevölkerung ist aber auch die Grafik der aktiven Fälle (oben). Der Scheitelwert (Peak) dieser Kurve lag um den 4. April. Zeitverzögert zum Lockdown, da es mehrere Tage dauert, bis eine Infektion aufgrund von Symptomen erkannt und nachgewiesen wird. Die genaue Berechnung dieser Kurve, also wie viele Personen das Virus in sich tragen, ist jedoch wegen unbekannter Parameter nicht möglich. Dafür ist das Virus noch zu unerforscht. „Die Dunkelziffer der Infizierten ist mit Sicherheit auch um ein Vielfaches höher“, erklärt Kramer. Außerdem ist es unterschiedlich, wie schnell eine Person wieder gesund wird. Jedoch ist aus der Kurve ein Trend abzulesen, der momentan in Luxemburg einen klaren Rückgang an aktiven Fällen zeigt.

Um sein Modell zu verifizieren, vergleicht Kramer es ebenfalls mit anderen Ländern, wie Italien, Frankreich oder den USA. Auch wenn eine Gegenüberstellung der absoluten Zahlen nicht möglich ist, so lässt sich ein Trend erkennen. Dieser ist in all diesen Ländern gleich: Ein exponentieller, steiler Anstieg, gefolgt von einer Abflachung der Kurve, da die Zahl der Neuinfektionen irgendwann sinkt.

Seit über einer Woche veröffentlicht Marcel Kramer auch zwei weitere Diagramme. Eines davon zeigt die täglichen Infektionen, das

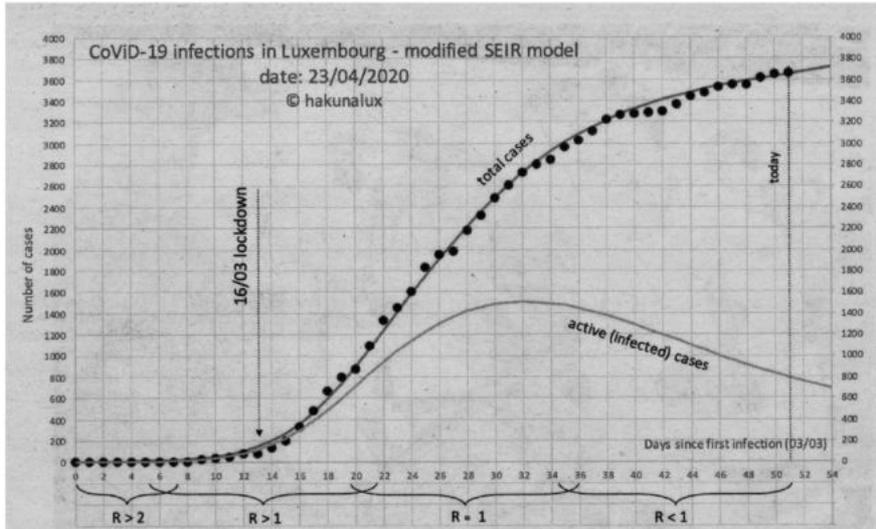
andere die Hospitalisierung sowie die Zahl der Verstorbenen. Auf der Grafik der täglichen Neuinfektionen (Mitte) lässt sich am 28. und 29. März ein Peak erkennen. Danach ist der Trend abfallend. Beim SEIR-Modell spiegelt sich dies im Abflachen der Kurve der Gesamtinfektionen wider. Da offenbar am Wochenende weniger Tests durchgeführt werden und so an Montagen die Anzahl der Neuinfektionen am geringsten ist, berechnet der Physiklehrer auch den Durchschnitt (gelb unterlegt).

Ein Bild der Hospitalisierungen

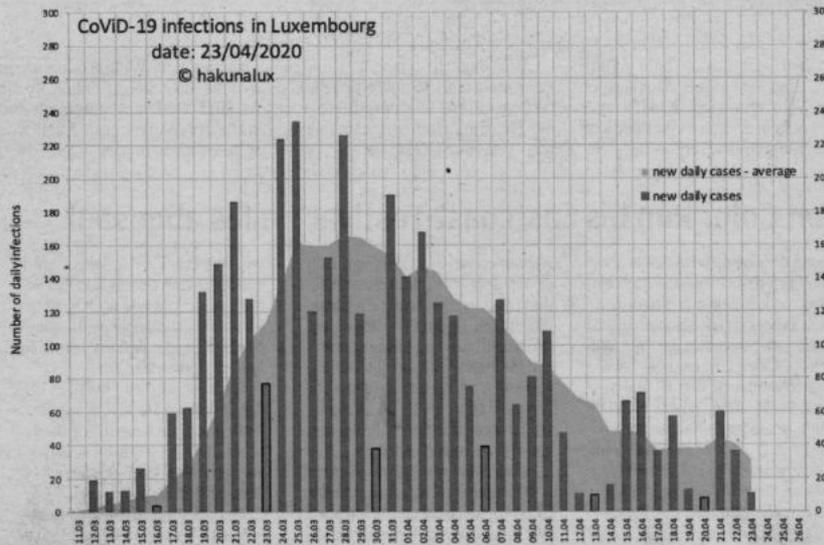
Die andere Grafik (unten) zeigt die Zahl der Personen im Krankenhaus, die in Intensivpflege und die der an Covid Verstorbenen. Bei den Hospitalisierungen ist ein Peak um den 9. und 10. April zu erkennen. Durch den Verlauf der Erkrankung und die lange Behandlungszeit von im Schnitt zehn Tagen bis drei Wochen, lässt sich erklären, wieso die Anzahl an Hospitalisierungen so lange konstant ist und selbst bis zu drei Wochen nach dem Lockdown weiter ansteigt. Bei der Interpretation der Kurve der Verstorbenen ist Marcel Kramer jedoch vorsichtig. Es wird geschätzt, dass zwei Prozent der an Covid-19-Erkrankten stirbt. Die Datenmenge ist jedoch nicht groß genug, um daraus einen statistischen Verlauf abzuleiten.

Auch in den kommenden Wochen will Kramer seine Diagramme veröffentlichen. Vor allem hofft er, dass mancher so wieder mehr Vertrauen in die Wissenschaft gewinnt. Zudem ist er aber auch selbst daran interessiert, wie es weitergeht. Welche Auswirkungen wird die Exit-Strategie auf die Infektionszahlen haben? Und wie wird die soziale Distanz in der Bevölkerung funktionieren? Eines ist sicher: Seine Modelle werden es bald schon zeigen.

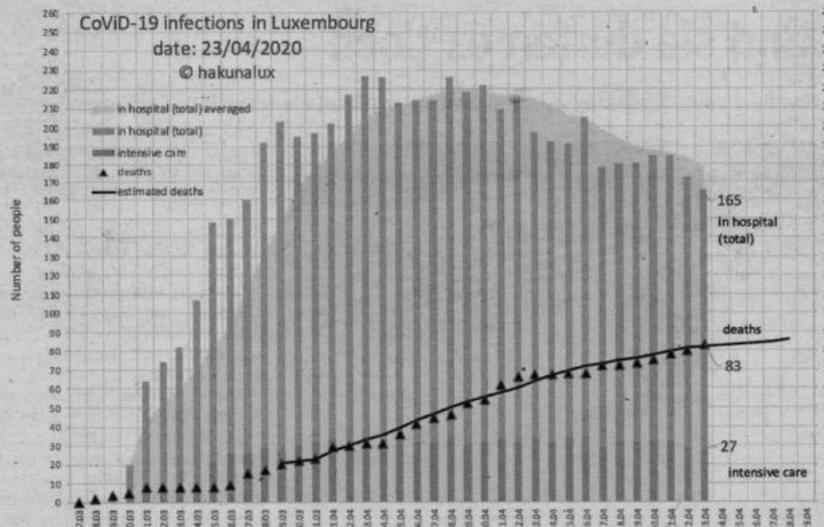
Santé



Covid-19-Verlauf: Die rote Kurve zeigt den Verlauf der Gesamtinfektionen in Luxemburg. Die darunter verlaufende orange Kurve stellt den Trend der aktiven Fälle dar. Der Wert R bildet die Infektionsrate ab, also wie viele Personen ein Infizierter ansteckt.



Neuinfektionen: Die roten Balken geben die Anzahl der täglichen Neuinfektionen wieder, die grünen stehen für Montage. Gelb unterlegt ist der sogenannte geglättete Durchschnitt.



Hospitalisierungen: Die grauen Balken stehen für die Gesamtzahl der Covid-Patienten in Krankenhäusern, der gelbe Hintergrund zeigt den geglätteten Durchschnitt der Zahlen. Die orangefarbenen Balken stellen die Anzahl der Patienten auf der Intensivstation dar, während die Dreiecke die Zahl der Verstorbenen angeben.

Achtung, Durchsage!

Bloß nichts überstürzen

Fern Morbach warnt vor zu schnellen Corona-Lockerungen

Luxemburg hat den Start des Rennens gegen Covid19 gut hingekriegt, vor uns liegen aber noch sehr viele, sehr lange und sehr unübersichtliche Runden.

Wann bekommen wir unser normales Leben zurück? Wann werden die vor gut einem Monat im Kampf gegen das Corona-Virus beschlossenen Maßnahmen gelockert? Auch in Luxemburg wächst der Druck auf die Politik. Viele von uns möchten nicht noch länger zuhause eingeschlossen sein, viele Unternehmen möchten endlich wieder produzieren und Geld verdienen dürfen. Der Ruf nach einer Exit-Strategie wird lauter, es geht ja auch um die wirtschaftliche Zukunft von uns allen.

Die meisten Luxemburger sind in den vergangenen Wochen zu Corona-Musterschülern geworden: Sie hielten sich vorbildlich an die von Politik und Behörden gemachten Vorgaben. Sie blieben zuhause und beschränkten ihre direkten Mensch-zu-Mensch-Kontakte auf ein Mindestmaß. Der Erfolg dieses vorbildlichen und – angesichts der enormen Einschränkung der Bürgerrechte – zugleich erstaunlichen Verhaltens lässt sich unter anderem an den täglichen Infektionszahlen ablesen: Im Großherzogtum gehen sie seit Tagen deutlich zurück.

Leider muss man davon ausgehen, dass sich nicht wenige Luxemburger nun in einer falschen Sicherheit wiegen. Niedrige Infizierten-Zahlen und, im Vergleich zu andern Ländern, immer noch beruhigende Meldungen aus den Krankenhäusern verleiten rasch zu falschen Schlüssen. Im Großherzogtum ist es in den vergangenen Wochen gelungen, die berüchtigte Infizierten-Kurve sehr flach zu halten und somit unser Gesundheitssystem vor der befürchteten Über-

lastung zu schützen. Das bedeutet aber nicht, dass wir nun zur Tagesordnung übergehen können. Das bedeutet nicht, dass wir das Corona-Virus und Covid19 besiegt hätten. Im Gegenteil.

Vor allem ein Satz, der vor fünf, sechs Wochen als Maß aller Dinge zu hören war, will mir nicht aus dem Kopf. Virologen gehen davon aus, dass sich 60 bis 80 Prozent einer Bevölkerung infizieren müssen, bevor man von einer Durchseuchung sprechen kann. 60 bis 80 Prozent – in Luxemburg wären das 360 000 bis 480 000 Menschen, Grenzgänger nicht mit eingerechnet. Bis Ostern jedoch hatten sich in unserm Land gerade mal knapp 3300 Menschen infiziert. Und selbst wenn auf jeden erkannten Infizierten noch zehn oder 20 unerkannte Infizierte kämen, bleibt enorm viel zu tun. Wir haben den Start des Rennens gegen Covid19 gut hingekriegt, vor uns liegen aber noch sehr viele, sehr lange und sehr unübersichtliche Runden.

Selbst wenn demnächst wieder erste Geschäfte öffnen sollten, selbst wenn Anfang Mai wieder Kinder in die Schulen zurückkehren werden, selbst wenn auf Tausenden Baustellen wieder ein zaghaftes Handwerkerleben beginnen darf: In den kommenden Monaten wird nichts so werden, wie es vor Mitte März war. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat wohl Recht, wenn sie den Europäern vom Buchen des Sommerurlaubs abrät. Mit diesem Ratschlag befindet sie sich vermutlich näher an der Realität als all jene, die seit Tagen so tun, als rücke der Corona-Gipfel in Sichtweite.

Politiker und Gesundheitsbehörden befinden sich nun in einer Zwickmühle. Auf der einen Seite lechzen Arbeitnehmer, Arbeitgeber, Schüler, Studenten und Eltern nach Entlastung und einer spürbaren Lockerung der Maßnahmen. Auf der anderen Seite jedoch machen Wissenschaftler, Virologen und auch Ärzte keine wirklich großen Hoffnungen: Ein Medikament oder, noch besser, ein Impfstoff gegen Corona wird weder morgen noch übermorgen verfügbar sein. Und auch in Luxemburg weiß man immer noch zu wenig über die Ausbreitung der Krankheit. Ältere und Alte, aber auch Kranke und Risikopatienten werden noch lange mit Einschränkungen leben müssen. Die Jüngeren und Gesunden müssen auch in den kommenden Monaten alles tun, um diese Älteren zu schützen.

Pflegebereich auf dem Prüfstand

Belegschaft und Betreuer sämtlicher Altersheime werden systematisch auf Corona getestet

Von Jacques Ganser

Luxemburg. Rund 6 000 Einwohner von Alters- und Pflegeheimen sowie 4 000 Pflegekräfte werden in den nächsten Tagen systematisch auf das Corona-Virus hin getestet. Das nationale Gesundheitslaboratorium (LNS) arbeitet momentan zusammen mit dem Luxembourg Institute of Health (LIH) an der logistischen Vorbereitung dieser Aktion. Laut Dr. Françoise Berthet, beigeordnete Leiterin der Gesundheitsbehörde, wolle man sich auf diese Weise einen Gesamtüberblick über die aktuelle Lage verschaffen.

Symptomfrei trotz Alter

Denn gerade in den Alters- und Pflegeheimen kann die Situation schnell eskalieren. Der Altersdurchschnitt liegt dort bei 85 Jahren, das Medianalter der an der Corona-Infektion Verstorbenen hingegen liegt bei 86 Jahren. Auch ohne Pandemie verstirbt im Schnitt rund ein Drittel der Heimbewohner im Laufe eines Jahres.

Deshalb ist es oft schwierig, festzustellen, ob die Person am Virus oder mit dem Virus verstorben ist. Es kann aber auch vorkommen, dass die Krankheit überhaupt nicht erkannt wird. Laut Berthet habe man auch in luxemburgischen Altersheimen Fälle von Covid-19 bei älteren Menschen festgestellt, die praktisch ohne Symptome verlaufen sind. Umso wichtiger sei deshalb eine verlässliche Datenbasis.

Klares Bild der Krankheit

„Wir wollen den Verlauf dieser Krankheit innerhalb der besonders gefährdeten Gruppe der äl-

teren Menschen im Detail kennen. Insbesondere aus den Nachbarländern gab es in Sachen Corona-Erkrankungen in Altersheimen ja beunruhigende Meldungen“, so Berthet. „Allerdings ist die Lage in Luxemburg insgesamt eher entspannt. Von insgesamt 52 Alters- und Pflegeheimen sind nur 17 betroffen, 170 Einwohner dieser Häuser wurden positiv getestet. Das sind knapp zwei Prozent, wovon viele bereits wieder gesund sind“, so Berthet. Was die Zahl der Todesfälle betrifft, so verwies Berthet darauf, dass diese nicht auf die einzelnen Häuser zurückgeführt werden, da viele Patienten erst später im Krankenhaus an den Folgen der Infektion versterben würden. „Wir wollen anhand von Zahlen und Fakten verstehen, welche Übertragungswege bestehen, dies sowohl innerhalb dieser Heime als auch jene, die von außen in die Heime hineingetragen werden“, so Berthet.

Ein einmaliges Abbild

Berthet versteckte nicht, dass das Screening nur ein einmaliges Abbild der aktuellen Situation wiedergeben kann. Laut Berthet würde das Screening langfristig wohl im Sinne einer künftigen Öffnung für Besucher und Familienangehörige sein. Von einer kurzfristigen Maßnahme, wie sie insbesondere die Konsumentenschützer der Union luxembourgeoise des consommateurs (ULC) in einem Schreiben fordern, könne aber keinesfalls die Rede sein. „Dafür ist das Risiko einfach zu groß“, so Berthet. Allerdings schließt die Ärztin je nach Ergebnis nicht aus, dass eine zweite systematische

Testreihe erfolgen könnte. Was den Experten der Santé aber kurzfristig vorschwebt, ist der Zugang von zusätzlichem medizinischem Personal, insbesondere von Kinesitherapeuten.

Zugang für Kinesitherapeuten

„Wir denken in erster Linie an Kinesitherapeuten, die den älteren Menschen die für ihre körperliche Gesundheit notwendigen Bewegungstherapien umsetzen können“, so Berthet. „Die Menschen, die jetzt in ihren Zimmern praktisch immobilisiert sind, unterliegen auch gesundheitlichen Risiken. Sie können nicht an Aktivitäten teilnehmen, sie leiden unter Muskelabbau, Kreislaufproblemen oder Embolien. Deshalb ist dieses spezifische medizinische Personal jetzt sehr gefragt und deshalb arbeiten wir daran, diese Fachleute wieder zurück in die Pflegeheime zu lassen“.

Die Abstrichtests sollen im Prinzip bei jedem Heimbewohner und jedem Pflegemitarbeiter durchgeführt werden. „Da es sich um eine Maßnahme der öffentlichen Gesundheit handelt, die allgemein anerkannt ist und die niemandem zum Nachteil gereicht, gehen wir von einer hohen freiwilligen Beteiligung aus. Dabei spielt das Prinzip des impliziten Einverständnisses. Aber natürlich kann niemand gegen seinen Willen getestet werden“, so Berthet. Die Tests selbst werden durch qualifiziertes Personal der einzelnen Heime sowie der Inspection sanitaire durchgeführt, die Resultate sollen noch am gleichen Tag vom LNS geliefert werden.

Besonders gefährdet

Rund 6 000 Menschen leben in Luxemburg in Alters- und Pflegeheimen, im Schnitt beträgt ihr Alter 85 Jahre. Weil gerade diese Bevölkerungsgruppe durch das Corona-Virus extrem gefährdet ist, wurden schon zu Beginn der Pandemie sehr strikte Regeln eingeführt: Jegliche Besuche

von Außen wurden verboten, das Pflegepersonal musste Schutzmasken tragen und sich regelmäßig die Hände desinfizieren. Trotzdem kam es in verschiedenen Häusern, wie zum Beispiel im „Les Parcs du troisième âge“ in Bartringen zu Ausbrüchen. Ende März waren dort 15 Be-

wohner des Seniorenheims infiziert, eine Person war am Covid-19-Virus gestorben. Die Gesundheitsbehörden führen keine gesonderte Statistik für Corona-Todesfälle in den Alters- und Pflegeheimen, wohl aber für Infektionsfälle. Laut Santé müsse aber nicht jeder positiv getestete Bewohner eines Alten- oder Pflegeheimes gleich ins Krankenhaus überwiesen wer-

den. Viele Erkrankungen laufen nämlich auch bei älteren Menschen ohne Symptome ab. In den betroffenen Heimen sollen Erkrankte deshalb in Räumlichkeiten, die von den gesunden Bewohnern abgetrennt sind, nach dem Prinzip der Eigenquarantäne zusammengelegt werden.

Ein Krankenhaus erfindet sich neu

Wie das Hôpital Kirchberg sich binnen weniger Wochen auf die Pandemie eingestellt hat

Von Steve Remesch

Luxemburg. „Diejenigen, die an vorderster Front stehen, beginnen so langsam, erschöpft zu sein“, so der Leiter der Psychiatrieabteilung der Hôpitaux Robert Schuman, Dr. Jean-Marc Cloos, gestern Mittag vor Journalisten. „Wir sagen ihnen dann, sie sollen nicht damit warten, sich zu melden, bis es nicht mehr geht“, betonte der Facharzt, der sich derzeit ebenso um das Wohl der Krankenhausmitarbeiter als um jenes der Patienten sorgen muss.

Wie der Kampf an eben dieser vordersten Front gegen das Corona-Virus nunmehr sieben Wochen, nachdem der erste Mensch in Luxemburg positiv auf eine Covid-19-Infizierung getestet wurde, aussieht, davon machten sich gestern Vormittag Premierminister Xavier Bettel und Gesundheitsministerin Paulette Lenert im Krankenhaus in Kirchberg ein Bild.

Maßnahmen zeigen Wirkung

Die Botschaft des medizinischen Personals an die politischen Entscheidungsträger war dabei mehr als deutlich: Dadurch, dass die Regierung nicht nur reagiert, sondern präventiv drastische und nicht unumstrittene Maßnahmen ergriffen hat, konnte der Kollaps verhindert werden.

Denn, wie während der Visite mehrfach klargestellt wurde, ist man zwar heute gut aufgestellt, um der Pandemie standzuhalten. Zu Beginn sei man es aus heutiger Sicht aber sicher nicht gewesen. Hätte es den Lockdown nicht in der Form gegeben, wie er von der Regierung Mitte März angeordnet wurde, wären die Krankenhäuser mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit von einem Ansturm an Covid-19-Patienten überrollt worden – mit entsprechend dramatischen Folgen.

Und auch ein zweiter Aspekt, dessen Bedeutung möglicherweise im Informationsüberfluss rund um das Corona-Virus untergeht, wur-

de gestern mit aller Deutlichkeit hervorgehoben: Die vier Scannergeräte, die extra für den Kampf gegen die Corona-Pandemie angeschafft wurden – und von denen einer vor dem Hôpital Kirchberg aufgerichtet wurde – retten täglich Menschenleben.

Scanner retten Leben

Denn sie sind es, die es ermöglichen, in der Notaufnahme beim Patientenempfang binnen kürzester Zeit einen Corona-Verdacht zu bestätigen oder zu entkräften. Denn in der neu geschaffenen Empfangsstruktur werden nicht nur die Patienten, die wegen anderer medizinischer Diagnostiken behandelt werden müssen, von Corona-Patienten getrennt, sondern auch jene, die erwiesenermaßen positiv sind, von den Verdachtsfällen.

Bei einem Lungen-Scan sind nämlich bei einer Covid-19-Infektion eindeutige Merkmale erkennbar. So kann verhindert werden, dass Menschen mit Corona-ähnlichen Symptomen mit tatsächlichen Fällen im Krankenhaus in Kontakt kommen. Andererseits kann dadurch ausgeschlossen werden, dass Covid-19-Patienten aufgrund einer Fehldiagnostik oder eines negativen Testergebnisses wieder unbekümmert nach Hause geschickt werden.

Überhaupt hat sich das Leben im Krankenhaus in Kirchberg – so wie sicherlich auch in allen anderen, in denen Covid-19-Patienten behandelt werden – in den vergangenen sieben Wochen grundlegend verändert. Denn im ganzen Spital wurden rote Covid-19-Bereiche von grünen, sogenannten sauberen Abteilungen getrennt, wobei es keinerlei Überschneidungen geben darf. In beiden Bereichen muss zudem quasi die gesamte Palette an medizinischen Eingriffen möglich sein.

185 000 Artikel gespendet

Diese Umorganisation stand denn auch im Mittelpunkt der Vi-

site der beiden Regierungsvertreter, die sich dabei viel Zeit für den direkten Kontakt mit den Mitarbeitern und den medizinischen Leitern nahmen – von der Notaufnahme über die Entbindungsstation bis hin zu den Intensivpflegestationen.

Schwierigkeiten, die dabei zur Sprache kamen, waren etwa Materialengpässe zu Beginn der Pandemie. Hier hatte die Gruppe der Hôpitaux Robert Schuman dann auch frühzeitig auf eine eigene Versorgung parallel zum Stock national des Gesundheitsministeriums gesetzt. Mit Erfolg – auch dank der Spenden aus der Bevölkerung, denn deren gingen ganze 243 Lieferungen ein, mit insgesamt mehr als 185 000 Einzelartikeln. Hier sei man mittlerweile so gut aufgestellt, dass man inzwischen auch anderen Akteuren zur Hilfe kommen könne.

Weiter Weg zurück zur Normalität

Die nächste Herausforderung, die ebenfalls im Gespräch mit der Klinikleitung thematisiert wurde, wird die Wiederaufnahme des Normalbetriebs im Krankenhaus sein – parallel zur Corona-Behandlung. Denn hier besteht großer Nachholbedarf. Zudem scheint es offensichtlich, dass viele Patienten aus Angst vor einer Corona-Infizierung vor Arzt- und Krankenhausterminen zurückschrecken.

Das betrifft alle medizinischen Bereiche, aber ganz besonders wohl auch die Psychiatrie, wo man sich etwa über die Zunahme von Alkoholkonsum sorgt, die sich verheerend auf bereits bestehende Krankheitsbilder auswirkt. Hier geht man für die Folgezeit der Corona-Pandemie von einer deutlichen Zunahme der Patientenzahl aus.

Gleichzeitig muss aber auch die Pandemie im Auge behalten werden, denn auch hier kann es binnen Tagen zu Veränderungen kommen, welche die derzeitige Sicherheit untergraben können.

Wachsam vor der zweiten Welle

Anstieg der Infektionsfälle erwartet – Regionale Behandlungszentren bleiben in Betrieb

Von Jacques Ganser

Luxemburg. Seit fast vier Wochen schon funktionieren die vier Centres de soins avancés (CSA) in der Luxepo in Kirchberg, in der Rockhal in Belval, in der Däichhal in Eitelbrück und im Centre culturel in Grevenmacher. Sie sind von morgens 8 Uhr bis abends 20 Uhr geöffnet, dies auch an Wochenenden. Die mobilen Behandlungszentren sind für die Erkennung von Corona-Patienten und für die Erstversorgung ausgerüstet. Hauptziel war die räumliche Trennung zwischen Patienten mit Covid-19-Symptomen und den restlichen Patienten. Damit sollte verhindert werden, dass Krankenhäuser oder Arztpraxen von infizierten Patienten überschwemmt werden.

Doch wie sieht die Bilanz nun nach knapp einem Monat aus? „Die vier Zentren haben sicherlich insofern ihre Rolle erfüllt, als sie eine Überlastung der Notaufnahmen in den Krankenhäusern sowie der Praxen der Allgemeinärzte verhindern konnten. Zum Teil wurde sich dort sogar über zu wenig Zulauf beschwert“, so Dr. Pierre Hertz, Leiter der vier Zentren. Doch auch in den vier regionalen Zentren hat sich der Zulauf mit der Abnahme der Zahl der Neuinfektionen verlangsamt. „Der Zulauf hat sich abgeschwächt und ist sehr unregelmäßig verteilt“, erklärt Hertz.

Starke Schwankungen

„So hatten wir am Wochenende insgesamt nur rund 70 Personen, die landesweit vorstellig wurden“. Nicht erklären kann sich Hertz die starken Schwankungen. So ist das Zentrum in Kirchberg an einem Tag stark besucht und wird am

Folgetag dann wieder sehr viel weniger in Anspruch genommen. Dafür trudeln dann aber wieder vermehrt Patienten in Belval ein.

„Am vergangenen Montag hat die Zahl wieder stark zugenommen, aber das liegt wohl daran, dass die Baubranche ihre Aktivität wieder aufnahm und viele Unternehmer ihr Personal zum Testen schickten. Oder aber Angestellte, die vor der Wiederaufnahme zurückschreckten, kamen zum Test.“ Natürlich spielen aber auch das Wetter und der Wochentag eine Rolle: Am Wochenende tauchen gewöhnlich weniger Menschen auf als unter der Woche.

Laut Hertz würden aber immer noch viele Patienten wegen charakteristischer Covid-19-Symptome diagnostiziert und dann an die jeweiligen Krankenhäuser überwiesen. Auch Menschen mit anderen, zum Teil sogar gravierenden Krankheitsbildern werden in den Zentren vorstellig. Sie werden dann meist sofort an eine Notaufnahme weitergeleitet.

Wachsam bleiben

Wegen des niedrigeren Zuflusses wird zurzeit über ein Zurückfahren der Aktivitäten in den Zentren nachgedacht. So wurden die Öffnungszeiten in Grevenmacher bereits um zwei Stunden gekürzt. Hertz warnt aber vor einem kompletten Schließen: „Wir werden in den nächsten zehn bis 14 Tagen wegen der Öffnung der Baustellen und anderer Aktivitäten wieder einen Anstieg der Infektionsfälle feststellen. Das ist erwartbar, Stichwort zweite Welle. Selbst wenn wir also ein medizinisches Zentrum schließen sollten, müssten wir in der Lage sein, dieses innerhalb kürzester Zeit wieder zu

öffnen. Schließlich sollen wir ja verhindern, dass Notaufnahmen und Arztpraxen überfordert werden. Denkbar wäre eine Schließung des Zentrums in Grevenmacher und eine Konzentration auf die drei anderen Standorte. Das muss man abwägen. Wir müssen aber erst im Detail sehen, wie stark oder schwach eine solche zweite Welle ausfallen wird.“

Reorganisation beim Personal

Umstellungen soll es demnächst auch bei der Aufteilung der freiwilligen Mitarbeiter geben. Zwar würden weniger Patienten anfallen, mit der Öffnung des Bausektors und anderer Aktivitäten würden aber auch Freiwillige wegfallen. Hier würde man sich neu organisieren, so Hertz. Was die im Vergleich zu Frankreich oder Belgien schnelle Eindämmung der Pandemie in Luxemburg betrifft, so ist dies laut Hertz auf die sehr frühe Entscheidung zu Kontaktbeschränkungen und die doch sehr gute Disziplin der Bürger zurückzuführen.

„Trotzdem sind wir positiv überrascht, dass diese erste Welle vergleichsweise niedrige Infektionszahlen nach sich zog. Wir haben das ziemlich gut unter Kontrolle bekommen, aber ich glaube, es war eine Frage von wenigen Tagen“, so Hertz.

Dass man richtig gehandelt habe, zeige aber auch das Beispiel der Nachbarregionen. So wurden in Thionville vor zwei Wochen erst ähnliche Auffangstrukturen geschaffen wie jene in Luxemburg. „Wir haben damit ein starkes Instrument, um auf eine eventuelle zweite Welle vorbereitet zu sein“, so Hertz.

„Gerüstet für den nächsten ‚Peak‘“

Besuch auf dem Covid-19-Stock des Kirchberger Spitals

LUXEMBURG

CLAUDE KARGER

Ortstermin gestern Morgen im Kirchberger Spital: Punkt 9.30 fährt die Limousine von Premier Xavier Bettel vor, kurz darauf stößt Gesundheitsministerin Paulette Lenert dazu. Erwartet werden die beiden unter anderem von „Hôpitaux Robert Schuman“-Verwaltungsratspräsident François Pauly, CEO Dr. Claude Schummer und Jean-Louis Schiltz, dem Vorsitzenden der „Fondation Hôpitaux Robert Schuman“. Der Regierungschef und seine Ministerin sind gekommen, um sich anzuschauen, wie das Spital sich auf die Pandemie vorbereitet hat. Aber zunächst muss mal jeder den Temperaturcheck passieren. Das Ergebnis wird auf einem Schirm angezeigt.

Ein riesiges Messgerät misst die Körpertemperatur. Ist sie normal, färbt sich der Rahmen ums Gesicht Blau und die Gäste bekommen ein Zettelchen mit einem blauen Punkt ausgehändigt mit Name, Zielabteilung, Datum und Uhrzeit. Es kann zu jeder Zeit von dem zahlreich anwesenden Sicherheitspersonal kontrolliert werden, das am Eingang mit einem Karton voller Masken bereit steht. Würde das Thermometer Fieber anzeigen, würde die Person sofort in ein Zelt mit einigen kleinen Zelten gelotst, wo sie genauer unter die Lupe genommen wird. Hier, auf der abgesperrten Rue Edward Steichen steht in einem Container auch ein funkelneuer CT-Scanner, der es ermöglicht genau zu schauen, ob und wie weit

etwa Covid-19 bereits Lungen beschädigt hat. Betroffene werden dann so schnell wie möglich in die abgeschottete rote Zone gebracht, wo sie fachgerecht betreut werden.

„Sie haben uns Zeit gekauft“

Die Besucher bleiben natürlich in der grünen „zone propre“, die Gefahrenzone darf nur in voller Sicherheitskluft betreten werden. Premier Bettel kann den Ärzten und Betreuern nur durch eine Glastür zuwinken und gibt ein „Thumps up“ für ihre Arbeit. Bettel und Lenert nehmen sich an diesem Morgen viel Zeit, um mit Ärzten, Pflegern und auch Non-Covid-Patienten zu reden. Themen sind anfängliche Materialengpässe, aber auch der Ablauf der komplexen Umorganisation, das Budget der Klinik, in dem die Kosten für die unvorhergesehene Herkulesaufgabe natürlich nicht drin waren. Es gibt Forderungen. Aber auch Lob an die Regierung, dass sie schnell schwierige Entscheidungen getroffen hat vor allem die Schließung von Baustellen und die Ausgangsbeschränkungen. „Sie haben uns Zeit gekauft“, sagt ein Arzt, Zeit, die Covid-19-Stationen ordentlich vorzubereiten, während die befürchtete Patientenwelle ausblieb. Aber die Gefahr sei nicht gebannt und das Spital weiterhin in Alarmbereitschaft, um notfalls alle Mittel für Covid-19-Kranke einzusetzen. Man habe zwischenzeitlich viel Erfahrung sammeln und viel Material anschaffen können. „Wir sind jetzt auf jeden Fall für den nächsten „Peak“ gerüstet“, meint der Arzt. ●



Nur Notfälle werden behandelt

LUXEMBURG Tierarzt-Praxen bleiben während der Corona-Krise geöffnet

René Hoffmann

Auch in Corona-Zeiten müssen Tiere medizinisch versorgt werden. Wir haben mit einem Tierarzt aus dem Westen des Landes über dessen Arbeit gesprochen. Er wollte anonym bleiben.

Bei meiner Ankunft in der Tierpraxis sitzt vor der Tür ein Mann mit seinem Hund auf der Mauer. Der Wartesaal ist leer. Man hört einen Hund bellen. Ich werde vom Tierarzt (Name der Redaktion bekannt) in ein Behandlungszimmer geführt. Beim Interview sitzen wir in gebührendem Abstand voneinander entfernt. Wir tragen beide eine Gesichtsmaske. „Das ist jetzt notwendig“, erklärt der Veterinär. Seine Praxis wurde 1985 eröffnet. „Fünf Personen arbeiten hier“, sagt er. Behandelt werden nur Haustiere. Die meisten Patienten, etwa 90 Prozent, sind Hunde und Katzen. Beim Rest handelt es sich um sogenannte Heimtiere wie Kaninchen, Meerschweinchen, Schildkröten usw. „Vögel werden bei uns selten behandelt. Wir überweisen sie an einen Vogelspezialisten“, so der Tierdokter.

Die Corona-Pandemie betrifft auch seinen Aktivitätsbereich. Er wurde vom „Collège vétérinaire“ über die neuen Verhaltensregeln informiert. Im Zusammenhang mit der Krankheit habe er sowieso mit Änderungen gerechnet, so der Veterinär. Nur noch Notfälle werden akzeptiert. Die Termine, nach Vereinbarung, sollen so auf ein Minimum reduziert werden. Im Wartesaal und im Behandlungszimmer ist nur noch eine Person erlaubt. Das Tragen eines Mundschutzes ist obligatorisch. Bereits am 16. März seien alle Sicherheitsbestimmungen in der Praxis angewendet worden, sagt der Tierarzt.

Keine Impfungen

Wie wird aber jetzt ein Notfall definiert? „Das sind Therapien und Behandlungen, die lebensnotwendig sind.“ Impfungen gehören beispielsweise nicht dazu – und werden dementsprechend auch derzeit nicht vorgenommen. Im Augenblick würden viele Tiere mit Bissverletzungen behandelt. Es würden aber auch viele Tiere mit Fremdkörper (Granen) in den oberen Atemwegen oder Augenverletzungen kommen. Die Geburtshilfe laufe indes normal weiter, ebenso wie die Behandlung von Krankheiten wie Herzleiden, Nierenleiden oder Krebs.

Der Tierbesitzer nimmt im Regelfall telefonisch Kontakt zu der Praxis auf und schildert das Problem. Der Veterinär entscheidet dann, ob ein Termin vereinbart wird oder nicht. Die Praxis ist von morgens 8.00 Uhr bis abends 18.30 Uhr geöffnet. Hausbesuche werden nur im absoluten Notfall und auch nur nach Absprache gemacht. Da nur noch Notfälle angenommen werden, kommen deutlich weniger Kunden als üblich, erklärt der Fachmann. Die Haustiere von Senioren, von denen ja viele zu einer Risikogruppe des Coronavirus gehören, würden oft von ihren Kindern oder Enkeln in die Praxis gebracht. Bei der Behandlung der schwierigen Tiere seien immer zwei Ärzte anwesend. Die Präsenz des Tierhalters im Behandlungsraum sei erlaubt, er müsse aber mindestens zwei Meter Abstand zu den anderen Personen im Raum wahren.

Sicherheit geht vor

Bei der Hygiene wird nichts dem Zufall überlassen. Nach jedem Pa-

tienten werden die Türklinke, das Zahlungsterminal, die Tastatur des PCs und alle anderen benutzten Objekte desinfiziert. Alle Mitarbeiter der Praxis tragen des Weiteren Gesichtsmasken und Handschuhe. „Wir wurden erst kurz vor der Pandemie beliefert und haben deshalb genug Material.“ Zum Einsatz kommen neben den chirurgischen Masken auch selbst gemachte Gesichtsschutze. Es ist sogar ein Gesichtsschutzschirm verfügbar.

Auch bei den Medikamenten gebe es keine größeren Lieferprobleme. Lediglich Desinfektionsmittel seien am Anfang der Gesundheitskrise bei den Großhändlern selten gewesen, so der Tiermediziner. Jetzt seien die Stocks aber wieder gut gefüllt. Die Viruskrise hat indes auch personelle Folgen: Zwei Mitarbeiterinnen gehören einer Risikogruppe an und bleiben jetzt zu Hause.

Um Kontakte zwischen den Tieren – zum Beispiel Hunde und Katzen – zu vermeiden, werden die pelzigen Patienten in jedem Behandlungsraum durch eine Tür in die Praxis rein- und durch eine andere rausgelassen. „Das hilft uns jetzt bei der Corona-Krise“, meint der Tierarzt mit einem Lachen. Der Kontakt mit den Kunden sei normal, erklärt er weiter. Die Leute würden viel Verständnis zeigen und auch längere Wartezeiten in Kauf nehmen. Der Tierdokter glaubt, dass die Rückkehr zur Normalität noch auf sich warten lässt, da die Wiederaufnahme aller wirtschaftlicher Aktivitäten eine lange Liste an Forderungen an die Gesellschaft und den Staat nach sich zieht. Er hofft aber zugleich, dass Lösungen zur Klimakrise und Gemeinwohl-Wirtschaft nicht vernachlässigt werden.

SPORTVERANSTALTUNGEN IN DER HAUPTSTADT

ABGEBLASEN

Kein ING Night Marathon in diesem Jahr

Die Stadt Luxemburg hat gestern vor dem Hintergrund des Notstands aufgrund des Coronavirus die Annullierung einer Reihe von grossen Veranstaltungen bis Juni angekündigt. Es wird in diesem Jahr demnach weder einen ING Night Marathon Luxembourg geben (vorgesehen am 23. Mai), noch ein COSL Spillfest (21. Mai), noch

einen Olympischen Tag (12. Juni) noch „Begegnungen ohne Grenzen“ (14. Juni). Abgeblasen sind auch die Aktivitäten des hauptstädtischen Sportdienstes und die „Sport-Wochen“. Zur 15. Ausgabe des ING Night Marathon wurden in diesem Jahr 17.000 Läufer aus der ganzen Welt erwartet. Rund 100.000 Zuschauer wurden in den letzten Jahren bei dem Mega-Event gezählt.